Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in einer bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. [Auswärts 20 Pf.] · Nr 190 · A 97 — DONNERSTAG, 23. APRIL 1931 — MORGEN-AUSGABE · V

Spanien — bürgerliche Republik

Ausscheiden der sozialistischen Minister

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MADRID, 22. APRIL

Der Finanzminister Indalecio Prieto gewährte unserm Korrespondenten eine Unterredung. Der Minister antwortete auf die ihm gestellten Fragen wie folgt:

Die Höhe des ins Ausland geschafften Kapitals könne nicht annähernd geschätzt werden. Die Banken selbst würden nunmehr ihre Klienten auffordern, die Gelder wieder ins Land zurückzuschaffen, da sie ganz unbesorgt sein könnten. Alle diejenigen, die das wirklich täten, würden nicht behelligt werden. Auch würden ihre Namen nicht auf den Listen figurieren, die dem Finanzministerium nach Beendigung der schon laufenden Untersuchung vorgelegt werden. Die den andern zugedachte Bestrafung sei bereits seit längerer Zeit durch gesetzliche Vorschriften festgelegt. Allerdings seien diese niemals erfüllt worden.

Prieto fürchtet keineswegs einen plötzlichen Kursrückgang der Währung, auch nicht infolge von Machenschaften seitens der Monarchisten, denn, so sagt er, was diese tun konnten, hätten sie bereits getan, das wisse die Regierung genau, denn durch die Polizei seien diesbezügliche Telefongespräche mit dem Ausland und vieles andere bekannt geworden. Aber auch diese Kreise intrigierenden Leute lasse man ganz in Ruhe. (Der Familie eines ihn früher sehr heftig und beleidigend bekämpfenden monarchistischen Gegners verschaffte Prieto persönlich die einträgliche Konzession einer staatlichen Lotterieverkaufsstelle, was ein Beweis für die vorherrschend tolerante Stimmung der republikanischen Regierung ist.)

Die sozialistischen Minister dürften noch vor oder bald nach der Einberufung des verfassunggebenden Parlaments aus dem Kabinett ausscheiden, was den seiner Zeit gefaßten Parteibeschlüssen entspräche. Die Partei könne allerdings inzwischen auch noch gegenteilige Beschlüsse fassen. Die Republik werde keine sozialistische Republik sein, sondern eine bürgerliche, die aber von den Sozialisten niemals bekämpft, sondern immer unterstützt werden würde, wenn auch die Sozialisten auf gesetzmäßigem Wege ihre weiteren Ansprüche nach und nach durchzusetzen versuchten. Eine kommunistische Gefahr bestehe hier überhaupt nicht. Katalonien werde die Autonomie bekommen wie vielleicht auch das Baskenland und unter Umständen noch andere Regionen, die es wünschen, doch alles innerhalb der Föderalistischen Spanischen Republik. Das Kapital, die Banken und Börsen hätten sich dem republikanischen Regime bereitwillig und ehrlich angeschlossen, wovon man täglich neue Beweise bekomme. Die Regierung habe vor, die Cortes vielleicht zu Ende Juni einzuberufen.

Nächste Frage: Glauben Sie, daß der König einmal wiederkommt?

Der Minister sagte lachend: Das ist die allergeringste sämtlicher möglichen Gefahren.

PARIS, 22. APRIL

Nach einer französischen Agenturmeldung aus Madrid soll die separatistische Bewegung nunmehr auch in den baskischen Provinzen stark um sich gegriffen haben. Die nationalistischen Parteien der Provinzen Guipuzcoa, Biscaya und Alava haben heute einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie nach dem Vorbild Kataloniens zur Bildung einer provisorischen Regierung auffordern, „die", wie es im Manifest heißt, „allein die politischen und wirtschaftlichen Aspirationen des baskischen Volks zu verwirklichen vermag.

Gleichzeitig ist eine Deputation nach Madrid entsandt worden, die mit der Zentralregierung über die Befugnisse der neuen föderalistischen Regierung verhandeln soll.

Kirchenvertrag angenommen

Mit 166 gegen 47 Stimmen in der Generalsynode

Die Generalsynode der Altpreußischen Union hat in öffentlicher Schlußsitzung am Mittwoch nachmittag den Kirchenvertrag mit 166 gegen 47 Stimmen angenommen.

Keinerlei Kampfstimmung lagerte über der Generalsynode, als am Mittwoch nachmittag das Gebet sie einleitete. Der Bericht des Ausschusses, den Syn. Prof. D. Stutz erstattete, beklagte zwar, daß in manchen Punkten die Forderungen der Kirche nicht hätten durchgedrückt werden können, trotzdem sprach er sich für die Annahme des Gesamtvertrages aus. Er hob hervor, daß vor allem das Joch, das der Kirche früher auferlegt worden sei, daß sie nämlich ihre sämtlichen Gesetze mit allen Einzelheiten der Genehmigung des Staates hätte unterbreiten müssen, nun von ihr abfalle.

Trotzdem bestanden im Ausschuß erhebliche Bedenken und zwar lediglich wegen der politischen Klausel. Man bemängelte, daß der volle Rechtsschutz bei Ernennungen der Kirche nicht gegeben sei. Das wurde als schmerzlich empfunden. Immerhin war man der Meinung, daß die Zugeständnisse die der Staat der Kirche gemacht hätte, höher zu werten seien, als diese Schwierigkeiten.

Der vom Berichterstatter bereits erwähnte Grundsatz, daß keine Gruppe Fraktionszwang ausgeübt hatte, wurde dann nach einer kurzen Ansprache des Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrats, Kapler, der sich für den Vertrag aussprach, durch die folgende Diskussion bewiesen. Mit Ausnahme der Linken, die nur einen Redner vorschickte, sprachen für jede Gruppe zwei Vertreter und da war es sehr bezeichnend, daß der Führer der positiven Union, der um die innere Mission hochverdiente Pfarrer Philipps, trotz aller Bedenken die wertvollen Zugeständnisse, die der Vertrag brachte, im Einverständnis mit dem Berichterstatter so hoch anschlug, daß er für die große Mehrheit seiner Gruppe die Annahme des Vertrages erklärte.

Zwar habe sie — so führte er aus — bei der ersten Fassung der Klausel einstimmig sich gegen die Annahme ausgesprochen. Indessen hätte das Schlußprotokoll, das ein integrierender Bestandteil des Vertrages sei, eine Reihe von Milderungen gebracht, die nunmehr die Annahme möglich machten. Er führte vor allem das fakultative Schiedsgericht an, das eintreten kann, wenn der Staat politische Bedenken gegen die Ernennung eines kirchlichen Würdenträgers geltend macht. Schon daß als politische Bedenken, wie der Staat zugegeben habe, nicht kirchen- oder parteipolitische, sondern lediglich staatspolitische zu gelten hätten, sei ein Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand.

Von der Auffassung Philipps wich der Synodale von Berg in Vertretung einer Minderheit der positiven Union ab. Er schlägt den Nachteil, der aus der politischen Klausel der Kirche erwächst, so hoch an, daß er deshalb den Vertrag ablehnt.

Für die Mittelpartei sprach Professor Smend, der namens der evangelischen Kirche die Parität mit der katholischen in dem Staatsvertrag erreicht sieht. Er weist darauf hin, daß auch in der Zeit zwischen 1918 und 1925, in der der Staat eine viel größere Gewalt der Kirche gegenüber hatte, diese trotzdem von ihm nicht bedrückt worden ist, daß weiter bei einem Kampf um Persönlichkeiten mit geistigen Waffen fast stets der Staat ins Hintertreffen gerate.

Gegen den Vertrag sprach der Synodale Dr. Conze, der keinen neuen Gesichtspunkt vorbrachte, aber betonte daß selbst, wenn die Kirche den Vertrag ablehne, nur ein Aufschub entstehen könne. Wenn die katholische Kirche das Konkordat erreicht hätte, so müsse auch die evangelische Kirche in absehbarer Zeit ihren Vertrag erhalten.

Und nun folgten Generalsuperintendenten Zänker und v. Arnim von der äußersten Rechten, die, obwohl in den wesentlichsten Anschauungen durchaus einer Meinung, zu verschiedenen Folgerungen kommen. Zänker will den Vertrag annehmen, von Arnim will ablehnen.

Als einziger Vertreter der Linken erklärte der Synodale Schlemmer, daß seine Gruppe von vornherein in jedem Staatsvertrag eine Bindung der Kirche sehe und deshalb grundsätzlicher Gegner eines solchen Vertrages sei. Da indessen trotz des Widerspruchs der Linken das Konkordat geschlossen worden sei, so fordere nunmehr seine Gruppe auch den Abschluß des Staatsvertrages unter dem ausdrücklichen Bekenntnis nicht nur zum Staat überhaupt, sondern auch zu dem heutigen Staat.

Wenn eine kleine Minderheit trotzdem den Vertrag ablehne, so geschehe es lediglich deshalb, weil die Frage der Bestätigung der Professoren ein Hemmnis bilde. Wenn die Theologie-Professoren in Lehre und Bekenntnis dem Urteil einer Kirchenverwaltungsbehörde unterstellt werden, so sei das ein Zustand, der unter keinen Umständen geduldet werden könne.

Abrechnung mit Schacht

Von

* * *

Der mit dem Reparationsproblem und den Verhandlungen über den Young-Plan besonders vertraute Autor, der an dieser Stelle die widerspruchsvolle Haltung Dr. Schachts dargestellt hat, schließt heute seine kritischen Betrachtungen ab:

Schacht scheint zu fühlen, daß seine frühere Angriffsweise, die sich auf finanzielle Argumente stützt, erfolglos bleiben muß, denn sie scheitert immer wieder an der Frage, warum Schacht in Paris nicht das durchgesetzt hat, was nicht durchgesetzt zu haben er der Regierung nachträglich vorgeworfen hat. Deshalb ändert er jetzt die Methode. Den Hauptvorwurf der Verfälschung des Young-Planes, die nun erst auf der zweiten Haager Konferenz erfolgt sein soll, begründet er nicht mehr ökonomisch, sondern rein politisch-nationalistisch. Er will die nationalistischen Instinkte gegen die Regierung wachrufen, die angeblich die nationale Ehre und Würde preisgegeben hat, und so den Nationalisten das Stichwort liefern, das ihm den Anschluß an die nationale Opposition gestatten soll. Deshalb stellt er jetzt in den Mittelpunkt seines Angriffs die Sanktionsklausel.

Auf der zweiten Haager Konferenz ist die Frage aufgeworfen worden, was geschehen soll, wenn eine deutsche Regierung vertragsbrüchig wird, den Plan absichtlich zerreißt oder zerstört. Die Frage kam nicht von ungefähr, die Veröffentlichung hat die Agitation, die Hitler und Hugenberg im Volksbegehren entfesselt hatten, die Ankündigung, daß die „nationale Opposition" zur Macht gelangt, sich an den Vertrag nicht halten werde. Die Frage wurde bekanntlich so gelöst, daß die Sachverständigen sich verpflichteten, den ständigen internationalen Gerichtshof im Haag mit der Frage zu befassen, ob die deutsche Regierung Handlungen vollzogen hat, die ihren Willen beweisen, den Neuen Plan zu zerreißen.

Was bedeutet — in aller Nüchternheit und Objektivität betrachtet — diese Regelung? Das Unschöne und Verletzende ist, daß der Fall eines gewollten Vertragsbruches überhaupt in Betracht gezogen wurde. Aber darf grade Herr Schacht sich darüber entrüsten? Er hat vor kurzem in Stockholm die Aeußerung getan, wenn er Diktator würde, würde er am nächsten Morgen um 8 Uhr die Reparationszahlungen einstellen. Er hat ähnliche verantwortungslose Redensarten schon früher verlautbart, wenn auch der nationalsozialistische Jargon neueren Datums ist. Aber wie begründet denn Herr Schacht überhaupt seine in diesem Punkte besonders massiven Vorwürfe der nationalen Ehr- und Würdelosigkeit? Er sagt, daß die Ziffern 101 und 102 des Young-Plans die Sanktionsbestimmungen des Versailler Vertrages ausdrücklich aufheben, indem sie bestimmen, daß die feierliche Uebernahme der Verpflichtungen durch die deutsche Regierung die Grundlage der Sicherheit für die Entrichtung der Annuitäten bildet, eine Sicherheit, die durch keine weitere Garantie noch irgendwie verstärkt werden kann. Das stimmt nur leider nicht. Wäre es so, dann hätten sich nach der Annahme des Plans auf der ersten Haager Konferenz alle weiteren Verhandlungen erübrigt, die deutsche Regierung hätte jedenfalls eine sehr feste Rechtsbasis für die Ablehnung jeder weiteren Diskussion gehabt. In Wirklichkeit bezieht sich die angeführte Klausel gar nicht auf die Sanktionsbestimmungen von Versailles, sondern auf die Pfänder des Dawes-Plans. Die Bestimmung selbst bleibt auch, da sie selbstverständlich nur für den Fall der Einhaltung des Plans, nicht seines absichtlichen Bruchs gilt, durch die Sanktionsformel nach wie vor völlig unberührt. Die Behauptung Schachts ist aber deshalb ein so starkes Stück, weil er genau wissen muß, daß eine ausdrückliche Beseitigung der Versailler Sanktionsformel in der Pariser Konferenz nicht durchgesetzt wurde. Schacht hat trotzdem unterschrieben, und man kann sich nur über den Mut wundern, nachträglich den Politikern Vorwürfe zu machen, denen es gelungen ist, Unklarheiten, die in Paris bestehen blieben, zu beseitigen und eine, alles in allem, erträgliche Lösung zu erzielen.

Denn die Notwendigkeit der Anrufung der Haager Cour schützt Deutschland vor der Möglichkeit, daß im Fall ernsterer Schwierigkeiten Gläubigerregierungen Deutschland einen Bruch des Planes vorwerfen und ihm das vorgesehene schiedsgerichtliche Verfahren bestreiten. Darüber entscheidet jetzt eine gerichtliche Instanz. Entscheidet diese gegen Deutschland, so tritt ein, was nach Völkerrecht ohnedies gegeben wäre: Wenn eine Partei durch absichtliche Verletzung, Zer-

klärung oder Zerreißung eines Vertrages ihre Handlungsfreiheit proklamiert, so gilt dasselbe für die anderen Vertragsparteien. Dabei gilt die Handlungsfreiheit in diesem Falle stets nur zur Sicherung des Young-Planes, nicht zur Erzwingung etwa der früheren vertraglichen Verpflichtungen. Dadurch sind jedenfalls eindeutig die Sanktionsbestimmungen des Versailler und des Londoner Vertrages beseitigt, juristisch die notwendige Sicherung erreicht, um so mehr, da die Handlungsfreiheit sowohl durch die Völkerbundakte als durch den Kellogg-Pakt beschränkt ist.

Schacht gibt sich mit der allgemeinen Verurteilung der Klausel nicht zufrieden, sondern läßt sich auf eine eingehende Textkritik ein. Während nämlich der deutsche Text vom Zerreißen des Vertrags spricht, sprechen der französische und englische vom „Zerstören". Das mache großen Unterschied. Dabei geht Schacht so weit, zu behaupten, „zerstört wird aber der Plan durch jede noch so geringe Abänderung". Und auch dabei läßt er es noch nicht bewenden.

„Mehrere Parteien in Deutschland haben eine solche Revision auf ihr Programm geschrieben. Gesetzt, sie kämen zur Regierung, fänden zu ihrem Programm und erklärten dies, würde dann eine solche Erklärung eine Handlung sein, die den Willen beweisen würde, den Plan zu zerstören oder nicht?" (S. 125.)

Das schreibt Herr Schacht, obwohl er wissen müßte, daß nicht nur alle deutschen Parteien eine Revision des Planes für dringend erwünscht halten, sondern ebenso die verantwortliche Reichsregierung. Es ist nicht zu verstehen, wie jemand eine Äußerung verantworten kann, die den Gegnern suggeriert, die deutsche Reichsregierung hätte damit bereits den Willen kundgetan, den Plan zu zerstören und die Gegner damit ihre Handlungsfreiheit gewonnen. Zum Glück ist die Äußerung vollständig ungefährlich und man braucht sich über Schachts Interpretation weiter nicht zu erregen. Man braucht den Mitverfasser und Unterzeichner des Young-Plans nur daran zu erinnern, daß der Plan grade in den von ihm für besonders wertvoll bezeichneten Bestimmungen die Revision und deren Formen vorsieht, daß die Inanspruchnahme dieser Bestimmungen also nicht Zerreißung oder Zerstörung, sondern Erfüllung des Planes bedeutet, daß eine „noch so geringe Abänderung" höchstens Anlaß zu einem Schiedsverfahren, aber zu sonst nichts sein könnte.

Damit können wir wohl die Behauptung Schachts über die angebliche Verschlechterung des Young-Plans verlassen.

Ein Wort noch zur Methode der Angriffe. Herr Schacht gibt eine Anzahl bisher unbekannter Zitate aus Eingaben, die er an die Regierung gerichtet hat. Die Stellung der Reichsregierung selbst kommt aber dabei meistens zu kurz. So schildert Schacht sehr ausführlich Schwierigkeiten, die ihm angeblich auf der Pariser Konferenz entstanden seien aus der Behauptung seiner Verhandlungsgegner, die Reichsregierung hätte von Parker Gilbert erfahren, die Regelung werde 2 bis 2,2 Milliarden Annuitäten erfordern, und sie hätte sich damit abgefunden. Seine Stellung als unabhängiger Sachverständiger ist dadurch nahezu unhaltbar geworden. Nun teilt zwar Schacht selbst mit, daß die Regierung nie über Zahlen verhandelt oder gar sich festgelegt hat. Aber die Art der Mitteilung kann jedenfalls bei manchen Lesern den Eindruck erwecken, als ob doch irgend etwas an solchen Behauptungen wahr sei. In Wirklichkeit hat Parker Gilbert in einer Unterredung mit Stresemann im November 1928 davon gesprochen, daß eine Lösung, die sich um 2 bis 2,2 Milliarden herum bewege, noch immer vorzuziehen sei den Opfern, die etwa das Fortbestehen des Dawes-Planes mit seiner Indexklausel oder gar das Eintreten einer Dawes-Krise erfordern würde. Stresemann hat mit aller Energie gegen eine solche Möglichkeit protestiert und die Frage aufgeworfen, ob dann der Zusammentritt der Konferenz überhaupt noch Sinn hätte. Um eine möglichst nach wirtschaftlichen Interessen orientierte Lösung zu ermöglichen, hat ja grade die deutsche Regierung so stark um das schließlich erreichte Ziel unabhängiger und an keine Instruktionen gebundener Sachverständiger gekämpft. Aber es wird auch gegenüber anderen Behauptungen von Schacht notwendig sein, daß die Stellung der damaligen Reichsregierung und der wirkliche Verlauf der Pariser Konferenz einmal aktenmäßig dargestellt und die Dokumente veröffentlicht werden, die zu einer objektiven Urteilsbildung erforderlich sind.

Schachts Buch ist aber nicht nur der unfaßliche Versuch, die Verantwortung von sich abzuwälzen, sondern zugleich der — vielleicht weniger vergebliche — eines ehrgeizigen Politikers, sich der nationalen Opposition der Hitler und Hugenberg zu empfehlen. Deswegen werden alle bisherigen Regierungen als marxistisch verseucht, der nationalen Schmähe und Würdelosigkeit gezichen. Und dabei wäre es doch nach der Meinung dieses „wirtschaftlichen Sachverständigen", der von sich immer wieder behauptet, kein Politiker zu sein, so einfach gewesen. Rheinlandräumung? Man hätte eben das Dawes-Abkommen oder den Locarno-Vertrag nicht unterschreiben oder nicht in den Völkerbund ohne Rheinlandräumung eintreten sollen. Offenbar wäre dann Frankreich schon zur Räumung gezwungen gewesen. Man hätte eben im Haag nicht die Pariser Vereinbarung akzeptieren, sondern die nachträgliche Interpretation, die Herr Schacht, wenn auch nicht die Herren Kastl und Dr. Melchior, gefunden hat, durchsetzen müssen. Dieses Gerede, das einen großen Teil des Buches ausfüllt, ist nun wirklich fern von aller Politik, weil es absieht von den wirklichen Machtverhältnissen, von allen Realitäten und unbekümmert die sofortige Verwirklichung eines Wunschbildes fordert. Und da das Wunschbild nicht in Erfüllung geht, suchen die politischen Kinder nach den Prügelknaben, und nach Hitler und Hugenberg findet auch Schacht den Schuldigen im Marxismus und seinen Mitläufern, wozu außer Stresemann und Curtius und der Linkspresse, die dem Kämpfenden in den Rücken gefallen ist, auch die gegenwärtige Regierung und wohl auch Schachts Nachfolger in der Leitung der Reichsbank gehören. Denn auch die Finanzpolitik der jetzigen Regierung und die Unterstützung, die sie bei Luther gefunden hat, finden vor dem strengen Richter keine Gnade.

Schacht, der seine Karriere als Linkspolitiker gestartet hat, der sie vor allem Stresemann verdankt, der ihn gegen die üblen, gegen seine persönliche Ehre zielenden Angriffe energisch geschützt, der seine Wahl gegen Helfferich vor allem dem Eintreten Otto Braums zu danken hat, kann sich jetzt in den übelsten Verunglimpfungen derer, denen er sich als treuer und überzeugter Mittämpfer empfohlen hatte, nicht genug tun. Derselbe Schacht, der weiß, daß der Dawes-Plan und der Londoner Vertrag, daß Locarno von Regierungen unterschrieben wurden, damals übrigens mit seiner vollen Zustimmung, in denen keine Sozialdemokraten, wohl aber zum Teil Deutschnationale saßen, und daß die Unterschrift unter das Haager Protokoll trotz seines Leugnens nur die Ratifizierung der Unterschrift Schachts in Paris gewesen ist.

Für Schachts Buch mag eine gewisse psychologische Erklärung möglich sein. Er hat sich zum Hauptdelegierten für Paris ernennen lassen — ohne Widerstreben, um den mildesten Ausdruck zu gebrauchen — in der merkwürdigen Hoffnung, dort durch die Kraft seiner Persönlichkeit und die Güte seiner Argumente außerordentliche Erfolge zu erringen, als Befreier Deutschlands von den Reparationslasten in die Geschichte einzugehen. Ob diese, normalen Beobachtern unbegreifliche Illusionsfähigkeit die richtige Ausrüstung für den deutschen Unterhändler gewesen ist, ist eine Frage für sich. Schacht ist jedenfalls an den harten Tatsachen, an den wirklichen Machtkonstellationen gescheitert. Er hat andererseits nicht die Entschlossenheit aufgebracht, den Plan abzulehnen, weil ihm seine mitunter immer wieder durchbrechende Einsicht gesagt hat, daß die Herbeiführung einer Wirtschaftskrise, wie sie beim Scheitern der Konferenz über Deutschland hereinbrechen mußte, nicht zu verantworten gewesen wäre.

Den Ausweg aus diesem inneren Zwiespalt sucht seit dem Ende der Pariser Verhandlungen dieser innerlich so schwache Mann mit den überkompensierenden starken Gesten in dem Versuch, die Verantwortung auf andere abzuschieben, die Rolle des nationalen Befreiers, die ihm bei der Premiere mißlungen ist, für die Reprise zu sichern.

Aber diese Erklärung ist keine Entschuldigung. Wenn Schacht die Unguns der objektiven Verhältnisse, die Schwierigkeiten der Reparationslösung aufgezeigt hätte, die ja grade darin bestehen, daß eminent machtpolitische Faktoren die wirtschaftlichen dominieren daß der größte Teil der Zahlungen durch die politisch-finanziellen Abkommen der Schuldnerstaaten mit den Vereinigten Staaten fixiert ist, so hätte eine solche objektive Darstellung auf volles Verständnis rechnen dürfen. Statt dessen assoziiert sich Schacht mit Hitler und Hugenberg, und das Bild des Unentschlossenen wird vervollständigt durch die Züge des Gesinnungsschwachen, der heute verbrennt, was er gestern gepriesen hat. Das ist es, was dieses Buch zu einem so unerfreulichen menschlichen Dokument macht und ihm jede fördernde Wirkung für die Lösung der Reparationsfrage nimmt.

Hitler und der Pfalz-Separatist

Dramatische Zeugenvernehmung des nationalsozialistischen Führers

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

FRANKENTHAL, 22. APRIL

In dem Beleidigungsprozeß Römer, über dessen Beginn gestern abend berichtet wurde, ist schließlich nach Beendigung der Zeugenvernehmungen Adolf Hitler mit der Schwester des Heinz konfrontiert worden. Die alte Dame machte ihre Aussagen ruhig und bestimmt. Auch ihr hat Heinz von Reisen erzählt, die er nach München gemacht habe, und bei denen er mit Hitler zusammengetroffen sei. Sie wisse auch, daß Schmitz-Epper, der Pressechef der Separatisten „Pfalzregierung", ihn auf einer dieser Reisen begleitet habe. Das hatte sie in Paris gehört. **Heinz habe sich mit Hitler darüber geeinigt, daß Hitler in München loschlagen und seinen Marsch nach Berlin im November 1923 antreten solle. Dann sollte Heinz die Bauernschaft der Pfalz, Hessens und Badens mobilmachen.**

Dieser gemeinsame Schlag gegen das Reich sei nach der Ansicht ihres mit der völkischen Bewegung sympathisierenden Bruders erwünscht erschienen, weil das Reich die Pfalz angeblich zuerst hergeben wollte, um sie nachher mit Waffengewalt wiederzuholen. Die Kosten würde nach Heinz' Meinung die Bauernschaft zu tragen haben, die als Kampforganisation nicht zu gebrauchen gewesen wäre. Deshalb habe Heinz die Unterstützung Hitlers gesucht. Als der dann in München beim November-Putsch des Jahres 1923 schlapp gemacht hätte, habe sich ihr Bruder entschlossen, in der Pfalz loszuschlagen.

Vert. Graf Pestalozza: Sind Unterlagen dafür vorhanden, daß politische Beziehungen zwischen Ihrem Bruder und Hitler bestanden haben?

Zeugin: Ja, aber ich muß darüber noch einige Zeit schweigen.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt die Zeugin, daß sie das Tagebuch ihres Bruders meine, in dem sich wiederholt die Eintragung befinde: „Verhandlung gehabt mit H." **H. war Hitler.**

Hitler, den der Vorsitzende auffordert, sich zu diesen Aussagen zu äußern, wiederholt noch einmal mit starkem Pathos seine Erklärung, daß er nie mit Heinz gesprochen habe. „Heinz kann nie meine Gedanken gekannt haben. Ich habe vom ersten Tage meiner politischen Tätigkeit an gegen die Zerreißung Deutschlands gekämpft. Er hat das Gegenteil getan. Ich habe mit Engländern, Amerikanern, Italienern politische Fühlung gehabt. Der Verkehr mit Frankreich ist nach meiner Auffassung für den Deutschen vollkommen unmöglich." Dann wehrt sich Hitler dagegen, daß die „völkische" mit der „nationalsozialistischen" Idee identifiziert werde. Für die nationalsozialistische Bewegung sei allerdings er allein, aber auch nur für sie, verantwortlich.

Es kommt dann zu einer kurzen dramatischen und ergreifenden Szene zwischen Hitler und der Zeugin, die ihm ein Bild ihres Bruders zeigt: **„Wollen Sie wirklich behaupten, Herr Hitler, daß Sie diesen Mann nie gesehen und gesprochen haben?** Wollen Sie nicht offen die Wahrheit sagen, damit das Land und die Welt endlich zur Ruhe kommt?"

Hitler gibt keine Antwort. Die Zeugin will weitersprechen. Aber der Vorsitzende, der dem Zwischenfall mit wachsender Erregung gefolgt ist, unterbricht sie, und als sie doch weiterspricht, verweist er sie energisch zur Ruhe. Als der Verteidiger an Hitler die Frage richtet, welche politischen Ziele er 1923 mit der Pfalz gehabt habe, erklärt der Vorsitzende, das gehöre „nicht zur Sache". Hitler antwortet trotz dieser Intervention vom Richtertisch mit pathetischen und phrasenhaften Volksversammlungstiraden. Dann wird er entlassen.

Das Gericht vernimmt noch eine Reihe ehemaliger Führer der Freien Bauernschaft, die ohne Ausnahme das gleiche von Heinz gehört haben, was Römer gesagt hat, und die es ihm ebenfalls geglaubt haben. Der Diplomlandwirt Nafziger aus Zweibrücken, ein ehemaliger Geschäftsführer der Freien Bauernschaft, **hat den Brief des Heinz an Hitler gelesen, in dem Heinz seinen Besuch in München ankündigt, und hat ihn zur Post getragen.** Er machte interessante Aussagen über die Anfänge der Separatistentätigkeit des Heinz, der schon im Juli 1923 illegale Pläne gehabt habe, die aber mit Separatismus damals nichts zu tun hatten. Abgesondert hätte sich Heinz erst später. **Heinz habe übrigens den Hitlerputsch schon im Oktober 1923 vorausgesagt, er scheint also in die intimen Pläne Hitlers eingeweiht gewesen zu sein.**

Das Schwurgericht sprach nach einer kurzen Beratung den Angeklagten frei. In der Urteilsbegründung wurde unterstellt, daß Bürgermeister Römer die Redereien des Heinz geglaubt habe, als er sie weiterzählte.

*

Das prozessuale Ergebnis des Prozesses, für den ein großer und kostspieliger Apparat in Bewegung gesetzt und eine außerordentliche Session des Schwurgerichts anberaumt wurde, ist gleich Null. Ein für die Staatsanwaltschaft, die das Vorverfahren und die Ermittlungen mit auffälliger Eile führte, wenig erfreulicher Ausgang. Aber bedenklicher noch ist die Tatsache, daß durch das Verfahren von neuem in der Pfalz die politischen Leidenschaften aufgewühlt und schwere Gefahren herbeigeführt worden sind. Als der Freispruch auf der Straße bekannt wurde, konnte man nicht nur die lautesten Verwünschungen gegen den freigesprochenen Bürgermeister von Dirmstein, sondern auch schwerste Drohungen, nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen die Zeugen hören, deren Aussagen für ihn günstig geläutet hatten. Niemand hat also einen Vorteil von diesem Prozeß gehabt wenn nicht die Nationalsozialisten, die ihn gewollt haben. Und den Schaden hat die Pfalz.

Ernst Klein.

Ein politischer Kredit?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PRAG, 22. APRIL

Der tschechoslowakischen Finanzverwaltung ist es gelungen, von einer Pariser Bankengruppe einen Kredit von 45 bis 50 Millionen Dollar für 25 Jahre zur Konversion einer älteren amerikanischen 8prozentigen Anleihe zu erlangen. Die Kreditgewährung hat, wie man wohl annehmen kann, einen ausgesprochen politischen Hintergrund. Die Bedingungen sind ungewöhnlich günstig: der Zinsfuß wurde auf 5½ v. H. festgesetzt, der Emissionskurs auf 95. Wie das „Prager Tagblatt" schreibt, haben zu ähnlichen Bedingungen bisher nur Belgien und die Schweiz aus Paris Geld erhalten.

Das Pariser Bankenkonsortium wird von der Schneider-Creusot nahestehenden Union Parisienne und dem Bankhaus Lazard Frères geführt, die noch andere Pariser Finanzinstitute in das Emissionskomitee aufnehmen wollen.

Die Affäre Moulin

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRÜSSEL, 22. APRIL

Die Verhaftung des jungen belgischen Professors Moulin (der erst als vermißt gegolten hatte) in Mailand hat in Belgien größte Entrüstung hervorgerufen. Neben zahlreichen Protestversammlungen versuchten die hiesigen Studenten auch vor der italienischen Botschaft zu demonstrieren, wurden aber von der Polizei, die mit gezogenem Säbel vorging, wieder zerstreut. Daraufhin warfen die empörten Studenten an dem italienischen Konsulat sämtliche Fensterscheiben ein und demonstrierten später auch vor der italienischen Handelskammer.

Aus Rom kommt, laut „Libre Belgique", die offizielle Mitteilung, daß Moulin sich vor einem Ausnahmetribunal wegen Mittlerdiensten für die antifaschistischen verbannten italienischen Emigranten verantworten werden müsse.

Wie wir es sehen

Die Rente des Königs

Wie es herausgekommen ist, weiß man noch nicht, aber es ist Tatsache, daß in einer der letzten Reichstagssitzungen der Kommunist Kippenberger aus einer geheimen Denkschrift des Reichsfinanzministeriums mitteilte, daß der frühere König von Bulgarien, Zar Ferdinand, eine lebenslängliche Jahresrente in Höhe von 120 000 Mark vom Deutschen Reich bezieht. Das Reichsfinanzministerium hat sich offenbar dagegen gestemmt, es scheint der Ansicht gewesen zu sein, die Zuschießerungen, die das Reich 1915 dem König aus Anlaß seines Eintretens in den Krieg gemacht hat, seien hinreichend erfüllt. Konnte es sich doch dafür auf Ferdinands eigenes Anerkenntnis berufen, der vor jetzt zehn Jahren den Betrag von 25 Millionen Mark erhalten hat, was immerhin auch damals reichlich über eine Million Goldmark ausmachte. Bei Empfang dieser Zahlung hat der König schriftlich bestätigt, daß hierdurch die Zusagen der Reichsregierung aus dem Jahre 1915 abgegolten seien. Offenbar hat der König sich nachher eines anderen besonnen, und die Reichsregierung hat ihm dann noch zweimal je eine Million ausgezahlt. Schließlich wurde ihm auf sein stetes Drängen eine Jahresrente von 60 000 Reichsmark ausgesetzt, aber — sie war dem König zu gering, er lehnte sie ab. Das Kabinett erhöhte auf 100 000 Reichsmark, der König lehnte wieder ab. Das Kabinett erhöhte nochmals, auf 120 000 Reichsmark jährlich für Lebenszeit.

What price glory! Was kostet ein Bündnis? Aus der Umgebung des Königs wird darauf hingewiesen, daß Ferdinands Verhalten bei Kriegsausbruch eine besondere Berücksichtigung verdient. Denn seit alters hatte er ein Millionenguthaben auf der Bank von England und man versteht, daß, als Bulgarien von allen Kriegführenden umworben wurde, die englische Regierung sehr aufmerksam beobachtete, ob Zar Ferdinand von seinem Guthaben größere Beträge abzog. Auf diese Weise hätte die Entente also vorzeitig von Bulgariens Entscheidung Kenntnis erhalten können, ein Umstand, der Zehntausenden, auch deutscher Soldaten, das Leben kosten konnte. Deshalb blieb das Guthaben unvermindert und verfiel der Beschlagnahme. Dafür sollte der König einen Ersatz bekommen.

Das läßt sich hören. Aber, in einer Zeit, da Besitz und Vermögen gefährdet sind, wie kaum zuvor, wird es nicht angehen, daß grade den Monarchen das naturgegebene Risiko ihres hohen Berufes voll abgenommen wird. Um so weniger wird es angehen, wenn die Last einem Volke auferlegt werden soll, das ohnehin überreichlich Lasten zu tragen hat. Solange diejenigen, die mit ihrem Leib den Kriegszoll entrichten mußten, mit unzulänglichen Renten abgefertigt werden müssen, ist es untragbar, daß der verbündete Souverän eines ausländischen Staates unser Großpensionär wird. C. M.

Deutschland in Frankreichs Handelsbilanz

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 22. APRIL

Nach den soeben veröffentlichten Ziffern der französischen Zollstatistik ist Deutschland seit Beginn des laufenden Jahres in der Reihe der französischen Einfuhrländer an die erste Stelle gerückt, die bisher die Vereinigten Staaten innegehabt haben. Von dem empfindlichen Rückgang des französischen Außenhandels, der sich für die beiden ersten Monate des Jahres auf fast vier Milliarden beläuft, ist zwar auch Deutschland nicht verschont geblieben, immerhin hat sich namentlich für die deutsche Ausfuhr diese Verminderung in erträglichen Grenzen gehalten; sie wird mit 1,07 Milliarden Franken ausgewiesen gegen 1,28 Milliarden in der gleichen Zeit des Vorjahres, während die Vereinigten Staaten ihre Einfuhrziffern von 1,29 auf 0,95, England die seine von 1,03 sogar auf 0,71 Milliarden sinken sah.

Sehr viel stärker ist der Rückgang der französischen Ausfuhr, in der Deutschland nur noch mit 495 Millionen gegen 742 Millionen im Vorjahr figuriert. Frankreichs bester Kunde ist noch immer England mit 812 Millionen gegen 1,2 Milliarden im Vorjahr, dagegen ist die französische Ausfuhr nach der belgisch-luxemburgischen Zollunion mit 580 Millionen um nahezu 50 v. H. gefallen.

„Nieder mit der dänischen Herrschaft"

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

REYKJAVIK, 22. APRIL

Wegen der großen Unzufriedenheit, besonders der Sozialdemokraten mit der isländischen Wirtschaftspolitik, sind jetzt der Finanz- und der Justizminister zurückgetreten, während Ministerpräsident Thorhallson bis zu den Neuwahlen am 12. Juni ganz allein nur mit dem neuernannten Finanzminister Kristiansohn (bisher Genossenschaftsdirektor) weiterregieren wird.

Dadurch ist die Opposition aber keineswegs befriedigt. Schon gestern kam es zu größeren Unruhen einer empörten Menge vor dem dänischen Gesandschaftsgebäude, das mit schweren Steinen beworfen wurde. Neben Hochrufen auf eine neuzuerrichtende isländische Republik wurde immer wieder der Ruf: „Nieder mit der dänischen Herrschaft!" laut.

Litauen weist weiter aus

Wie die Litauische Telegrafen-Agentur meldet, ist der deutsche Staatsangehörige Studienrat Dr. Hartung (Memel) aus Litauen ausgewiesen worden. Dr. Hartung war als Lehrer am Auguste-Viktoria-Gymnasium zu Memel tätig. Ein Gesuch, ihm die fündige Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen, war vom Gouverneur abgelehnt worden.

Immer noch höhere Zölle

Der Landbund gegen Regionalverträge

Auf Beschluß des Bundesvorstandes des Reichslandbundes haben dessen Präsidenten ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, in dem sie auf weitere Zollerhöhungen drängen. Es heißt darin:

„Die Reichsregierung hat unter dem 28. März 1931 vom Reichstag ein Gesetz über Zolländerungen (Ermächtigungsgesetz) erhalten und angenommen. Vordringlichste Aufgabe ist es daher jetzt, daß dieses Ermächtigungsgesetz schleunigst ausgenutzt wird, um auf den zur Zeit wichtigsten Gebieten, zu denen in erster Linie die Veredlungswirtschaft gehört, Hilfe zu bringen. Dahin gehört vor allem eine beträchtliche Erhöhung des Butterzolles wie der Zölle für alle übrigen Molkereiprodukte im Zusammenhang mit der Erhöhung der Zollsätze für Vieh und Fleisch, Speck und Schmalz, Geflügel, Hafer, Hülsenfrüchte usw., sowie Beseitigung der Zollfreiheit für Industriestroh.

Weiter ist dringend erforderlich, daß Maßnahmen zur Vereinigung des Vieh- und Fleischmarktes getroffen und schleunigst Einfuhrscheine, vordringlich für Erzeugnisse aus Hafer und Gerste und für Hülsenfrüchte eingeführt und die verschiedenen Verwendungszwänge einschließlich eines Deklarationszwanges für Margarine schärfstens angewandt werden. Ebenso wichtig ist die Beseitigung der Zollbindungen für Eier, Obst, Wein, Gemüse und Holz und die Erhöhung der Zollsätze hierfür. Weiter ist die schleunige Beseitigung des Nachtbackverbotes dringlich zu fordern."

Zu dem Plan einer Zollunion mit Oesterreich wird gesagt, er sei zu „begrüßen", erwecke aber eine „Reihe von Bedenken". Bevor nicht die Sicherheit gegeben sei, daß der Vertrag die deutsche Land- und Forstwirtschaft nicht schädige, vermöge der Landbund seine Zustimmung nicht zu geben. Weitaus größer seien aber die Befürchtungen für den Fall, daß mit weiteren Staaten ähnliche Vorzugsverträge geschlossen werden, wie sie anscheinend bei den **deutsch-rumänischen Verhandlungen** bereits eingeleitet seien. Das „in den vergangenen Jahren beliebte Verfahren der deutschen Handelspolitik", fremde Zugeständnisse auf industriellem Gebiet durch deutsche Zugeständnisse auf agrarischem Gebiet zu erkaufen, habe hauptsächlich den Ruin der Landwirtschaft herbeigeführt und die Wirtschaftskrise verschuldet. Schärfster Widerspruch müsse dagegen erhoben werden, **daß diese schädliche Gewohnheit beibehalten und wiederum die deutsche Landwirtschaft geopfert werden solle.**

Offenbar glaubt der Reichslandbund seinen Mangel an positiven Ideen zur Hebung der Landwirtschaft dadurch auszugleichen, daß er sich immer heftiger über angebliche Zurücksetzung der Landwirtschaft beklagt. Das ist ein altes Spiel. Wie lange soll das so weitergehen? Die Reichsregierung hat das Menschenmögliche für die Landwirtschaft getan und alle übrigen Berufsstände haben weitgehende Opfer gebracht, um die Umstellung vor allem der Bauernwirtschaft auf die veränderten Produktionsverhältnisse in der ganzen Welt zu ermöglichen. Auf diese Umstellung kommt es an. Sie vollzieht sich auch vielfach, trotz der falschen Führung durch einseitiges Interessententum, das die Größe der Aufgabe noch nicht begriffen hat. Auf die Dauer können sich in der Landwirtschaft nur die Zweige behaupten, die innerlich gesund und konkurrenzfähig sind. Der Reichslandbund versucht diese Erkenntnis immer wieder zu verschleiern. Statt praktischer Hilfe und Organisation leistet er für die Landwirtschaft nichts als immer erneute Versuche, durch politische Schlagworte und politischen Druck unhaltbare Verhältnisse zu verewigen.

Deutsch-englische Zollwünsche

Antwort auf die britische Note

Wie die Regierungen von Oesterreich, Italien, Belgien und der Schweiz hat jetzt auch die deutsche Regierung auf die britische Note geantwortet, die vor einiger Zeit mit einer Liste der von England geforderten Zollermäßigungen für britische Waren übersandt worden war. In ihrer Antwort, die vorläufigen Charakter hat, erklärt die deutsche Regierung die britischen Anregungen als eine annehmbare Grundlage für Verhandlungen.

Es handelt sich dabei um die Forderung einer 25prozentigen Senkung der jetzigen deutschen Zölle auf verschiedene britische Textilwaren und eine Begünstigung der Kohleneinfuhr nach Deutschland. Von deutscher Seite ist eine Liste eigener Wünsche übersandt worden, die sich auf die in England auferlegten Abgaben auf deutsche Waren beziehen. Die deutsche Antwort macht den Vorschlag, diese Industrie-Schutzabgaben nach Ablauf ihrer Gültigkeitsfrist nicht mehr zu erneuern.

Frankreich und Polen haben bisher auf die englischen Zollvorschläge noch nicht geantwortet.

Die Neuordnung Berlins

Severings Ausführungsbestimmungen

Im Ministerium des Innern ist die Ausführungsanweisung zu dem neuen Gesetz für Berlin fertiggestellt worden. Die Anweisung gibt eingehende Erläuterungen, insbesondere über die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den verfassungsmäßig bestellten Organen, über die Stellung des Oberbürgermeisters, der Bürgermeister und der Stadträte, über das Verhältnis der Stadtgemeindeverwaltung zu den Verwaltungsbezirken und über die Staatsaufsicht.

Hervorgehoben wird besonders die Bedeutung der Vorschrift des neuesten Gesetzes, nach der der Oberbürgermeister zur Erhaltung der Einheitlichkeit der Verwaltung regelmäßig gemeinsame Besprechungen des Magistrats mit den Bezirksbürgermeistern abzuhalten hat. Durch die Einführung dieser sogenannten beigeordneten Konferenzen soll dem Zwecke gedient werden, Zentralverwaltung und Bezirksverwaltung organisatorisch enger miteinander zu verknüpfen.

Als Führer der Verwaltung ist der Oberbürgermeister für die Leitung und Beaufsichtigung sämtlicher Geschäftszweige verantwortlich. Die Bürgermeister und Stadträte tragen die Verantwortung für die Zweckmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit ihrer Maßnahmen, die sie getroffen haben, ohne mit Weisung oder Anweisung versehen worden zu sein. Bei Maßnahmen, für die sie vom Oberbürgermeister Weisungen erhalten haben, tragen sie die Verantwortung für die ordnungsmäßige Durchführung. Mit diesen Bestimmungen glaubt man die Gewähr dafür zu haben, daß eine Verdunkelung der Verantwortung für die Zukunft ausgeschlossen ist.

Zu den Bestimmungen des Gesetzes über das Verhältnis der Stadtgemeindeverwaltung und ihrer Organe zu den Verwaltungsbezirken und deren Organen wird hervorgehoben, daß das Gesetz es bewußt vermeidet, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, die Zuständigkeit der Zentralverwaltung und der Bezirksverwaltungen durch Einzelvorschriften gegeneinander abzugrenzen. Der Gesetzgeber wünsche, daß diese Abgrenzung im Rahmen der Vorschriften der Novelle in erster Linie der Selbstverwaltung und ihren Organen vorbehalten bleiben solle. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung, welche die zu diesem Zwecke zu erlassende Ortssatzung für die Verwaltung der Hauptstadt Berlin besonders auch für das kommunale Eigentum der Bezirke besitzt, ist die Genehmigung der Satzung durch das Staatsministerium vorgeschrieben.

Milde Richter

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 22. APRIL

Das Schöffengericht in Glogau hatte im Dezember vorigen Jahres den Gauführer der schlesischen S.A.-Abteilungen, Kremser, der in einer Versammlung in besonders gehässiger Weise die Republik verächtlich gemacht hatte, freigesprochen. Das Urteil erregte besonderes Aufsehen in der Oeffentlichkeit deshalb, weil der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtsdirektor Dr. Lau, sich in seiner Begründung die Ausfälle und Beleidigungen des Angeklagten in großen Teilen zu eigen machte. Er leistete sich u. a. die Behauptung, die Revolution sei auf Meineid und Hochverrat aufgebaut; die kämpfenden Truppen seien durch die Sperrung der Lebensmittel- und Munitionsdepots wehrlos gemacht worden. Dies sei unerhörtester Meineid und Hochverrat gewesen. Der Oberstaatsanwalt hatte sowohl gegen das Strafmaß als auch wegen der merkwürdigen Urteilsbegründung des Gerichtsvorsitzenden Berufung eingelegt.

Die Berufungsverhandlung fand heute vor der Großen Strafkammer des Landgerichts in Glogau statt. Das Urteil gegen Kremser lautet auf 100 Mark Geldstrafe an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von sieben Tagen, fiel also wiederum außerordentlich milde aus und blieb erheblich hinter dem Antrag des Staatsanwalts, der zwei Monate Gefängnis beantragt hatte, zurück. Auch die heutige Verurteilung erfolgte nur deshalb, weil das Gericht es als erwiesen ansah, daß der Angeklagte bei seinem seinerzeitigen Auftreten das Wort „Republik" mit einer verächtlichen Geste begleitet hatte. Alle andern Beleidigungen, die Kremser sich geleistet hatte, wurden als nicht erwiesen angesehen.

Die umstrittene Volksbühnen-Abfindung

Im Untersuchungs-Ausschuß des Landtags über die Kroll-Oper wurde Ministerialdirektor Schnitzler vernommen. Schnitzler war 1923 als Justitiar der Kunstabteilung im Kultusministerium an der Abfassung des Vertrages mit der Volksbühne beteiligt. Er hat damals die Auffassung vertreten, daß der Vertrag entschädigungslos aufgehoben werden könne, wenn der Staat die Krollbühne schließen sollte. Diese von ihm bis heute vertretene Auffassung ist aber in dem 1923 abgeschlossenen Vertrag nicht klar zum Ausdruck gekommen, weil dort nicht die Worte „Einstellung des Kroll-Opern-Betriebes", sondern „Einstellung des Staatstheater-Betriebes" gewählt worden sind.

Inzwischen aber hat sich Herr Schnitzler auch mit einer Entschädigung der Volksbühne einverstanden erklärt. Nach langwierigen Verhandlungen über den jetzt vorliegenden Abfindungsvertrag hat er schließlich die jetzige Fassung für angemessen empfunden, und den Abfindungsvertrag auch seinerseits gutgeheißen.

Die Oppositionsparteien im Ausschuß mußten diese nachträgliche Wandlung ihres Kronzeugen Schnitzler enttäuscht hinnehmen.

Anerkennung der spanischen Republik

Nach Deutschland haben nunmehr auch Oesterreich, Italien und die U. S. A. die spanische Republik anerkannt.

Wir in Genf

Zum Berliner Besuch Sir Eric Drummonds

Gestern nachmittag um ½5 Uhr ist der Generalsekretär des Völkerbunds, Sir Eric Drummond, in Berlin eingetroffen, um die Einzelheiten der Tagesordnung für die 63. Völkerbunds-Session am 18. Mai festzulegen, auf der Außenminister Dr. Curtius das Präsidium haben wird.

GENF, 22. APRIL.

Der Generalsekretär des Völkerbundes findet eine Stimmung vor, die dem „Völkerbund" genannten Regierungsverein wenig freundlich ist. Die Schuld an den bisher mangelnden Ergebnissen großen Stils bei den Genfer Organen des Völkerbundes zu suchen, denen jede eigene Initiative formell fehlt, wäre müßig. Sie verteilt sich vielmehr hübsch gleichmäßig auf alle Mächte, wenn das ein Trost sein kann. Sir Eric Drummond, der Generalsekretär, der etwa die Rolle eines Ministerpräsidenten spielt, wenn das Generalsekretariat ein Ministerium ist, hat vor genau einem Monat gelegentlich seines Londoner Besuches einen sehr interessanten Vortrag gehalten, dessen politische Tragweite sich freilich nur in Andeutungen kundgab und wohl deshalb nicht genügend beachtet wurde.

Das Genfer Generalsekretariat umfaßt heute eine Beamtenschar von rund 700 Köpfen. Der Grundgedanke bei der Begründung des Sekretariats, der damals einstimmig angenommen wurde, war: die Beamten dürfen nur Diener des Völkerbundes und in keiner Weise Vertreter der Regierungen ihrer Länder oder gar diesen verantwortlich sein! Drummond ließ im Verlaufe seines Vortrags erkennen, was jeder weiß, der das Sekretariat etwas genauer beobachtet hat, daß dieser schöne Grundsatz, im Anfang noch ein germaßen gültig, im Laufe der Jahre mehr und mehr durchbrochen wurde. Zuerst ganz offiziell von der italienischen Regierung, die allen ihren Staatsangehörigen verbot, eine Stellung bei einer internationalen Organisation anzunehmen, ohne ausdrückliche Genehmigung Roms. Praktisch aber durchbrach ihn vor allem auch die deutsche Regierung, deren Beamtenvorschläge für das Völkerbund-Sekretariat sogar zu innerpolitischen Parteikämpfen hinter den Kulissen führten, und die — es hat keinen Zweck, es verstecken zu wollen — ihre Genfer Beamten mehr als nach Genf delegierte Beamten der Berliner Ministerien denn als unabhängige internationale Völkerbundbeamten ansah.

Der Generalsekretär stellte ganz offen fest, daß schon die Tatsache, daß die Untergeneralsekretäre sozusagen grundsätzlich Vertreter der ständig im Rate sitzenden Großmächte sind, nicht vereinbar mit der Entwicklung des Völkerbundes sei. Er machte kein Hehl aus der Schwierigkeit, das Sekretariat nach sachlichen Gesichtspunkten zu organisieren und dabei den berechtigten Ansprüchen der einzelnen Länder nach entsprechender Vertretung innerhalb des Beamtenkörpers zu genügen. Trotzdem stellt er aber auch ausdrücklich fest, daß es im Sekretariat nicht, wie man bisweilen glaubt, eine englische, eine französische, eine deutsche Abteilung gibt, sondern nur eine juristische, eine politische, eine Minderheiten-, eine Abrüstungs-, eine soziale Abteilung, in der sachlich befähigte Beamte der 54 Völkerbundstaaten nach Möglichkeit mitarbeiten. Ausdrücklich hob er auch hervor, daß im Sekretariat der eine Grundsatz weitgehend durchgeführt sei, daß nämlich kein Beamter aktiv an einer Frage mitarbeiten dürfe, die sein Land besonders angehe. So darf es zum Beispiel in der Mandatabteilung keine Beamten geben aus Ländern, deren Regierungen Mandate verwalten.

„Der neue und wesentliche Faktor", sagte der Generalsekretär in London, „wodurch das Sekretariat sich von den staatlichen Ministerien unterscheidet, ist der, daß seine Mitglieder dem Völkerbunde als Ganzem, und eben nicht einer besonderen Regierung dienen. Sie sind verantwortlich allein dem Generalsekretär, von dem sie ihre Instruktionen erhalten, und der seinerseits nur dem Völkerbundrat und der Versammlung verantwortlich ist. Sie haben weder besondere Interessen ihrer eigenen Länder zu fördern, noch Instruktionen von ihren Regierungen zu erhalten. Für eine große Organisation ist dieser Grundsatz neu, obgleich er auch früher gelegentlich angewendet wurde, wenn z. B. ein Beamter zu einer ausländischen Regierung als Mitarbeiter entsendet wurde. Im großen ganzen ist er auch gut durchgeführt worden, obgleich er einer gewissen Mentalität schwer zugänglich ist. Eben deshalb muß künftighin besondere Sorgfalt auf die Auswahl der Mitglieder des Sekretariats verwendet werden."

Obwohl es immer heikel ist, Personalfragen öffentlich zu diskutieren, außer für Leute, denen Skandalmachen eine wesentliche politische Betätigung erscheint, ist es nützlich, grade anläßlich des diesmaligen Besuches des Generalsekretärs in Berlin, an seine Londoner Ausführungen zu erinnern. Stehen auch politische Fragen, wie die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz und die unmittelbar bevorstehenden Erörterungen über Europa und das deutsch-österreichische Zollabkommen im Vordergrund der Berliner Besprechungen dieser Tage, so handelt es sich doch auch darum, Verstimmungen hüben und drüben zu beseitigen, die nicht zuletzt in Personalfragen ihre Grundlage haben.

Wieviel Schuld an der Unzufriedenheit Deutschlands mit dem Völkerbunde auch die Großmachtkollegen der deutschen Regierung im Völkerbunde tragen mögen, so wäre es doch gut, wenn man sich in Deutschland allgemein die Mahnung Sir Eric Drummonds am Schlusse seines Londoner Vortrages einmal recht genau durchdenken wollte. Er erklärte mit deutlichem Verweis auf die nächste Zukunft:

„Die beiden großen Vorbedingungen für die Beamtenstellungen im Sekretariat sind außer allgemeiner Tüchtigkeit 1. Der Glaube an den Völkerbund und der Wunsch, ihm zu dienen, und 2. die Fähigkeit, sich selbst an die Stelle anderer Leute zu versetzen. Nur durch diese Eigenschaften ist es bisher den Mitgliedern des Sekretariates gelungen, das Vertrauen der 54 Regierungen zu erwerben, denen sie unparteiisch und nach ihren besten Kräften verpflichtet sind. Wenn dieser Geist auch weiter die Organisation durchdringt, wird das Sekretariat einer der wichtigsten Faktoren in der Entwicklung des internationalen Lebens bleiben. Wenn er sich aber verflüchtigt, so wird ein Experiment, auf das mit Recht große Hoffnungen gesetzt worden, zuschanden werden. **Es ist in der Tat nicht zu viel gesagt, daß in diesem Falle die ganze Grundlage des gegenwärtigen Aufbaus des Völkerbundes neu geprüft werden müßte.**"

Diese Warnung des höchsten Beamten des Völkerbundes richtet sich gleichmäßig an alle Regierungen, aber besonders an die der Großmächte. Bringen diese der Aufgabe des Völkerbundes zu einer, soweit das menschenmöglich ist, unparteiischen Arbeit zum gemeinsamen Besten das nötige Verständnis entgegen, so kann der Völkerbund weiter arbeiten wie er angefangen hat. Erweist sich aber das als unmöglich, und ist Genf in der Tat nur eine Zentrale von Delegationen der einzelnen Staaten, so wäre es besser, den ganzen Aufbau des Völkerbundes und seiner Genfer Behörden offen zu ändern. Ob dann allerdings „Völkerbund" überhaupt noch möglich ist — das wäre ein neues und sehr gewagtes Experiment.

Dr. Julius Becker.

Internationale Arbeitsbörse

Albert Thomas' Vorschläge — Deutsche Bedenken

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 22. APRIL.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts beschäftigte sich heute am letzten Tage seiner Frühjahrstagung mit den Vorschlägen, die der Direktor des Arbeitsamtes Albert Thomas der Europa-Kommission des Völkerbunds für die Erleichterung der Arbeitslosenkrise machen soll.

Ueber die Vorschläge, die Thomas im Rahmen der Zuständigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation machen will — im wesentlichen Errichtung einer internationalen Arbeitsbörse und Ausführung großer internationaler Arbeiten wie Einführung der automatischen Kupplung auf den Eisenbahnen, die in Deutschland allein mehr als 100 000 Arbeitern für fünf Jahre Beschäftigung verschaffen würde, allerdings mit einem Kostenaufwand von 1½ Milliarden Mark, wovon ⅘ auf Löhne entfallen würden, Ausbau eines internationalen Straßennetzes usw. —, entspann sich heute nachmittag eine große Debatte. Nach dem französischen Regierungsdelegierten Piquenard und dem jugoslawischen Arbeitgeber-Delegierten Tschurtschin, hielt der deutsche Arbeiter-Delegierte Hermann Müller, der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, eine große Rede.

Er erklärte sich von den Vorschlägen des Direktors sehr enttäuscht, weil sie kein wirklich wirksames Mittel zur Lösung der heutigen Krise enthielten, obwohl er anerkannte, daß dem Direktor durch die Beschlüsse des Verwaltungsrats die Hände gebunden gewesen sind. Müller verteidigte die Arbeitslosenunterstützung, die zwar nur die Folgen der Arbeitslosigkeit mildern, aber nicht diese selbst heilen könnte. Immerhin trage auch die Arbeitslosenunterstützung insofern zur Lösung der Krise bei, als die gezahlten Unterstützungen doch wieder in die Wirtschaft zurückfließen und diese befruchten. Mit dem Ausbau der Arbeitsnachweise sei nichts getan, denn in Deutschland wären die Nachweisstellen aufs beste organisiert. Aber auch der beste Arbeitsnachweis nütze nichts, wenn eben keine Arbeit vorhanden ist. So dienten in Deutschland, sagte Müller, die Arbeitsnachweise fast nur noch dazu, die Arbeitslosen zu zählen.

Müller bezweifelte auch die Wirksamkeit der anderen Vorschläge, und zwar aus dem Grunde, weil die nötigen Kapitalien fehlten. Wer soll der Deutschen Reichsbahn die Mittel bereitstellen zur Einführung der automatischen Kupplung, und wo sind die internationalen Finanzinstitute, die den Ausbau des vorgeschlagenen und gewiß sehr notwendigen internationalen Straßennetzes finanzieren würden? Alle diese Mittel sind ausgezeichnet, aber für eine Zeit der wirtschaftlichen Blüte, um kommender Arbeitslosigkeit vorzubeugen, jedoch nicht, um eine so akute wie die heutige zu heilen.

Der deutsche Arbeiterdelegierte erklärte, die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Reallöhne für die einzigen Mittel, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu steigern, was wiederum das einzige Mittel zur Lösung der heutigen Krise der Ueberproduktion sei. Dazu aber bedürfe es einschneidender Maßnahmen der Regierungen, um die Preisbildung durch die Kartelle und Syndikate zu beeinflussen. In dieser Richtung müßten schleunigst Versuche unternommen werden und nicht etwa erst im Oktober.

Auch der deutsche Regierungsdelegierte, Oberregierungsrat Lemmle vom Reichsarbeitsministerium, der in Vertretung des Ministerialdirektors Weigert sprach, äußerte sich über die vorgeschlagenen Mittel ziemlich skeptisch. Gewiß seien bereits erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung wahrnehmbar, aber es würde immerhin noch erhebliche Zeit brauchen, bis der Arbeitsmarkt von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse berührt werde.

Die nächste Zukunft des Arbeitsmarkts in vielen Ländern und ganz besonders auch in Deutschland, erklärte Lemmle, ist zweifelloses noch sehr ernst, und die finanzielle Belastung, die sich aus der Fürsorge für die Arbeitslosen ergibt, dauert fort und wird sich vielleicht sogar noch vergrößern. Noch schlimmer ist es, daß die außerordentlichen sozialen und psychologischen Spannungen noch weiter fortbestehen, die jede umfangreiche Arbeitslosigkeit hervorrufen muß und die sich vor allem bei der großen Zahl von jungen Menschen geltend machen, die heute keine Möglichkeit sehen, einen Platz im Arbeitsleben zu finden. Aus dieser ernsten Situation heraus ist auch der Vorschlag zu begrüßen, den die deutsche Kommission für Arbeitslosenfragen kürzlich gemacht hat, nämlich eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit.

Zu diesem Vorschlag habe die deutsche Regierung noch nicht Stellung nehmen können, und die Entscheidung werde auch nicht leicht sein. Die Kommission habe die Frage offen gelassen, wie weit die Verkürzung der Arbeitszeit durch eine Erhöhung der Löhne ausgeglichen werden könnte, und hier liege zweifellos ein schweres Dilemma vor. Denn wenn die Löhne nicht erhöht werden, so müßte der Lebensstandard der Arbeiter und damit auch ihre Kaufkraft sinken, und unter Umständen neue Arbeitslosigkeit entstehen. Werden dagegen die Löhne erhöht, so würden die Produktionskosten steigen und die Konkurrenzfähigkeit sich vermindern.

Zu den Vorschlägen des Direktors Thomas erklärte Oberregierungsrat Lemmle, daß sie nach der Auffassung des Direktors selbst nicht bezwecken sollten, das Uebel der Arbeitslosigkeit von der Wurzel aus zu erfassen. Es werde vor allem nicht leicht sein, die internationale Arbeitsbörse zu einem wirksamen Instrument gegen die Arbeitslosigkeit zu machen, und Lemmle glaubt, daß der zweite Vorschlag des Direktors, internationale öffentliche Arbeiten zu organisieren, größere praktische Bedeutung haben kann. Schon im Januar habe der deutsche Regierungsvertreter sich im Verwaltungsrat ausdrücklich zu diesem Gedanken bekannt. Das Wichtigste sei, daß hier endlich ein ernsthafter Versuch gemacht wird, aus dem Stadium der Diskussionen herauszukommen und die Dinge praktisch anzufassen.

Wir müssen wünschen, so schloß Lemmle seine Rede, daß dieser Wille zu konkreten Lösungen auch auf die europäische Union übergeht, und daß er sich dort geltend macht, wo wirkliche Entscheidungen auch über den Arbeitsmarkt liegen, nämlich in den finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Fragen, die in die Zuständigkeit der Europakommission des Völkerbundes fallen.

An der bis spät abends dauernden Debatte beteiligten sich noch der italienische Regierungsdelegierte de Michelis, der französische Arbeiterdelegierte Jouhaux, der französische Arbeitgeberdelegierte Lambert Ribot, in Vertretung des deutschen Arbeitgeberdelegierten, Kommerzienrat Vogel, der Verbandssekretär Krüger u. a. Es konnte nicht immer eine Klärung der Ansichten erzielt werden.

So beschloß der Verwaltungsrat schließlich auf Antrag des polnischen Regierungsdelegierten Sokal, die Denkschrift des Direktors nebst dem Protokoll der heutigen Verhandlungen der Europa-Kommission zu überweisen, und, da die Europa-Kommission wahrscheinlich ohnehin in ihrer kurzen Maitagung zu keinem endgültigen Ergebnis wird kommen können, die Debatte über die Arbeitslosigkeit in der nächsten Tagung wieder aufzunehmen.

Thomas selbst gab die Unvollkommenheit seiner Vorschläge durchaus zu, erklärte aber, er hätte sich im Rahmen der Zuständigkeit der internationalen Arbeitsorganisation halten müssen, und zudem glaube er, daß durch Inangriffnahme seiner Vorschläge immerhin etwas von jenem „europäischen Geist" geschaffen werden könnte, ohne den die europäische Krise überhaupt nicht würde gelöst werden können.

Rückgang der Arbeitslosigkeit

Erhebliche Entlastung der Versicherung

Die Arbeitslosigkeit hat einen weiteren erheblichen Rückgang erfahren. In der Zeit vom 31. März bis zum 15. April hat sich die Zahl der versicherten Arbeitslosen um 212 000 und die der Krisenunterstützten um 34 000 vermindert.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen ist hingegen nur um 120 000 zurückgegangen, was sich zum Teil aus technisch-statistischen Gründen, zum Teil aus einer stärkeren Inanspruchnahme der Wohlfahrtsfürsorge der Städte erklärt, der seit dem 28. März die durch Nichtverlängerung der Krisenunterstützung für die Arbeitslosen mit zu kurzer Anwartschaft zur Last fallen.

Hauptausschuß für Arbeitsstreckung

Der Hauptausschuß des preußischen Landtages hat einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, der sich für eine Senkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche bei entsprechendem Lohnausgleich, Beschränkung der Ueberstundenarbeit, Schutz der Arbeitnehmer unter 18 Jahren und für eine Sonderregelung der Arbeitszeit im Bergbau ausspricht.

Hierzu drei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Neukölln

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Post-Abonnenten sind beide Ausgaben vereint. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgeldes. Täglich „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Reise und Wanderung" — Donnerstag: „Recht und Leben" — Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen

VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Behörden, Straßen und Verkehr

Sorgen der Berliner Autofahrer

Der Staatssekretär sagte: „Ja, meine Herren, in mir ist die Erkenntnis wachgeworden, daß es drei Arten von Autofahrern gibt. Zu der ersten zählen die Anfänger, die die gefährliche und bösartige Maschine unter sich noch nicht recht zu meistern verstehen. Diese Sorte pflegt vor jedem Hindernis, das plötzlich auftaucht, ganz einfach zu halten, um erst weiterzufahren, wenn das Hindernis, das gleichzeitig mit einem Fußgänger ist, sich selbst aus dem Wege geräumt hat. Zu der zweiten Art zählt der routinierte Autofahrer, der um das Hindernis einen schnellen und eleganten Bogen macht. Zu der dritten Kategorie werden diejenigen Fahrer gerechnet, die auf ein Hindernis mit Vollgas drauflosfahren, die eisern ihre Richtung beibehalten in der felsenfesten und durch die Gewohnheit erprobten Erfahrung, daß das Hindernis vorher ausbiegen oder zur Seite springen wird. Derartige Autofahrer pflegen dann in ihren Kreisen als besonders guterprobte und geistesgegenwärtige Männer am Volant gepriesen und gelobt zu werden."

Das sagte der Staatssekretär im preußischen Ministerium des Innern Abegg, als er in Gemeinschaft mit dem Polizeipräsidenten von Berlin, Grzesinski, dem Polizeipräsidenten Dr. Weiß, dem Regierungsdirektor Mosle, dem Chef der Verkehrsabteilung des Polizeipräsidiums und dem Kriminalkommissar Werneburg, dem Leiter des Autodiebstahlsdezernats im Kreis der neugegründeten „Vereinigung kraftfahrender Journalisten" saß. Wenn wir alle sehr über die drei Kategorien des Herrn Staatssekretärs gelacht haben, so hörten wir gespannt zu, als er weiter über Verkehrsprobleme in der Rechtsprechung sprach. „Bisher galt", so sagte er, „immer der oberste Grundsatz für alle Gerichte, daß es der Sinn einer Verkehrsregelung sei, den Fußgänger vor Schaden zu bewahren. Das ist grundsalsch. Der erste Sinn einer solchen Regelung muß der Schutz des Menschen und nicht nur eines Teiles der Menschheit bedeuten. Der Fußgänger hat vor dem Automobilisten schon den sehr großen Vorteil, daß ihm große Teile der Straße, die Bürgersteige, allein gehören. Also soll die Fahrbahn den Fahrzeugen dienen. Der Fußgänger muß sie und soll sie im kürzesten Winkel überqueren, er kann nicht blind und taub für seine Umgebung auf dem Fahrdamm spazierengehen, als befände er sich auf dem Korridor seiner Wohnung."

Regierungsdirektor Mosle griff hier in die Debatte ein und gab zu, er habe immer die Beobachtung gemacht, daß sich in Berlin die Automobilisten zum mindesten ebenso diszipliniert verhielten, wie die Fußgänger. Kommt jemals ein Automobilist auf den Gedanken, freiwillig, trotzdem er das Verkehrszeichen sieht, dieses nicht zu beachten? Aber laufen nicht immer die Fußgänger über die für sie gesperrte Straße, wenn nicht grade ein Automobil in allernächster Nähe ist? Was aber die Klagen über schlechte Straßen in Berlin selbst anbetrifft, so gebe ich zu bedenken, daß der Herr Polizeipräsident stets und ständig über dasselbe klagt. Straßenbau aber, meine Herren, ist eine Sache der Stadt, und zwar in diesem Falle einer Stadt, die kein Geld hat."

Und nun erzählte der Kriminalkommissar Werneburg den Umsitzenden, wieviel Mühe und Aufmerksamkeit von seinem Dezernat darauf verwandt werde, Vorbeugungsmaßnahmen gegen Autodiebstähle durchzuführen. Wir hörten gespannt zu — da kam ein Diener und meldete, daß einer von unseren Wagen soeben gestohlen worden war. Nun mußte der Kriminalkommissar Werneburg seinen lehrreichen Vortrag unterbrechen, und er verschwand für einige Zeit —

Einer von uns berichtete: In der Friedrichstadt in der Nähe eines Theaters, parkte er in einer stillen Straße. Nach einigen Stunden kommt er wieder und findet sein Fahrzeug eingekeilt in einer Reihe von Autodroschken. Als er erscheint, zeigen die Schofföre auf ihn und lachen. Am nächsten Tage bleibt er in der Nähe von Frankfurt a. O. liegen, man hat ihm Schmirgelsand in den Benzintank und in das Oel gestreut. Der Motor des Wagens ist unbrauchbar gemacht worden. Einem anderen wurde sein Wagen beim Parken dadurch demoliert, daß man ihm alle vier Pneus durchstochen hatte. Jetzt hören die Herren von der Polizei plötzlich von allen Seiten Klagen über Sabotageakte, über den Terror der Droschkenschofföre vor den Theatern, Kinos und Restaurants. Es ergibt sich bei der Unterhaltung ein dunkles Bild von diesen Zuständen, auf dem die sogenannten Parkwächter, die eine schlimme Belästigung des Publikums bilden, auch ihre Rolle spielen. Der Polizeipräsident sagt:

„Es ist merkwürdig, auch hierin scheint sich eine Zunahme sadistischer Neigungen bemerkbar zu machen. Hier, meine Herren, müssen Sie uns helfen. Wird uns beispielsweise ein Droschkenschoffer wegen eines Vergehens, wie Sie es schildern, angezeigt, dann nehmen wir ihn in eine Polizeistrafe, und Sie können sicher sein, daß er dagegen richterliche Entscheidung beantragt. Nach langer Zeit kommt es dann zur Verhandlung, die Polizeistrafe wird herabgesetzt, es vergeht wieder lange Zeit, bis er die Strafe bezahlen muß, und der erzieherische Wert der Strafe ist zum Teufel. Sie müssen auch der Justiz klarmachen, daß es so einfach nicht weitergeht, hier müssen die Gerichte viel schneller und viel schärfer durchgreifen, als das bisher geschehen ist.

Aber, meine Herren, bedenken Sie: Die Droschkenschofföre, das sind Leute, die einen verzweifelten Kampf um ihr Dasein kämpfen, die oft um jedes Fünfzigpfennigstück Verdienst stundenlang auf einen Fahrgast warten müssen, und die es weiß Gott nicht leicht haben. Alles, was Sie hier in bezug auf die Undiszipliniertheit des Fahrens gegen diese Leute einwenden, werfen die Droschkenschofföre den Herrenfahrern auch vor. Allerdings, die Frage der Parkplätze ist eine Sache, die noch etwas anders geregelt werden muß."

Wieder sprach der zurückgekehrte Kriminalkommissar Werneburg, er sagte, daß es fast immer einige Tage daure, bis ein gestohlener Wagen herbeigeschafft sei. Er mußte sich unterbrechen, denn der Diener kam mit der Meldung, daß der oben erwähnte gestohlene Wagen von zwei Schutzpolizisten soeben aufgegriffen und wieder herbeigeschafft worden sei.

„Dann ist ja alles in Ordnung" sagte der Polizeipräsident.

H. R. Berndorff.

Kürten neunmal zum Tode verurteilt

DÜSSELDORF, 22. APRIL.

Nach eineinhalbstündiger Beratung verkündete heute der Vorsitzende des Düsseldorfer Schwurgerichts, Landgerichtsdirektor Rose, im Kürten-Prozeß folgendes Urteil:

Der Angeklagte wird wegen Mordes in 9 Fällen zum Tode, wegen vollendeter Notzucht in zwei Fällen und wegen 8 Mordversuchen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte sind ihm auf Lebenszeit aberkannt. Der Angeklagte zeigte bei der Verkündung des Urteils keinerlei Reue.

In der Begründung des Urteils führte Landgerichtsdirektor Rose aus: Dem Gericht würde es schwer geworden sein, das Urteil zu fällen allein auf die Geständnisse des Angeklagten hin, denn jeder Richter hat die Erfahrung gemacht, daß Geständnisse auch falsch sein können. Es war deshalb von großer Wichtigkeit, daß in allen Fällen die Geständnisse des Angeklagten durch objektive Tatsachen genau nachgeprüft und bestätigt werden konnte, daß der Angeklagte der Täter ist. Allerdings soll nicht vergessen werden, daß diese Tatsachen erst auf Grund der Geständnisse des Angeklagten herbeigeschafft werden konnten.

Es kam nun darauf an zu prüfen, ob der Angeklagte mit Vorsatz gehandelt hat. Er selbst gibt an, er habe, wenn er das Haus verließ, nicht daran gedacht, einen Menschen zu töten, sondern er habe immer nur seinen sadistischen Trieben folgen wollen. Es mag sein, daß der Angeklagte zu Haus noch nicht wußte, ob er Menschen töten würde, denn er wußte ja gar nicht, ob er überhaupt jemand treffen würde, der auf seine Wünsche einging. Aber der Angeklagte hat damit rechnen müssen, daß er einen Menschen töten würde und deshalb hatte er Schere, Dolch und Hammer beim Fortgehen von Hause mitgenommen. Er hat dann seine Opfer mit diesen Waffen auch in einer Weise behandelt, die in 9 Fällen zum Tode geführt hat. **Damit ist erwiesen, daß der Angeklagte vorsätzlich gehandelt hat.** Es ist nur einem glücklichen Zufall zu danken, daß nicht alle Fälle tödlich verlaufen sind. Weiter war zu prüfen, ob der Angeklagte mit Ueberlegung gehandelt hat.

Die inneren Gedanken eines Menschen nachträglich festzustellen, ist schwer, denn es können nur Schlüsse gezogen werden aus dem Verhalten vor, bei und nach der Tat. Die Ueberlegung wird bewiesen einmal dadurch, daß der Angeklagte schon mit Schere, Dolch und Hammer von Hause weggegangen ist. Er hat seine Opfer dann mit voller Ueberlegung an eine einsame Stelle geführt, wo er dann den Ueberfall ausführte. **Für die Ueberlegung spricht insbesondere das Verhalten des Angeklagten in den Fällen, in denen er gestört worden ist.** Nach der Begehung der Taten hat der Angeklagte sehr gut verstanden, die Spuren zu verwischen.

Schließlich war zu prüfen, ob der Angeklagte infolge seines sadistischen Triebes zeitweise ohne Ueberlegung gehandelt hat. Hier ist das Gericht den Angaben der Sachverständigen gefolgt, die gesagt haben, daß der sadistische Trieb als solcher nicht anders zu bewerten ist, als der normale Trieb. Ebensowenig wie der normale Trieb die Ueberlegung ausschließt, kann es die sadistische Veranlagung tun. Bei der Persönlichkeit des Angeklagten kommt noch hinzu, wie er sich während der jetzigen Verhandlung benommen hat. Er hat sich in jedem Augenblick der Situation vollkommen gewachsen gezeigt. **Es ist nicht anzunehmen, daß der Angeklagte auch nur einen Moment ohne Ueberlegung gewesen ist.**

Die Frage, ob der Angeklagte geisteskrank ist, braucht nicht mehr erörtert zu werden, denn es liegt nicht der geringste Anlaß dafür vor, daß der Angeklagte irgendeinen geistigen Defekt hätte. Das Gericht hatte keine Bedenken, anzunehmen, daß der Angeklagte im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte ist. Der Angeklagte war daher wegen Mordes und Mordversuches zu bestrafen. Für Mord kam nur die Todesstrafe in Betracht. Wegen Mordversuches ist auf die höchstzulässige Strafe von 15 Jahren erkannt worden.

Das Urteil rechtskräftig!

Verteidiger Rechtsanwalt Wehner: Das Urteil bedeutet weder für mich, noch für den Angeklagten eine Ueberraschung. Wir haben auch bereits die Möglichkeit, eventueller Rechtsmittel erwogen, und sind zu der Auffassung gekommen, daß der Angeklagte das Urteil annimmt. Ich bitte Sie, diese Anerkennnis des Angeklagten nicht als einen Entschluß des Augenblicks hinzunehmen, sondern als Produkt langer und reiflicher Ueberlegung.

Vorsitzender: Angeklagter, schließen Sie sich den Ausführungen Ihres Verteidigers an?

Angeklagter Kürten: Jawohl.

Oberstaatsanwalt Eich: Auch die Staatsanwaltschaft verzichtet auf jedes Rechtsmittel.

Vorsitzender: Dann werden diese Erklärungen zu Protokoll genommen. Das Urteil ist damit 4.35 Uhr nachmittags, rechtskräftig geworden.

Im Schlußwort vor dem Urteil hatte Kürten erklärt: „Die Taten, die ich begangen habe, sind derartig abscheulich, daß ich nicht einmal den Versuch wage, sie in irgendeiner Form zu entschuldigen." Nach einem Hinweis auf den Stuttgarter Arzt Dr. Wolf, dem er vorwirft, seine Hände gleichfalls mit Blut befleckt zu haben, fährt Kürten fort:

„Ich will nicht anklagen, vielmehr wollte ich Ihnen nur sagen, was in meiner Seele vorgeht. Professor Sioli irrt sich, wenn er glaubt, daß das Milieu, dem ich entstamme, nicht ausschlaggebend gewesen ist für die Entwicklung, die ich genommen habe. Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß manche Opfer es mir durch ihre Vertrauensseligkeit sehr leicht gemacht haben. Ich bedauere alle diese Opfer, ich bedauere die Angehörigen, ich bitte sie um Verzeihung und bin bereit, alle Konsequenzen meiner Taten auf mich zu nehmen.

Die Todesstrafe kann nur einmal vollstreckt werden, aber glauben Sie mir, ich habe über ein duzendmal die Todesstrafe geistig und seelisch erduldet."

6 Kühe fahren durch Berlin

Von

THEA VON HUMBRACHT

Langsam ziehen zwei Braune einen großen Kastenwagen durch die Straßen. Und wo der Wagen fährt, bleiben die Menschen stehen, drehen sich um, sehen ihm nach. Aus einem Friisörgeschäft tritt neugierig ein junger Mann im weißen Kittel, macht kehrt, kommt mit einem zweiten, weiblichen Kittel zurück. Kinder stoßen sich an: „Du, kiek mal!" und laufen dem Wagen nach.

Ich habe zwar einen ganz anderen Weg als den des Wagens. Aber sein Inhalt interessiert auch mich, und so folge ich ihm. In dem Wagen stehen sechs braun-weiße Kühe. Wir Berliner sind ja an allerhand Absonderlichkeiten auf, unter und über dem Asphalt gewöhnt. Aber der Anblick einer ganz gewöhnlichen Feld-, Wald- und Wiesenkuh auf unseren Straßen gehört doch zu den Seltenheiten. Die Kühe sind so angebunden, daß auf jeder Längsseite des Wagens drei Köpfe und die drei Gegenpole sichtbar sind. Der Kutscher fährt langsam und vorsichtig. Stroh haben sie auch unter den Hufen. Aber die Rundfahrt durch Berlin scheint den Kühen gar nicht zu gefallen. Mit großen, traurigen Augen blicken sie durch die Latten des Wagens auf die Straße. Von Zeit zu Zeit lassen sie ein leises, resigniertes „Muh" hören.

Wohin fahren sie? Der Wagen biegt in die Richtung des Bahnhofs ein. Und ich hoffe im Interesse der sechs Kühe, daß sie nach auswärts verkauft sind und verladen werden sollen. Aber wenn ich sie mir näher betrachte, kommen mir doch Zweifel. Denn Jugend und Schönheit drücken sie nicht. Im Gegenteil. Sie sehen eigentlich genau so aus, wie man sich immer die sieben mageren Kühe aus der Bibel vorstellt. Und ich fürchte, das Schicksal hat nicht im Sinne meines Wunschträumes über sie beschlossen.

Plötzlich hält der Wagen. Der Kutscher springt ab und geht in einen Zigarrenladen. Sofort haben sich Menschen um die Kühe versammelt. Aber sie wissen nichts Rechtes mit ihnen anzufangen. Sie stehen stumm um den Wagen und betrachten nachdenklich die Kühe. Und die Kühe sehen mit großen, fremden Augen die Menschen an.

Schließlich streckt ein junges Mädchen zaghaft die Hand aus und streichelt einer von ihnen den Kopf. Aber die Kuh nimmt nicht die geringste Notiz davon. Und ein Spaßvogel ruft: „Frollein, woll'n Sie mir nicht lieber ein bißchen traulen?" — „Mamma", fragt ein Büchen, „sind das lauter böse Stiere?" — „Ach was", sagt die noch sehr junge Frau mit der Markttasche, „das sind bloß Ochsen!" Da fühlt sich aber doch der Vollejunge berufen, sein sachverständiges Urteil abzugeben: „Nee, die ham doch Euter. Das sind Kühe" — „Na wat denn?" sagt die junge Frau erstaunt. „Ochsen und Kühe, Jacke wie Hose, — is doch allens ein Rindvieh!"

Da hebt das eine Rindvieh den Kopf, wittert, zieht hörbar die Luft durch die breiten Nüstern, stampft mit dem Vorderfuß auf und stößt ein lautes, klagendes Muhen aus. Die zweite, die dritte und vierte Kuh fallen ein. Ich sehe mich um und entdecke ... Nein, das ist aber auch gar nicht taktvoll von dem Kutscher! Ausgerechnet an dieser Stelle hätte er doch auf keinen Fall halten dürfen! Neben dem Zigarrengeschäft nämlich ist ein Fleischerladen. Und in dem großen Fenster hängt, halbiert und gevierteilt, als Rücken, als Keule, als Lendenstück, als Kamm, Brust, Rippe die ganze nächste Verwandtschaft der sechs Kühe. Und dieser Anblick mag wohl auch für die Nerven einer Kuh zuviel sein!

Ich mußte weiter. Als ich mich noch einmal umsah, war der Wagen schon wieder in Bewegung. Er war nun dem Bahnhof ganz nahe. Und noch heute hoffe ich — trotzdem viel, ja beinahe alles dagegen spricht — daß die sechs mageren Kühe aufs Land verladen worden sind und im Sommer auf einer fetten Weide grasen werden.

Aber leider, leider, kann es ja auch sein, daß das Filet, das ich am Sonntag gegessen habe, von einer der Braun-weißen stammt. Ein wenig äßh war es ja, mein Filet...

Für Abonnenten der „Vossischen Zeitung", die ihre Zeitung durch den Briefträger bekommen, ist es jetzt höchste Zeit, das Post-Abonnement zu erneuern. Sonst könnte sich die Lieferung der ersten Mai-Nummer verzögern. Außerdem ergebt die Post nach dem 25. April einen Verspätungs-Zuschlag.

MELDUNGEN VON ÜBERALL

Der Fluch der Tüchtigkeit

Aus den Berliner Gerichten

Als Angeklagter vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte steht Dr. Matthiesen, 41 Jahre alt, von Studium Germanist, Geschäftsführer des Sieben-Stäbe-Verlages und einer Reihe von anderen Betrieben, damit zeichnungsberechtigter und fast unabhängiger Leiter von Unternehmungen, in denen Hunderte von Arbeitern beschäftigt und viele Millionen Mark umgesetzt wurden. Ihm werden vorgeworfen Untreue, Urkundenfälschung, Unterschlagung und Betrug. Eines Tages, mitten aus der geschäftlen Arbeit, verschwand er und floh nach Buenos Aires. Die Organisation, in deren Auftrag er tätig war, der Gewerkschaftsbund Deutscher Angestellter, prüfte nach und fand die Unregelmäßigkeiten. Wenn alles zutrifft, was die Anklage ihm vorwirft, so hat er einen Schaden von etwa dreiviertel Millionen Mark angerichtet. Er kehrte zurück und stellte sich selbst. Denn er behauptet, er habe zwar Fehler gemacht, aber nicht zu seinem Nutzen; er sei also nicht unehrlich gewesen.

Er erzählt sein Leben, Beispiel eines schnellen Aufstieges aus eigener Kraft. Studium durch Stundengeben selbst finanziert. Promotion in Kiel. Freiwillig ins Feld, bald verwundet und wieder in der Heimat. Schuldienst, um das Lehrmittelwesen kennenzulernen. 1916 zu Teubner als wissenschaftlicher Mitarbeiter, in wenigen Jahren Prokurist. Dann Verlagsgeschäft in Hamburg. Herausgabe eines Handels-Lexikons. Der G. D. A. wird aufmerksam und stellt ihn an die Spitze des Sieben-Stäbe-Verlages.

Er bringt, erzählt er, den Verlag zur Blüte. Erweitert ihn auf schöne Literatur und gewinnt erste Autoren. Gliedert eigene Buchbinderei, eigene Druckerei, eigene Buchvertriebe und Sortimentsbuchhandlungen an. Auch nach dem Film streckt er die Hand. Schließlich dirigiert er neun Firmen.

„Die Kapitaldecke reichte dazu nicht aus", erklärt er jetzt. Es muß also Geld beschafft werden. Das scheint keine Schwierigkeiten bereitet zu haben. Freunde stehen überall zur Verfügung mit Wechseln und Gefälligkeitsakzepten. Er ist ja auch gefällig, streckt der Druckerei Voll 600 000 Mark vor, verschafft ihr Aufträge über Aufträge, fest schließlich durch, daß der G. D. A. sie kauft. Für 2,1 Millionen Mark, denkt der G. D. A. Aber das deckt nicht die Verbindlichkeiten der Druckerei. Also legt er in einem Geheimvertrag noch 500 000 Mark auf die Kaufsumme. Das bildet jetzt einen Hauptpunkt der Anklage.

Aber dann sind noch Quittungen von Autoren über empfangene Honorare vorhanden. Von Heinrich Mann z. B. eine Quittung über 11 000 Mark. Heinrich Mann hat dieses Geld nicht bekommen, der Angeklagte gibt zu, sie gefälscht zu haben. Auf diese Weise sind noch einmal 350 000 Mark verausgabt worden. Wofür? Er behauptet: nicht für sich, sondern für das Geschäft. Um die großen Aufträge hereinzubekommen, mit denen das Unternehmen seine sprunghafte Entwicklung nahm, mußten Provisionen und Schmiergelder gegeben werden. Heimlich, die Empfänger durften nicht in den Büchern erscheinen. Das verlangt, behauptet er, heute die Tüchtigkeit. Er soll die Namen der bestochenen Empfänger nennen. Aber er weigert sich. Damit würde er sie dem Elend ausliefern. Fragt sich, ob man ihm glauben darf.

So lange der raffende Apparat im Gange ist, kommt niemand auf den Gedanken, er könnte Unredlichkeiten begehen. Man hält ihn für klug, unternehmend, ideenreich. Wenn man sich Sorgen macht, so ist es wegen seiner Gesundheit. Er arbeitet 16 Stunden am Tage, gönnt sich in drei Jahren nur drei Tage Urlaub. Er hat keine Zeit, ist für die dringendsten Erledigungen nicht zu sprechen, sitzt nachts im Zuge, um den Tag für Konferenzen, Besprechungen, Zusammenkünfte frei zu haben und reift schon wieder ab, ehe etwa der Filialleiter seine angesammelten Rückstände mit ihm hat verhandeln können.

Bis die besinnungslose Hetzjagd nach dem Erfolg sich überschlägt, bis die wildgewordene Tüchtigkeit im Zusammenbruch endet. Ein Genosse unserer Zeit. Wieviel strafbare Schuld er auf sich geladen hat, wird das Gericht entscheiden. **Inquit.**

*

Das Gericht verurteilte Dr. Matthiessen unter Freisprechung von den übrigen Anklagepunkten wegen fortgesetzter Urkundenfälschung zu sechs Wochen Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist.

Die Blumenfrau von Lindenau

Universum und Titania-Palast

Die Geschichte — es handelt sich um die Verfilmung von Bruno Franks Komödie „Sturm im Wasserglas" — dreht sich um einen Hund, der Film um die liebe, gute, dicke Blumenfrau der Hanni Niese. Wie sie um ihren zottigen Toni weinen und jammern kann, wie sie sich bemüht, mit der gnädigen Frau „fein" zu sprechen, wie sie stolz und gepupt zur Gerichtsverhandlung geht und sich eitel und glücklich die Komplimente des Gemüse-Pfaffengeliebten anhört, das ist ein wahrer Genuß zu hören und zu sehen. Hanni Niese wird vom Publikum so geklatscht, daß man oft minutenlang kein Wort des weiterlaufenden Films versteht. Auch als Filmkomödie wird die kleine Geschichte von dem Hund, die so ernste Folgen für den Bürgermeister-Kandidaten Dr. Thoß und so glückliche für Frau Dr. Thoß und den mutigen jungen Redakteur Burdach hat, ihren Weg machen. Denn Georg Jacoby versteht es, das anmutige Spiel mit Grazie und Geschick auf die Leinwand zu bringen. Und die Darstellung ist auch, abgesehen von Hanni Niese, ganz vorzüglich: Renate Müller einfach, natürlich und sehr hübsch als Frau Dr. Thoß, Harald Paulsen ein frecher aber sympathischer Redakteur, Paul Otto ein geschäftiger und ehrgeiziger Kandidat und Oscar Sabo ein gutmütiger, wenn auch aufgeblasener Magistratsdiener. —ap—

Nach dem Tode rehabilitiert

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WALDENBURG, 22. APRIL

Zu dem Fall des schwer beschuldigten Waldenburger Bürgermeisters Dr. Wießner erfahren wir jetzt Einzelheiten, die zu einer Rehabilitierung des inzwischen Verstorbenen führen.

Ungeschickte Transaktionen mit der Stadtbank brachten der Stadt Waldenburg Verluste in Höhe von 1 Million. Zur Deckung dieser Schäden schloß Dr. Wießner mit der Bank einen Schuldvertrag, in dem diese sich verpflichtete, die verlorene Summe in monatlichen Raten von 70 000 Mark zurückzuzahlen. Da der Bürgermeister diese Abmachungen ohne Wissen der städtischen Körperschaften traf, wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren eröffnet.

In der Verhandlung betonte der Sachverständige, daß Dr. Wießner im Interesse der Stadt nicht anders handeln konnte, so wurde er nur zu einer geringen Geldstrafe verurteilt. Inzwischen wurde aber von anderer Seite gegen Dr. Wießner und den Stadtbankdirektor Pringal ein Strafverfahren wegen Untreue und Beihilfe zur Untreue beantragt. Die Breslauer Staatsanwaltschaft lehnte zuerst die Eröffnung des Verfahrens ab, gab aber schließlich dem Drängen der Kläger nach und setzte den Termin für den 4. März fest. Auf einer Ektour im Februar ist Dr. Wießner dann, wie einwandfrei festgestellt wurde, einem Herzschlag erlegen. Am 9. und 10. April fand endlich die Verhandlung gegen den Stadtbankdirektor allein statt, die, wie gemeldet, zu einem Freispruch des Angeklagten und damit auch zu einer Rehtigstellung der gegen Dr. Wießner erhobenen Beschuldigungen geführt hat.

Ausschreitungen streikender Arbeiter

HAMBURG. Im Zusammenhang mit einem wilden Streik in der Tapetenfabrik Hansa, der von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition entfacht worden war, haben Kommunisten eine Gastwirtschaft in der Kieler Straße demoliert. In dieses Lokal hatten sich Arbeitswillige, die von den Kommunisten beim Verlassen des Betriebes belästigt und angegriffen worden waren, geflüchtet, weil sie sich nicht einer Schlägerei aussetzen wollten. Es wurden fast sämtliche Fensterscheiben des Lokals eingeworfen. Das Ueberfallkommando stellte die Ordnung wieder her, verfolgte die Täter und verhaftete drei Personen.

Klage wegen der Giftnebel

BRÜSSEL. Das neuerliche Auftreten giftiger Gase in der Gegend von Tilleur hat zu einer Klage gegen den Direktor der Aktiengesellschaft Produits Chemiques de la Meuse, Chouffart, geführt. Diese Gesellschaft hat erst kürzlich eine neue Fabrikanlage erbaut. Trotz der modernen Methoden gehen dem Gericht dauernd Klagen über Ausdünstungen und Durchsickern von Gasen zu. Verschiedene Protestversammlungen haben sich schon mit der Angelegenheit befaßt. Die Untersuchung ist jetzt abgeschlossen und der Direktor der Fabrik ist vor das Strafgericht geladen worden, wo er sich wegen Verstoßes gegen das Gesetz gegen gesundheitliche Betriebe zu verantworten haben wird.

Englisches Großflugzeug verbrannt

LONDON. Eines der größten Flugzeuge von Imperial Airways „City of Edinburg" stürzte heute bei einem Probeflug, als der Pilot eine Notlandung vornehmen wollte, ab, fing Feuer und wurde vollständig zerstört. Der Pilot, der allein im Flugzeug war, konnte sich rechtzeitig durch Abspringen retten und kam mit leichten Verletzungen davon.

Unter der Liverpooler Kathedrale

LONDON. Jetzt, nach 25 Jahren, plaudert ein englischer Maurer ein amüsantes Geheimnis aus: unter den Grundsteinen der Liverpooler Kathedrale hatte er heimlich in einer verschlossenen Zinnbüchse zwei sozialistische Zeitungen und die Erkennungsmarke eines Strafgefangenen geschmuggelt. Außerdem noch einen Zettel: „Wenn ihr dieses entdeckt, werden wir tot sein. Aber ihr werdet in einem bessern England leben als wir." Der Maurermeister, ein strammer Sozialist, hat als erstem dem Genossen Snowden diesen Streich bekannt, der ihm aber riet, solange darüber nichts verlauten zu lassen, bis „einige Tonnen Granit" über die Zinnbüchse gewachsen seien. Der biedere Maurermeister hat noch länger gewartet.

Die Dezernatsverteilung im neuen Magistrat

Infolge der Umbesetzung zahlreicher Magistratsposten hat der Magistrat eine neue Geschäftsverteilung vornehmen müssen. Den Oberbürgermeister, der die Oberaufsicht über die gesamte Verwaltung führen soll, hat man von Aufgaben möglichst freigelassen. Er übernimmt lediglich den Vorsitz in der Deputation für Kunst und Bildungswesen, und als Sonderdezernate die Baupolizei einschließlich Be- und Entwässerung, Gemeinnützige Angelegenheiten, Ehrengaben, Einladungen, Pressewesen, Nachrichtenamt und Amtsblatt, sowie den Vorsitz im Aufsichtsrat der Städtischen Oper.

Bürgermeister Elsas hat besonders die Dezernate zugeteilt bekommen, die das städtische Wirtschaftswesen und die städtischen Gesellschaften betreffen. So wird er den Vorsitz der Deputation für Handel und Gewerbe erhalten, ferner den Vorsitz im Beirat des Statistischen Amts, das Beschaffungsamt, die Bewag-Angelegenheiten in der Magistratsinstanz, Pfandbriefamt und Hypothekenbankverein, das Statistische Amt und den Vorsitz bzw. die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der wichtigsten städtischen Gesellschaften einschließlich der Nord-Südbahn A.-G.

Bürgermeister Lange erhält einen großen Teil der Volksbildungsangelegenheiten und vor allem die Allgemeine Verwaltung, die Angelegenheiten der Beamten und Festangestellten und die Polizeiangestellten. Der Stadtkämmerer Asch schließlich wird den Vorsitz in der Finanz- und Steuerdeputation führen, im Aufsichtsrat der Sparkasse und im Verwaltungsrat der Stadtbank, außerdem wird er nicht weniger als zehn Aufsichtsräten angehören.

Der neue Remarque als Buch. Heute in acht Tagen erscheint die Buchausgabe des neuen Romans von Erich Maria Remarque „Der Weg zurück", die im „Vossische Zeitung" im Vorabdruck gebracht hat. Die broschierte Ausgabe wird 5 Mark, die Leinen-Ausgabe 7,50 Mark kosten.

Otto Strauß †. Der frühere Reichstagsabgeordnete Otto Strauß ist gestern in Berlin nach langem Kranksein an den Folgen eines Herzleidens gestorben. Strauß war der Präsident des Verbandes der Gastwirte von Berlin und der Mark Brandenburg und gleichzeitig Vorsitzender der Lokalkommission des Gastwirtsgewerbes, die als besondere Stelle beratend und teilweise auch entscheidend bei den Kongreßtonstagen gehört werden muß. Er hat viele Jahre hindurch die Berliner Gastwirte geführt und hat sie auch in den Spitzenorganisationen vertreten. Er gehörte bis zur letzten Wahl dem Reichstag als Abgeordneter an, und zwar in der Fraktion der Wirtschaftspartei. Mit ihm verliert das Berliner Gastwirtsgewerbe einen bewährten Führer und einen sehr taktvollen Kämpfer, dem es gelungen ist, in den schwierigen Zeiten der Kriegs- und Nachkriegszeit die Verbindung zwischen Behörde und Gewerbe aufrecht zu erhalten und für die Mitglieder seiner Verbände das herauszuholen, was nach den strengen Gesetzen überhaupt erreicht werden konnte. Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittag auf dem Friedhof an der Heerstraße statt.

Ausbau der Steglitzer Schloßstraße. Dem Ausbau der Schloßstraße in Steglitz vom Rathaus bis zur Straße „Unter den Eichen" sind wieder eine Reihe alter Bäume und ein Grünstreifen zum Opfer gefallen. Ein Vorgarten am Schloßparkrestaurant — etwas euphemistisch Steglitzer Schloßpark benannt — ist beseitigt worden, damit die projektierte Verbreiterung der Straßenflucht durchgeführt werden kann. Eine ehemalige Musikhalle, die auch auf dem Gelände gelegen ist, wird in diesen Tagen abgebrochen. Der Weiterbau der Straße wird vorläufig bis zur Straße „Am Fichtenberg" erfolgen. Das Bezirksamt Steglitz hat sich ebenso wie die Bezirksversammlung dafür eingesetzt, daß später bei der Erweiterung der „Eichen" die alten Bäume erhalten bleiben. Man hofft, daß es in Uebereinstimmung mit dem Magistrat möglich sein wird, die im Interesse des Verkehrs vorzunehmenden Erweiterungsarbeiten bei weitgehender Schonung der Baumbestände durchführen zu lassen.

Cima. Zu unserem Bericht über den Fall Cima teilt uns Dr. Hans Wendland folgendes mit: Nicht Frau von Dieck'en hat Dr. Wendland verklagt, sondern Dr. Wendland hat eine Feststellungsklage gegen Frau von Dirckfen erhoben, als er von ihrer Behauptung Kenntnis erhalten hatte, er, Dr. Wendland, habe nicht das seinerzeit gekaufte Original des Bildes von Cima, sondern eine Kopie ihrem verstorbenen Ehemann zurückverkauft. Frau von Dirckfen hat in der Klagebeantwortung nicht einmal den Versuch einer Beweisführung unternommen. Das Gericht hat ihr deshalb nach mündlicher Verhandlung aufgetragen, binnen einer Ausschlußfrist von zwei Wochen Beweis für ihre Behauptung anzutreten. Der Kauf und Rückkauf des Bildes hat vor etwa zwölf Jahren stattgefunden. Dr. Wendland hat ferner Frau von Dirckfen aufgefordert, das Bild dem Experten des Kaiser-Friedrich-Museums vorzulegen, um feststellen zu lassen, ob das vorgelegte Bild mit dem Bilde identisch ist, das er dem verstorbenen Herrn von Dirckfen zurückverkauft hatte. Die Vorlegung des Bildes ist bisher nicht erfolgt.

Ueber 50 der schönsten Ausflüge in die Umgebung sind in dem neuen Wander-Führer „1000 Wege um Berlin" beschrieben (1 Mark). Schon früher erschien das Karten-Buch dazu (2 Mark), das auf über 60 Blättern die Wander-Gebiete in bunten Farben zeigt. Ueberall im Buch- und Kartenhandel sowie in allen Geschäftsstellen der „Vossischen Zeitung" zu haben.

Die Stadt, in der kein Fremder übernachten darf. Mitten in trostloser Steinwüste liegt Beni Jeguen, die „heilige Stadt" der Sahara. Wie es möglich war, hier, viele Tagesmärsche von der nächsten Wasserstelle entfernt, eine vollkommene, wehrhafte Stadt zu errichten, ist ein Geheimnis ihrer korandbelesenen und gelehrten Bewohner und wird es sicher bleiben, da die Leute von Beni Jeguen keinem Fremden erlauben, in ihrer Stadt zu übernachten. Trotzdem ist es gelungen, einige Aufnahmen von Stadt und Einwohnern zu machen, die in der heute erschienenen Nummer der „Berliner Illustrierten" veröffentlicht sind.

Film und Varieté im Marienbad-Theater. Die „Aktefte Stamm-Filmbühne der Gesundbrunnen" wartet mit einem umfangreichen Programm auf. Großen Beifall findet hier zunächst der Artistenfilm „Manege". Einen Kuriositätswert hat der, wohl vor ungefähr zehn Jahren gedrehte „Herr der Welt", mit Harry Hill (Baly Arnheim), dem Meisterdetektiv. Die Bühnenschau ist gut beschickt mit The drei Dales, einem Hawaiin Musicalakt, den Lustgymnastikern Aderas und Sylvas reizender Affengruppe, der nichts von der sonstigen Peinlichkeit einer Tierdressur anhaftet.

Arzt und Presse. Im Verein Berliner Journalisten sprach der Leiter der Pressestelle des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung, Dr. Kayser, über Arzt und Presse. Wie der Arzt es nicht nur als seine Aufgabe betrachte, zu heilen und zu helfen,

Weisse Zähne: Odol-Zahnpasta

sondern auch dem Gesunden zu sagen, wie er Krankheit verhüten und sich gesund halten kann, so habe auch die Presse die Aufgabe, in alle Kreise des Volkes Wissen und Kenntnisse zu tragen. Dadurch entstehe eine innige Berührung zwischen Arzt und Presse. Doch müßten Arzt und Presse ihre Aufgaben richtig verstehen. So sei es nicht Sache der Presse, ärztliche Reklame zu machen oder durch sensationelle Mitteilungen über noch unerprobte Heilmethoden im Publikum Erwartungen hervorzurufen, die mit Enttäuschungen enden müßten. Der Nutzen der hygienischen Volksbelehrung, an der die Presse sich in hohem Maße beteiligt hat, zeige sich in der Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit und im Rückgang des Säuglingssterbens. Eine rege Erörterung knüpfte sich an den Vortrag, an dem sich viele Ärzte beteiligten.

Stubbendorfs Sachverständiger

In unserem gestrigen Bericht über die Sitzung des Untersuchungsausschusses für die Roggenstützung hat sich, wie die Redaktion schreibt beweist, ein Druckfehler eingeschlichen. Es soll nicht heißen: Stubbendorf als Sachverständiger, sondern Stubbendorfs Sachverständiger, nämlich der Sachverständige Krüger, der für sein „Gutachten" 2300 Mark liquidiert hatte. Wie der Vorsitzende Dr. Weber (Ct.-V.) in der gleichen Sitzung mitteilte, wird Krüger nur die gesetzlichen Gebühren erhalten.

Albert Einstein über Hochschulreaktion. Im Rahmen eines Sonderabends, den die „Deutsche Liga für Menschenrechte" am Montag, dem 27. April 1931, im Großen Saal des Langenbeck-Virchow-Hauses, Luisenstraße 58, um 20 Uhr veranstaltet, werden zu dem Thema „Die Hochschulreaktion" die Professoren Albert Einstein, E. J. Gumbel, Martin Hobohm, Oeheimrat Holde, Arthur Rosenberg und der Student Kurt Berlowitz das Wort nehmen. Eintrittskarten sind bei der Liga für Menschenrechte, N 24, Monbijouplatz 10, Eing. I, und an der Abendkasse erhältlich.

Kulturfilme im Planetarium. Die ursprünglich beabsichtigte Schließung des Berliner Planetariums am Zoo ist unterblieben. Man versucht es nun zu popularisieren. Neben seinen rein astronomischen Darbietungen, wird es sich künftighin auch dem Kulturfilm widmen. Im Erstlingsprogramm läuft der Fliegerfilm: „Der schwarze Kontinent, wie ihn der Vogel sieht", eine Tonfilmreportage der Afrikaflüge des englischen Piloten Cobham. Eigenartig die Systematik dieses Films, eigenartig dieser sachliche Aufbau der Luftreise Kairo—Johannisburg. Alles das, was wir in den vielen Afrikafilmen aus menschlichen Perspektiven sahen, sehen wir hier aus der Vogelperspektive. Die Pyramiden, die Sphinx, Urwaldvölker mit all ihrem Tun und Treiben, die Diamantenfelder um Kimberley, die Goldgruben von Johannisburg, die Kupferminen und Kapstadt. — Das eigenartigste aber ist die Vorführungsart der Filme im Planetarium. Von Zeit zu Zeit wird der Film unterbrochen und man erhält Belehrungen über die Gestirne unter denen dieser Erdteil liegt.

Personalien. Am 21. April feierte Franz Lübcke bei der Firma Elges, Luisenstraße 155, sein 50jähriges Dienstjubiläum.

Vereine, Vorträge, Veranstaltungen. Heute, Donnerstag: Deutsche Staatspartei (Wahlkreis Potsdam II). 8 Uhr im Demokratischen Klub, Viktoriastr. 24, Reg.-Präsident Dr. Junghann über: „Der Kampf der deutschen Volksgemeinschaft um die Neuordnung Europas." — Deutsche Staatsbürgerinnen (Allgemeiner deutscher Frauenverein). Nachmittags 5 Uhr im Deutschen Lyzeumklub, Lützowplatz 15, Vortrag über: „Frauenarbeit im Reichswirtschaftsrat" von Frau Charl. Mühsam-Werther. — Radikaldemokratische Partei (Gruppe Pankow). In der „Mühlenklause", Mühlenstraße 1, Ecke Breite Straße, Werner Burmeister: „Unser Kampf für den sozialen Volksstaat." — Deutscher Friedensbund. 8 Uhr im Restaurant Rottschalk, Belle-Alliance-Platz 8, Herr Franz Leschnitzer über: „Zensurterror in Prag." — Berliner Schachverein. 8 Uhr, Café König, Unter den Linden. — German English Society. Restaurant „Rotes Haus", Nollendorfplatz 3, 9 Uhr, General Debate: „Should English Spelling be reformed?"

SPORT / SPIEL UND TURNEN

SCHRIFTLEITER: DR. WILLY MEISL, BERLIN

Neue Glanzleistung Adios

Ein matter Trabrennstag

Dieser Frühling unseres Mißvergnügens wartete auch gestern mit einem naßkalten Tag auf, und die natürliche Folge war, daß Mariendorf wieder einen bedauerlich schwachen Besuch aufwies. Auch die sportliche Ausbeute war recht mäßig. Als weitaus interessantestes Moment ist der Start Adios zu erwähnen, der im Preis von Müggelsee angespannt wurde. Der Derbyhandicap des Stalles Jauß löste die ihm gestellte Aufgabe in leichtester Manier. Mühelos holte er seine 60 Meter Vorgabe gegen einen so nützlichen Altersgefährten wie Herold auf, um schließlich verhalten mit zwei Längen Vorsprung zu gewinnen. Der schöne Fuchs trabte den Kilometer in 1:28,3, eine Zeit, die in Anbetracht der schweren Bahn als hervorragend zu bezeichnen ist. In Adio steckt fraglos der schärfste Gegner für den Derbyfavoriten Cicero, der sich erst am Sonntag das „Buddenbrock" holte.

Von den sonstigen Ereignissen des Tages ist höchstens noch der Preis von Wannsee zu verzeichnen, der von acht Vertretern der besten Klasse umstritten war. Der ganz vorn abgesendete Florian errang hier einen leichten Sieg gegen den 80 Meter hinter ihm stehenden Rentmeister, dem unterwegs zwei schwere Fehler unterlaufen waren.

Preis vom Grünheides (1800 M, 2400 m): 1. F. Reuters Etrusker (F. Kinzpadel). 2. Morgen. 3. Heureka. Ferner: Eppi, Crescenus, Turmfalke, Cortez, Heldin, Herzblatt, Jokaste, Dewey, Billat, Alma Mater. 2—1½ Lg. Tot.: 58 (Italienischer: 150). Pl.: 27, 58, 52. — Preis vom Grunewaldsee (1700 M, 2000 m): 1. Stall Petersburgs Vielliebchen (Finn). 2. Lady Nelly. 3. Donia. Ferner: Sanzus, Alter Ego (3. disqu., 80 v. H. Pl. zur.), Bolo Drulen, Gussenhub. 6—12 Lg. Tot.: 16 (36). Pl.: 10, 10, 11. — Preis vom Schlachtensee (1800 M, 2600 m): 1. A. Frömmings Edelsteins Sohn (J. Frömming). 2. Wineta. 3. Abam. Ferner: Harfnerin, Prachtmädels Tochter, Cilly Dillon, Lindowgold (1. disqu., 80 v. H. Gint. zurück), Mephisto. 1—1 Lg. Tot.: 41 (42). Pl.: 14, 12, 17. — Preis vom Wannsee (2000 M, 2400 m): 1. H. Mich Florian (Ginorakk). 2. Rentmeister. 3. Königsadler. Ferner: Interpellant, Heiman, Kurfürst, Eckstein, Duo nobis. 1½—1 Lg. Tot.: 55 (62). Pl.: 31, 24, 22. — Preis vom Teufelsee (Ehrenpreis und 1500 M, 2000 m): 1. Stall Heldrums Herbstaster (H. Höhne). 2. Champignon. 3. Victor. Ferner: Ellie, Jasmin, Pedro, Eubagia, Allmacht, Komtesse Isabel, Karola, Oberamtmann, Barons E. Nebelkappe. 2—1 Lg. Tot.: 58 (41). Pl.: 21, 15, 63. — Preis vom Müggelsee (1600 M, 2400 m): 1. Gebr. Knauers Adio (Jauß jr.). 2. Herold. 3. Perseus. Ferner: Constantin Frisco, Peter Brussiust, Gretel, Adelheim, Jadalia, Cyflame. 2—4 Lg. Tot.: 15 (35). Pl.: 12, 15, 25. — Preis vom Tegeler See (1800 M, 2300 m): 1. B. v. Beiztes Goldtuft (Jauß jr.). 2. Meister B. 3. Langemann. Ferner: Nutzaga Bon, Morgenzauß I, Barons E., Niederländer, Eulenspiegel, Selamlik, Crassus. 1½—½ Lg. Tot.: 42 (63). Pl.: 21, 16, 17. — Preis vom Jungfernsee (1600 M, 2000 m): 1. B. v. Beiztes Topsie Volos (Jauß jr.). 2. Farina. 3. Bielgetiebter. Ferner: Wigbold, Peta Lee, Ohlendorf, Margarete, Petschesch, Kordula I, Mikosch. 2—Hals. Tot.: 18 (88). Pl.: 13, 17, 17. — Preis vom Schmielowsee (1600 M, 2400 m): 1. F. Schrefeldts Roblesse (J. Frömming). 2. Mikes. 3. Harfenmädchen. Ferner: Goudtier jr., Cilly Dillon, Rubin, Interpellant, Lady Duffy. Hals—1 Lg. Tot.: 23 (80). Pl.: 18, 24, 14.

Die Sportvereinigung Siemens hat den Vertrag mit ihrem bisherigen Sportlehrer, dem Handballspieler Kaundinja, gelöst. Für ihn hat Siemens den Teutonen Engelhardt, deutscher 800-Meter-Meister von 1928, für das Leichtathletik-Training verpflichtet. Auch die Handballer und Fußballer haben einen neuen Trainer erhalten, den Sportlehrer Voß, der u. a. auch den B. J. P. Pankow trainiert.

Für den Damen-Hockey-Städtekampf Leipzig—Berlin (Sonntag an der Avus) fand gestern im Grunewald ein Auswahlspiel statt, das die A-Mannschaft mit 4:2 gewann. Die Berliner Vertretung wurde daraufhin wie folgt nominiert: Dr. Berlin (Wespen), Vert.: Mauer, Schmidt (Schwedt), Läuferreihe: Machende (B. H. C.), von Trotha (Brandenburg), Kummetz (B. H. C.), Angriff: Reinfrank, von Lenden, Voß (sämtlich B. H. C.), Hargus (C. C. C.), Haff (Rot-Weiß). Die beiden früheren Hamburgerinnen Reinfrank und Haff, die schon international wirkten, sowie die Schwedterin Schmidt vertreten zum ersten Male Berlins Farben.

Ein klassearmes Fußballspiel

Hertha besiegte Polizei-Stettin 8:1 (5:0)

Das dritte Antreten des Pommernmeisters in Berlin brachte eine gewaltige Ueberraschung und Enttäuschung. So schwach wie die Stettiner Polizisten sich in diesem Treffen zeigten, hatte man sie noch niemals gesehen. Die ersten entscheidenden Spiele schienen ihre Kräfte erlahmt zu haben. Hertha gewann im Kanter. Es wäre zu einer großen Katastrophe für die Stettiner gekommen, wenn die Berliner nicht durch Verletzungen in der zweiten Spielhälfte auf 9 Spieler dezimiert worden wären.

Der Meister zeigte ein gutes Spiel. Die Gäste gaben sich bald geschlagen. Hätten die Berliner voll ausgespielt, wäre Herthas Sieg zweistellig geworden. Kirsen schoß fünf Tore, Sobek, Ruch, Appel je 1. Erst beim 5:0-Stand kam nach der Pause Stettin zum einzigen Tor. Ruch war kurz nach dem Wechsel ausgeschieden, Stahr folgte zehn Minuten vor Schluß. Es war eine schwache Leistung des Pommernmeisters, die energisch nach einer Reform dieser Endspiele ruft. 4000 Zuschauer waren restlos enttäuscht.

Die Tabelle um die Brandenburgische Meisterschaft hat jetzt folgendes Aussehen:

Tennis-Borussia	4 Spiele	10 : 6 Tore	7 : 1 Punkte
Hertha-B. S. C.	3 Spiele	10 : 2 Tore	5 : 1 Punkte
Sportverein 92	4 Spiele	9 : 6 Tore	3 : 5 Punkte
Polizei-Stettin	5 Spiele	6 : 22 Tore	1 : 9 Punkte

*

Der Berliner F. C. Preußen wird in dem für den 9. Mai abgeschlossenen Spiel mit dem englischen Pokalfavoriten Birmingham in verstärkter Aufstellung antreten, und zwar werden die drei Viktoria-Spieler Windolf, Schulz und Dauda mit Genehmigung des Bundes in der Preußen-Elf stehen.

*

Der Reichstrainer des Deutschen Fußball-Bundes, Otto Nerz, ist von der Universität Philadelphia eingeladen worden, im nächsten Frühjahr Vorlesungen über Association-Fußball zu halten. Im Sommer hält Nerz in der Schweiz einen Kursus für Fußball-Lehrer ab.

Reggie Meen hatte Glück

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 22. APRIL

In Leicester trafen sich der französische Schwergewichtsmeister Maurice Griselle und der Schwergewichtsmeister Mittelenglands, Reggie Meen, im Revanchekampf. Man muß die Punktentscheidung für den Engländer als sehr glücklich bezeichnen, da Griselle seinen Gegner mehrmals auf die Bretter brachte, und nur einer Augenverletzung seines Gegners hat es der Engländer zu verdanken, daß er nicht k. o. ging.

Der amerikanische Schwergewichtler Johnny Risko feierte in Boston einen eindrucksvollen Sieg über den guten King Levinski,

den er in einem 10-Rundenkampf sicher nach Punkten abfertigte. —Belgiens früherer Halbschwergewichtsmeister Jack Etienne boxte in Manchester mit dem farbigen Engländer Len Johnson, dem nach Ablauf der 15 Runden ein verdienter Punktsieg zugesprochen wurde.

Das Debut der U.S.A.-Stars

Amerikas Leichtathleten schon in Form

In San Francisco und Los Angeles fanden zwei größere Klubwettkämpfe in der Leichtathletik statt, bei denen es trotz der frühen Jahreszeit eine Reihe von ausgezeichneten Leistungen gab. Der Sprinter Frank Wyloff siegte in San Francisco über 100 und 220 Yards in 9,6 bzw. 21,2 Sek., Wesser benötigte für 440 Yards 49,4, Mac Geagh für die halbe Meile 1:56,8 und Carter für die Meile 4:17,6. Den ersten Platz im Stabhochsprung teilten sich Graner und Chlentsos mit je 3,96 Meter, Barber sprang 7,35 Meter weit, und der Werfer Eric Krenz war im Diskuswerfen mit 46,55 Meter und im Kugelstoßen mit 14,59 Meter der Beste.

In Los Angeles zeichneten sich besonders die Springer und Werfer aus. Bernes und Poole brachten es im Stabhochsprung auf je 4,24 Meter, und Jefferson schaffte als Dritter noch 4,21 Meter. Das Kugelstoßen holte sich Brix mit 15,72 Meter gegen Edwards mit 15,01 Meter, und auch das Diskuswerfen fiel mit 44,47 Meter an Brix. Churchill blieb mit 63,72 Meter Sieger im Speerwerfen. Walker gewann den Weitsprung mit 7,41 Meter und Lafolette bewältigte im Hochsprung 1,905 Meter.

Ladoumègue war unschuldig

Die Akten über den „Fall Ladoumègue" wegen zu hoher Spesenforderungen in Frankfurt a. M. sind geschlossen. Die von einer Sonderkommission des französischen Leichtathletik-Verbandes geführte Untersuchung hat die völlige Schuldlosigkeit des Weltrekordmannes Jules Ladoumègue sowie seines Vereins C. A. S. G. Paris ergeben.

Der alleinige Uebeltäter ist der Manager Vitau, der auf eigene Faust an die Veranstalter des Frankfurter Hallensportfestes über das übliche Maß weit hinausgehende Geldforderungen gestellt hat. Vitau ist auf Grund des Tatsachenmaterials von der Liste der französischen Manager gestrichen worden, auch darf ihm zu sportlichen Veranstaltungen kein Zutritt gewährt werden. Von dieser Maßregelung wird der französische Verband noch seinen Unterverbänden sowie auch den ausländischen Verbänden besonders Kenntnis geben.

Ladoumègue unternimmt im Mai eine Nordlandreise. Der Franzose wird in Finnland in Helsingfors, Abo, Wiborg und Kuopio an den Start gehen und dort auf Virtanen und Purje treffen.

Kunstturnen in Charlottenburg. Am 3. Mai gelangt in Charlottenburg, im Kabarett der Komiker, ein Vereinskampf im Kunstturnen zur Durchführung. Es sind beteiligt: Mtv. 1860 Eberswalde, Turnverein Forst 1861, T. S. V. Schöneberg und der Veranstalter, der Verein für Leibesübungen 1858 Charlottenburg.

Holland als Fußballnation

Wird es zu einem deutschen Erfolg langen?

Hollands Fußballsport stand in der Vorkriegszeit auf achtbarer Höhe. Holland war eine gesuchte Fußballnation, die von dem Spielverkehr mit den nahen Berufsspielern Englands profitierte. Schweden, der Rivale Belgien, Frankreich und auch Oesterreich wurden geschlagen, gegen Englands Nationalelf wurde 1913 ein 2:1-Sieg errungen und selbst auf englischem Boden sechs Monate später nur 1:2 verloren. 1914 wohnten dem Kampfe Holland—Deutschland in Amsterdam schon 24 000 Zuschauer bei; zu einer Zeit, wo der gleiche Kampf auf deutschem Boden etwa den zehnten Teil angelockt haben würde.

Das war vor dem Kriege. Nach dem Kriege konnte Holland diese kontinentale Vormacht nicht behaupten, und speziell in den letzten Jahren ist die Spielstärke stark zurückgegangen. 1930 gab es bei sechs Spielen vier Niederlagen und zwei Unentschieden; also keinen Sieg. Deutschlands Gegner vom Sonntag ist dennoch nicht leicht zu nehmen, denn er macht alle Anstrengungen, wieder nach oben zu kommen, und hat in verschiedenen Probekämpfen gegen englische Mannschaften in den letzten Monaten versucht, eine schlagkräftige Mannschaft auf die Beine zu stellen. Der 3:2-Sieg über Belgien (nach einer 2:6-Niederlage) zeigt den Erfolg.

Gegen Deutschland hat Holland elfmal gespielt; fünfmal war uns sechsmal nach dem Kriege. Der erste Abschnitt bringt Deutschland keinen Sieg, wohl aber zwei Unentschieden, die stolze Erfolge darstellten. 1912 in Zwolle gelingt es, aus dem 3:5 in den letzten zehn Minuten ein 5:5 zu machen. Noch ansprechender ist das 1914 in Amsterdam erzielte 4:4. Beim Wechsel lagen die Holländer noch 1:0 in Führung. Dann brachte die nächste Viertelstunde Deutschland durch den glänzenden norddeutschen Innensturm Jäger-Harder-Queck einen 3:1-Vorsprung, den die Holländer ihrerseits wieder in den nächsten 20 Minuten in eine 4:3-Führung verwandeln. Erst in der Schlußminute gelingt Queck der Ausgleich.

Lange nach dem Kriege erst kamen neue Begegnungen mit Holland zustande. Die Schweiz, Oesterreich, Ungarn, Finnland und Italien sind vor den Holländern Deutschlands sportliche Gegner. Die erste Begegnung bringt 1923 in Hamburg ein 0:0. Drei weitere deutsche Siege und je ein Unentschieden und eine Niederlage stellen das ziffernmäßige Ergebnis auf vier Erfolge für Deutschland, drei für Holland und vier Unentschieden.

Ein neuerlicher Sieg unserer Farben am Sonntag würde also den Gleichstand herbeiführen. Ob es dazu kommen wird, steht auf einem anderen Blatt, denn es ist bei weitem nicht die stärkste Mannschaft, die Deutschland ins Feld stellt. Der Spielermix ist inmitten der Entscheidungsspiele schlecht gewählt, so daß einige Vereine für die Spielerstellung ausfallen. Besonders schwach erschient der Posten des rechten Verteidigers mit dem Kölner Schröder besetzt, dem der Bundes-Spielausschuß vor Emmerich den Vorzug gab, weil er mit Weber wiederholt zusammengespielt hat. Mit Müller, Schlösser und Stöffel stehen weitere Spieler erstmals in einer deutschen Mannschaft, auf deren Abschneiden man mit Interesse blickt.

Nach den letzten Spielverlusten gegen Dänemark und Frankreich und dem Unentschieden gegen Norwegen hat Deutschlands Fußballelf einen Sieg bitter notwendig. Hollands Mannschaft wird kein leichter Gegner sein, denn die holländische Stärke beruht darauf, hart und schnell zu sein. Gegen schnelle Gegner aber haben wir immer einen schweren Stand gehabt. Das haben uns zuletzt Italien und insbesondere Frankreich gezeigt.

Alle Deutschen noch dabei

Weitere Tennissiege in Athen

Bei den internationalen Tennismeisterschaften von Griechenland in Athen hatte Frl. Kallmeyer in der 2. Runde des Damen-Einzelspiels einen heftigen Kampf mit der Griechin Frl. Kassimat zu bestehen, den die Berlinerin nur knapp mit 8:6, 12:10 gewann. Frau Reppach setzte sich überlegen mit 6:0, 6:4 gegen Frl. Kibipar durch.

Bei den Herren war Dr. H. Kleinschroth mit 6:1, 8:6, 7:5 über Georgiadis und v. Cramm mit 6:2, 6:1, 6:3 über Nicolaifis erfolgreich. Im Herrendoppelspiel kamen Dr. Kleinschroth-v. Cramm 6:2, 6:4, 6:3 über die Gebrüder Ziro eine Runde weiter. Im Damenvierer schalteten Frau Reppach-Frl. Campbell mit 6:1, 6:2 das Paar Cassimati-Blachachi aus.

Weltschachkongreß in Prag

Der 8. Kongreß des Weltschachbundes, der Fédération internationale des Echecs, wird in der Zeit vom 11. bis 26. Juli dieses Jahres in Prag abgehalten werden. Es werden wiederum Mannschaftskämpfe der Länder und ein Turnier um die Damen-Weltmeisterschaft stattfinden. Die letzten Mannschaftskämpfe in Hamburg waren von Polen gewonnen worden. Die diesmalige Zusammensetzung der deutschen Mannschaft steht noch nicht fest, es werden vier oder fünf Spieler entsandt werden.

Inhaberin der Damen-Weltschachmeisterschaft ist die aus Rußland gebürtige, in England lebende Vera Menchik, welche die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit besitzt. Die Veranstaltung des Kongresses ist vom tschechoslowakischen Schachverband übernommen worden.

Ein erfolgreiches Gastspiel gab der südostdeutsche Handballmeister Borussia-Carlowitz. Er schlug gestern im Sportforum die Berliner Universitätsmannschaft 8:2. Die Berliner litten unter der Unfähigkeit ihres Sturmes, während dieser Mannschaftsteil bei den Borussen besonders gut war. Auch sonst stellten die Südostdeutschen eine Mannschaft, die den Berlinern in allen Belangen überlegen war.

An der Olympia-Horse Show vom 20. bis 27. Juni in London beteiligt sich diesmal der Turnierstall Duensing mit Aegisk, Leibhusars, Burgsdorff, Marabal und Honorius. — Die österreichische Campagne-Reiter-Gesellschaft veranstaltet vom 22. bis 26. Mai bei Wien ein internationales Reittturnier, an dem sich auch Major Bürkner beteiligen wird.

Familien-Nachrichten

Kurze Familienanzeigen

Verlobt: **Anneliese Sachse** mit Gerichtsassessor **Gerhard Pfeiffer**, Waldenburg-Sonnerswerda. — **Anni Goldschmidt** mit **Manfred Meth**, Berlin-Schwäb. Gmünd. — **Erna Junge** mit **Ewald Mollinnus**, Hamburg. — **Lore Schindler** mit Pfarrer **Peter Müller**, Leipzig. — **Maria Beyer** mit Dr. phil. **Carl-Otto Leonhardt**, Neukirchen/Pleiße-Crossen.

Vermählt: **Erich Wend** und Frau Maria, geb. Jirasek, Dresden. — **Heinrich Hiebl** und Frau Elisabeth, geb. Soyer, Bad Tölz. — **Adolf Vogt** und Frau Lotte, geb. Orgel, Ohlau i. Schl.-Lokstedt-Niendorf b. Hamburg.

Geboren: Ein Sohn: Dr. med. **Gerhard Barthel** und Frau Amelie, geb. Kleiner, Dresden. — Ingenieur **Harry Oster** und Frau Anny, geb. Brandl, Newark (New Jersey U. S. A.). — **Otto Hintze** und Frau Anneliese, geb. Miehlmann, Hamburg. — Chemiker Dr. **Wilhelm Steffens** und Frau Marie-Louise, geb. Senger, Bautzen. — Rechtsanwalt und Notar **Max Buchholz** und Frau Cläre, geb. Meyer-Pantin, Bremen. — Studienrat **Alfred Herrmann** und Frau Hildegard, geb. Kiesewetter, Leipzig.

Eine Tochter: Gerichtsassessor Dr. jur. **Johann Bischoff** und Frau Anni, geb. von Sengbusch, Dresden.

Gestorben: Kaufmann **Bernhard Heymann**, 71 Jahre alt, Köln. — **Robert Peill**, 80 Jahre alt, Köln. — Fräulein **Anna Oppenheimer**, Gladbach-Rheydt. — Prokurist **Alfred Presser**, Breslau-Goldschmieden. — Fabrikbesitzer **Max Tschauder**, Ratibor. — Dr. med. **Walther Weiß**, 77 Jahre alt, Breslau. — Generalmajor a. D. **Hans von Arnim a. d. Hause Suckow**, Steinseifersdorf, Kr. Reichenbach (Eulengebirge). — Sanitätsrat **Wilhelm Fichtner**, Trebnitz. — Major a. D. **Arno Kopp**, Dresden. — Fabrikbesitzer **Gottfried Kiepel**, Dresden. — Professor **Otto Hettner**, Dresden. — Frau **Mathilde Magnus**, geb. Herzfeld, Dresden. — Frau Geh. Kommerzienrat **Anna Oppenheim**, 82 Jahre alt, Berlin. — Frau **Mathilde Grünbauer**, Nürnberg. — **Anton Schiller**, Tegernsee. — Fabrikdirektor **Eugen Eisenberger**, München. — Ingenieur **Adolf Ildet**, München. — Frau verwitw. **Eleonore Ritschke**, geb. Jaekel, 73 Jahre alt, Breslau. — Frau verwitw. **Auguste Lasse**, geb. Bater, 79 Jahre alt, Märzdorf b. Breslau. — **Sally Rothschild**, 82 Jahre alt, Frankfurt a. M.

Mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater und Bruder

Dr. phil.

Hermann Ottendorff

Ministerialrat im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

ist uns heute im Alter von 56 Jahren nach einem Leben der Arbeit und der Liebe für die Seinen in die Heimat vorangegangen.

Frau Gertrud Ottendorff, geb. Reifferscheid
Dr. Walther Ottendorff
Dr. med. Heinz Matthiolius und Frau Gertrud, geb. Ottendorff
Renata Matthiolius
Landgerichtsrat Dr. Paul Klose und Frau Anneliese, geb. Ottendorff
Dr. med. Gustav Ottendorff

Berlin-Lichterfelde, Mühlenstraße 24,
Solingen, Koblenz, Hamburg,
den 21. April 1931

Im Sinne des Verstorbenen wird gebeten, von Beileidsbesuchen und Blumenspenden abzusehen. Die Beisetzung findet in aller Stille in Bonn statt.

Heute verschied plötzlich am Herzschlag meine inniggeliebte Mutter, meine gute Tochter, unsere liebe Schwägerin und Tante

Rose Strelitz

geb. Sackur

Im Namen der Hinterbliebenen

Marie Strelitz
Olga Sackur

Berlin W 50, 21. April 1931.

Von Beileidsbesuchen bitten wir freundlichst Abstand zu nehmen. Die Einäscherung findet Freitag, den 24. April, mittags 11 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.

Nach kurzem Krankheit verschied am 18. April 1931 in Berlin im sechzigsten Lebensjahr unser langjähriger Geschäftsführer, Herr

Dr. h. c.

Richard Franck

Der Entschlafene gehörte unserer Firma nahezu 40 Jahre an. Davon waren Jahrzehnte der Leitung unseres Unternehmens gewidmet. Sein kaufmännischer Weitblick, das klare Erkennen der Erfordernisse seiner Zeit und seine organisatorischen Fähigkeiten haben den Ausbau unseres Unternehmens außerordentlich und grundlegend gefördert. Zu diesen Gaben kaufmännischen Könnens gesellten sich hervorragende menschliche Eigenschaften, die ihm Verehrung und Wertschätzung auch in jenen Kreisen sicherten, mit denen er über den geschäftlichen Verkehr hinaus in Berührung kam.

Wir verlieren in dem zu früh Entschlafenen einen Führer und Freund, dessen erfolgreiches Schaffen für uns unvergessen bleiben wird. Sein Name wird für alle Zeiten in unserem Hause fortleben. Die in ihm verkörperten vornehmen Grundsätze sollen für unser Geschäft auch weiterhin die Grundlage bilden.

Heinrich Franck Söhne G. m. b. H.

Ludwigsburg — Berlin — Halle/Saale — Neuß/Rhein.

UNTERHALTUNGSBLATT DER VOSSISCHEN ZEITUNG

NUMMER 94 / DONNERSTAG, 23. APRIL 1931

Die Flucht ins Ungewisse

Von

KARL SCHEFFLER

An einem trüben Wintermorgen stand der Ministerialrat Frenssen im Badezimmer vor dem Spiegel und rasierte sich. Doch kam er mit dem Geschäft nur langsam voran, weil er immer wieder das Messer sinken ließ, um mit tiefer Abneigung, fast mit Furcht und Haß das eigene Gesicht im Spiegel anzustarren. Es wollte ihm unfaßbar erscheinen, daß er es selbst war, den er da vor sich sah. Mit großer Gewißheit fühlte er, daß seine Gefühle und Gedanken eigentlich ein anderes Gesicht haben müßten, daß sie nichts gemein hätten mit dieser unedlen Maske eines alternden Mannes, die ihn mit schweren, erloschenen Augen, bitteren Mundfalten und roter, knolliger Nase furchtsam und haßerfüllt ansah. Abscheu vor sich selbst regte sich in ihm. Er mußte sich zusammennehmen, um mit dem Rasieren fertig zu werden. Als er dem Spiegel den Rücken kehrte, fühlte er sich erleichtert. Doch kamen gleich neue Sorgen. Von Zeit zu Zeit stand er beim Ankleiden bewegungslos und grübelte ziellos vor sich hin. Dann horchte er auf den Korridor hinaus, wo seine Frau lebhaft mit dem Dienstmädchen und der erwachsenen Tochter sprach und das Haus mit Leben und Geräusch füllte. Ein gequälter Ausdruck kam in seine Züge; er verzog das Gesicht und kleidete sich weiter an.

Frau und Tochter hatten schon gefrühstückt, als er ins Eßzimmer kam. Zeitungen und Briefe lagen vor seinem Teller. Er öffnete den zuoberst liegenden Brief. Es war eine formelle Einladung von seinem Vorgesetzten zum Abendessen. Langsam las er, als müsse er sich jedes Wort einprägen oder sich besinnen. Die anderen Briefe schob er zurück ohne sie anzusehen. Dann begann er zu frühstücken und entfaltete eine Zeitung. Doch legte er sie nach kurzer Zeit mit einem Ausdruck des Ekels auf den Tisch. Alle seine Bewegungen waren unlustig, alles kostete ihn Anstrengung. Er hätte vom kaum berührten Frühstück aufstehen sollen; aber er mochte nicht, er war schon wieder müde. Etwas wie ein Grauen vor dem neuen Tag, vor dem Amt, vor den Akten, den Gesprächen mit Vorgesetzten und Kollegen drückte ihn nieder.

Endlich erhob er sich mühsam, ging in sein Arbeitszimmer und ergriff seine Ledermappe. Dann stand er wieder grübelnd da. Plötzlich ging er in das Nebenzimmer, öffnete den dort stehenden Flügel, schlug einen vollen Akkord an und hörte aufmerksam dem langsamen Verklingen zu. Dann horchte er an der Tür. Die Frau, die Tochter und das Dienstmädchen sprachen irgendwo hinten in den Schlafzimmern miteinander. Schnell holte er sich Ueberzieher und Hut vom Korridor, zog den Rock geschwind an, ging leise zur Tür und drückte sie leise ins Schloß. Im Treppenhaus verhielt er sich ebenso seltsam. Schnell eilte er die Treppen hinab, fast als flüchte er. Als er unten aber den Portier durch das Vestibül gehen hörte, blieb er wohl eine Minute im Schutze des Aufzugsgitters stehen, um ihn nicht begrüßen zu müssen.

Draußen war es schneidend kalt. Die Bäume waren bereift, Schnee lag auf allen Dächern und knirschte auf der Straße, wenn Wagen vorüberfuhren. Während Frenssen zur Haltestelle der Straßenbahn ging, drang die Natur verwirrend auf ihn ein. Die Dinge waren so wirklich wie immer, doch fassen sie auch aus wie ihre eigenen Gespenster. Die Menschen schlichen wie Lemuren durch den leichten Nebel des Wintermorgens, die Autos und Wagen kamen dem Einsamen wie belebte böse Wesen vor, die Häuser stellten ihm ihre kaltblauen Schatten drohend in den Weg und die Geräusche kreischten und schnarrten ihm unerträglich fast in den Ohren. Das eigene Leben, Vergangenheit und Gegenwart, schien sich von ihm abzulösen, es war, als hätte ein anderer das alles gelebt, als kümmere es ihn nicht und hätte ihn eigentlich nie gekümmert. Ein tiefer Gram ohne Namen und Gegenstand, ein Gram über das Leben erfüllte ihn.

Er stand an der Haltestelle und merkte nicht, daß schon mehrere Bahnen vorübergefahren waren, bevor ein Entschluß in seinem Innern zustande kam. Neben ihm befand sich eine verschneite Bank; darauf legte er, nachdem er sich umgesehen hatte, ob er unbeobachtet sei, seine Aktenmappe. Und dann ging er weg. Aber er nahm nicht den Weg zur Stadt, sondern schlug die entgegengesetzte Richtung ein. Gleichmäßigen Schrittes ging er dahin, still vor sich hinblickend, ohne bestimmte Gedanken aber wie überwältigt von etwas Ungeformtem. Er dachte nicht an sein Haus, nicht an sein Amt, nicht einmal an sich selbst; Gewohnheit und Pflicht waren wie ausgelöscht. Er floh vor sich selbst.

Zuerst kamen Häuser und Gärten, darauf führte die Straße an Feldern vorüber, und dann war der Wald da. Der Mann wanderte immer weiter, ohne Absicht, ohne Plan, weg von einem mühsam aufgebauten Leben. Die Folgen kamen ihm gar nicht zum Bewußtsein. Es war, als zöge ihn etwas Unsichtbares.

So ging er am verstiften See entlang und auf schmalen Wegen tiefer in den Forst. Es begann zu schneien. Er steckte die frierenden Hände in die Taschen und ging unaufhaltsam weiter durch den tiefen Wald, in dem der Frost krachte und die Schneeflocken herabrieselten. Das Bewußtsein von Zeit und Ort war getrübt, wirklich war dem einsamen Wanderer nur noch seine unbeweglich lastende Schwermut. So ging er stundenlang, ohne einem Menschen zu begegnen, immer die einsamen Pfade suchend. Der Morgen war schon weit vorgeschritten gewesen, als er sein Haus verlassen hatte; jetzt brach ein früher Abend herein, die Dämmerung kroch durch den Wald, es wurde immer kälter, die Wolken teilten sich und am Himmel begannen die Sterne scharf und klar zu glitzern. Da fühlte der Wanderer, wie müde und erschöpft er war, und daß er kaum noch weiter konnte. Er blickte sich um und entdeckte abseits vom Wege einen Holzstapel, den Waldarbeiter aufgeschichtet hatten. Von diesem Stapel nahm er einige Scheite, legte sie unter eine große Kiefer und setzte sich nieder, um auszuruhen. Den Mantel zog er eng um sich, lehnte sich gegen den Stamm und blickte zu den Sternen hinauf. Dabei klang in seinem Ohr noch immer der Akkord, den er vor ein paar Stunden auf dem Klavier angeschlagen hatte.

Und dann kam unwiderstehlich eine große Müdigkeit. Die Augen schlossen sich und unversehens war der Schlaf da. Unbeweglich saß der Mann unter dem Baum, einsam im tief verschneiten Forst, das Gesicht den Sternen zugekehrt. Er spürte es nicht, wie die Kälte ihn ankroch, wie sie die Glieder erstarren machte, wie sie zuerst die Träume und dann das Leben schmerzlos auslöschte.

So ist der Ministerialrat Frenssen gestorben, der es im Leben zu etwas gebracht hatte, der ein guter Familienvater gewesen war, ein vorzüglicher Beamter, wohlgelitten bei Vorgesetzten und Kollegen, dem bei der nächsten Vakanz eine einflußreiche Stellung sicher gewesen wäre, und der geistig und körperlich gesund war.

Seine Mappe war inzwischen gefunden worden; es wurde in der Stadt viel telefoniert und gesucht. Während in ihm die letzte Lebenswärme erlosch, wurden schon die Nachtzeitungen ausgerufen: „Ein höherer Beamter vermißt! Neuer Fall eines geheimnisvollen Verschwindens!“

Kunstrevolution und Akademie

Von MAX LIEBERMANN

Mit dieser Rede eröffnete Max Liebermann gestern die Frühjahrsausstellung in der Akademie der Künste.

In unserem Bemühen, das Charakteristische der heutigen Produktion zu zeigen, haben wir einige der augenblicklich repräsentativsten Künstler — um deren Bestrebungen eindrucksvoller dem Beschauer vor Augen zu führen — veranlaßt, größere Kollektionen ihrer Arbeiten auszustellen. Dadurch hoffen wir, dem Publikum die Erkenntnis dessen, was der heutigen Künstlergeneration als Ziel vorschwebt, klarer zu machen. Es ist eine müßige Frage, ob die Malerei zur Zeit eine kulturelle Bedeutung hat. Für uns lautet die Frage, die wir vor jedem einzelnen Werk zu entscheiden haben: Ist es Kunst oder nicht?!

Wohl selten hat sich eine Künstlergeneration von der ihr vorhergehenden in so hohem Maße unterschieden wie die jetzige von der in der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zu dessen Ende herrschenden. Es ist keine Evolution des Impressionismus zu der jetzigen Anschauung, sondern eine Revolution, die wir erlebt haben, die, wie politische Revolutionen, nicht nur nicht zufällig durch äußere Verhältnisse veranlaßt, sondern sogar nach dem Gesetz von Aktion und Reaktion notwendig war, um der Kunst neues frisches Leben einzuflößen. Es versteht sich von selbst, daß bei dieser Umwälzung vieles von dem, was uns teuer, ja heilig war, mit zerstört worden ist, aber — so will es der Gang der Welt — statt die Hände in den Schoß zu legen und dem Vergangenen nachzuweinen, sollen wir uns bemühen, willig am Gegenwärtigen mitzuarbeiten.

Es ist nur natürlich und folgerichtig, daß sich die Kunstrevolution in erster Linie gegen die Akademie richtete, die ihrem Wesen nach konservativ, die Tradition erhaltend ist und sein muß.

Das Wort „akademisch“ wurde, auf den Künstler angewandt, zum Schmähwort, ohne daß die, die es gegen uns schleuderten, ahnten, daß „akademische Kunst“ eigentlich ein Pleonasmus ist. Gibt es doch keine Kunst und kann keine geben, die nicht akademisch wäre, denn nur sie führt zur vollendeten, zur klassischen Kunst! Trotz allem Talent, ja trotz dem Genie bleibt im Dilettantismus „ein Erdenrest, zu tragen peinlich“. Akademisch gebildeter Künstler heißt im Grunde nichts anderes, als daß der Maler, Bildhauer oder Architekt gelernt hat, was im Bereiche seines Kunstzweiges zu lernen ist. Aber über „Kunst“ sagt das Wort akademisch überhaupt nichts aus, denn die Kunst fängt erst an, wo das zu Erlernende aufhört, kurz: Akademisch gebildet sein, ist die conditio sine qua non für jeden Künstler.

Max Friedländer, einer unserer feinsten Kunstkenner und besten Kunstschriftsteller hat das Wort geprägt: „Die Kunst fehlt nicht dem Volke, sondern das Volk fehlt der Kunst.“ Selbstverständlich hat die Verarmung unseres Volkes an diesem traurigen Zustand sehr viel Schuld: wie kann sich denn — um nur ein Beispiel heranzuziehen — die Porträtmalerei entwickeln, wenn sich niemand mehr malen läßt, so daß die Maler ihre Kollegen oder sich selbst malen müssen? Auch die Entwicklung der Architektur ist für Malerei und Bildhauerei — gelinde gesagt — höchst ungünstig, da sie auf ihre beiden Schwesterkünste nicht nur keine Rücksicht nimmt, wie es zum Beispiel Schinkel und seine Nachfolger getan haben, sondern malerischen und plastischen Baumöhmuck grabezu unmöglich macht. Doch ganz abgesehen von diesen äußeren Gründen, die sich mit unserem hoffentlich wieder größer werdenden Wohlstand vermindern werden, fürchte ich, daß dieses mangelnde Interesse für bildende Kunst einen inneren, ethischen Grund, und zwar in der Kunsterziehung hat: auf Kosten des Intellekts wird die Anschauung vernachlässigt, so daß an Stelle des Genusses der Kunst Ueberdruß vor ihr entsteht.

Man spricht heutzutage so viel und mit vollem Recht von der Erziehung der Massen zur Kunst: ist es vom pädagogischen Standpunkt aus nicht rassamer, dem Volke die Schönheiten der sie in unmittelbarer Nähe umgebenden Kunst vor Augen zu führen, statt uns die Negerkunst als den höchsten Gipfel hinzustellen? Sollte nicht der Weg zum Verständnis der Kunst überhaupt von der modernen Kunst zur alten Kunst leichter zu gehen sein als der umgekehrte Weg von der antiken zur modernen Kunst? Nicht zur Kunstgelehrsamkeit, sondern zur Kunstliebe soll der Staat das Volk erziehen wollen.

Die Zeit, wo man uns durch Extravaganzen zu verblüffen versuchte, ist — Gott sei's gedankt — vorbei: wie unsere Ausstellung lehrt, ist unsere Jugend, nachdem sie sich ausgebraust, zur ruhigen Arbeit zurückgekehrt, auf dem einzig richtigen Wege zur Natur. Müde all der ästhetischen Phraseologie besinnt sich der Künstler wieder auf sich selbst.

Es gibt keine objektive Wahrheit in der Kunst, sondern nur eine subjektive Wahrheit. Das äußere Gesicht muß zum inneren Gesicht sich verdichten: es darzustellen ist der Lebenszweck des Künstlers, den alles Studium, alles Können, alle Virtuosität geweiht ist.

In der Nachahmung der äußeren Natur folge der Künstler seiner inneren Natur — was Lessing wunderbar in die Worte kleidet: „Der Künstler wird der Natur am nächsten kommen, der sich am meisten von der Kopie der Natur entfernt“.

Konzerte

Georg Schumann, Willy Heß, Georg Wille — sie gaben ihren letzten Abend. Das „dem Andenken eines großen Künstlers“ gewidmete Trio in A-Moll von Tschaikowsky stand am Anfang des Programms. Die drei ausgezeichneten Musiker gaben sich der Wiedergabe des Werkes hin, jeder auf seine besondere Art, jeder nach Maßgabe seines Temperamentes. Das soll nicht etwa heißen, daß sie gegeneinander musizierten! Der gleiche Stilwille, auf dreifache Art individuell gefärbt, ergab eine Einheit, eine Einheitlichkeit, die eigenen Reiz hatte. Das, was nebenbei auffiel an dem Musizieren der drei Kunstgenossen, war die Frische, die ungeschmälerte, geistige Reglamkeit, deren sich ihr Senior, der nun schon im biblischen Alter stehende Willy Heß erfreut. In der Mitte des Programms, das mit Robert Schumann schloß, standen sieben von Leopold van der Pals vertonte Gedichte von Wladimir Solowjeff. Die vom Komponisten besorgte deutsche Nachdichtung hält ein hohes, sprachliches Niveau. Hoch ist auch das konsprachliche Niveau. Aus den Liedern, oder besser gesagt, aus den lyrischen Rezitativen schlägt uns eine reine, eine sympathische Geistigkeit entgegen. Der Dresdener Tenorist Robert Böll war ihr musikalischer, mit guten Vortragsintensionen ausgestatteter Interpret; Georg Schumann war ihm ein sorgsamer Begleiter.

Ihren Lieder- und Arien-Abend begann Jenny Sonnenberg mit Händel und Haydn. Ihr schöner, warmer, gepflegter Alt ist jetzt ausgereift, in ihrem Vortrag gehen Gefühl und Verstand eine Verbindung ein, die volle künstlerische Befriedigung gewährt. Der Wille, zeitgenössischer Musik zu dienen, sei der vornehm gestaltenden Sängerin besonders hoch angerechnet. Sie fang Liedergruppen von Walther Hirschberg, Georg Wolffsohn und Karl Wiener. Hirschberg, der selbst begleitete, stellte fünf Gedichte von Zuckmayer zur Diskussion. Mit seinem Stim spürt er den wechselnden Stimmungsgehalt auf, und ob er ein düsteres Nachtbild gibt wie „Morituri“, oder ob er mit einer gewissen Verhaltenheit grotesk wird, wie in der „Seiltängerin“ —, er trifft immer den richtigen Ton. Die drei Lieder von Wolffsohn sind ein nicht uninteressanter Versuch, in moderner Weise volkstümliche Atmosphäre zu verbreiten. Am besten und am gefälligsten ist das gelungen in dem Lied „Die Liebesstunde“. Die vier Lieder von Wiener — „Klage“, „Gebet“, „Sub rosa“, „Märchen“ — sind Gebilde eines gewiegten Könners, eines ernsten Musikers, der auch zu lächeln, der etwas mit einer lösenden, heiteren Schlußwendung die Gemüter zu tapitieren versteht. Am Schluß des Programms stand Schubert. Mit Attem und Neuem hatte die Konzertgeberin gleichermaßen Erfolg: etliche Lieder ihrer drei Zeitgenossen mußte sie wiederholen.

Max Marschalk.

Chormusik

Der Staats- und Domchor schob in der Hochschule zwischen einer Bach-Motette und der mutig den späten Neger orgelnden Traute Wagner Angelus-Silesius-Strophen des Münchners Karl Marx ein. Was mag Marx zu diesem Mißgriff verleitet haben? Der Komponist kennt anscheinend seine Grenzen nicht. Er verläßt sich (unter Vermeidung orchestraler Stützen) auf sein beträchtliches vokales Sakkönnen, das ihm gestattet, mit zwei Chören fast allmeisterlich zu operieren. Doch man benutzt ein Glanzstück der mystischen Weltdichtung wie den „Cherubinischen Wandersmann“ nicht als Verwand für technisch anspruchsvolle Chorstudien. Marx ist von seinem großen Autor nicht ergriffen; nirgends spürt man die innere Verpflichtung, ja,

auch nur die Begleitung. Die Mentalität des weltfremden Schlesiers, die seine literarischen Bewunderer gern so großartigen religiösen Konzeptionen vergleichen, wie es Evangelien, Upanischaden, buddhistische Nirwanalehre sind, wird nicht erreicht, nicht aufgeschlossen, nicht einmal beklopft. Marx greift ohne feelische Nötigung zufällige Lesefrüchte auf; an der selbstgewählten Aufgabe, die die schöpferischen Kräfte eines Kurt Thomas erfordert hätte, scheitert er. Ueberflüssig fast, zu sagen, daß Hugo Rädel sich für die Neuheit mit Hingabe einsetzte; mehr als einen Achtungserfolg konnte selbst seine sonst willig anerkannte Autorität ihr nicht erwirken.

Im selben Saal führte der **Mengewein'sche Oratorien-Verein** in Gemeinschaft mit der **„Orchester- und Chorvereinigung 1912"** Szenen aus Kurt Hennigs Oper „Das Auge Gottes" auf. Vertont wird hier die Rasputin-Episode der russischen Geschichte. Hennig ist ein temperamentvoll wagnernder Herr, der zwischendurch auf breitgetretenen melodischen Gemeinplätzen verweilt; möglich immerhin, daß sich mit diesem Rezept volkstümliche Erfolge erringen lassen. Unsichtig betreute Fritz Krüger den Ausschnitt aus der Partitur, die für die Chorpartien manche dankbare Wendung bereithält; mit Inbrunst sang die Sopranistin Elisabeth Koll ein breites, nicht allzu interessantes Solo, das reichlich umständlich, wie uns scheint, die Geschichte jenes zarischen Kronjuwels erzählt, nach der Frau Margarete Thulke ihr sonst gewiß nicht reizlosen Opernbuch betitelt hat.

Wiederum stellte die **Singakademie** in der Garnisonkirche Bachs Johannis- und Matthäuspassion dar. Sie tut es alljährlich; doch nichts von der Schablone, zu der stehende Einrichtungen so oft erstarren! Kirchlich gesprochen, hier wird mit Andacht gebetet, nicht Lippendienst verrichtet. . . . Georg Schumann, Meister seines Faches, ergraut und jung geblieben im Dienste J. S. Bachs, führt wieder den berühmten Chor, und George A. Walter, der klassisch stilisierende Evangelist, Albert Fischer, Künder der von musikalischem Heiligenschein beglänzten Christusworte, dazu die prachtvolle Amalie Merz-Tunner, die Altistinnen Leisner und Liebenberg, der Leipziger Paul Tolstsdorf (baritonale Dreieinigkeit von Hohepriester, Petrus und Pilatus) sind keine berühmten Solisten. Kein Wunder, daß diese alljährlich wiederkehrenden Aufführungen der unterbilchen Passionsmusiken ein so großes wie ergriffenes Publikum finden!

Edwin Neruda.

KURZE NACHRICHTEN

Die Akademie der Künste war durch Spenden privater Kunstfreunde in der Lage, in ihrer gegenwärtigen Frühjahrsausstellung fünf Prämien von je 700 RM an jüngere Künstler zu verleihen. Diese Prämien wurden den Malern Hans Meyboden (Berlin), Max Peiffer-Watenphul (Essen) und Clemens Wiesehdebrink (Berlin), dem Bildhauer Willy Schade (Berlin) und der Bildhauerin Jenny Wiegmann (Berlin) zugesprochen.

Die Münchner Nationalsozialisten haben im Stadtrat den Dringlichkeitsantrag eingebracht, man möge die Leitung der Staatstheater dringend ersuchen, Franz Molnars „Fee" vom Spielplan des Residenztheaters abzusetzen. Es handle sich um eine „Schweinerei", um ein „Dirnenstück", das „die reine Ehe in den Schmutz zieht". Der Antrag, der selbst dem Hugenberghlatt, der „München-Augsburger Abendzeitung", als eine „unverständliche Ueberraschung" erschien, wurde zurückgewiesen.

*

Oper von heute. Staatsoper Unter den Linden: „Cavalleria rusticana", „Bajazzi" mit den Damen de Strozzi, Cläre und den Herren Wittrisch, Soot, Roth, Scheibl, Kern, Mod. Musikalische Leitung: Lert. Anfang 8 Uhr.

Staatsoper am Platz der Republik: „Die Hochzeit des Figaro" mit den Damen Reich, Eisinger, Faust, Schulz-Dornburg und den Herren Domgraf-Fassbaender, Ahlersmeyer, Hotte, Peters, Wunderlich, Abendroth. Musikalische Leitung: Klemperer. Anfang 7.30 Uhr.

Städtische Oper: „Mignon" mit den Damen Bergland, Schultze a. G. und den Herren Feher, Baumann, Heyer, Steier, Spering. Musikalische Leitung: Preuß a. G. Anfang 8 Uhr.

Die Waldschulen tagen

Sonderbericht der Vossischen Zeitung

BRÜSSEL, IM APRIL.

Unter dem Protektorat der Königin von Belgien tagte in Brüssel der „XII. Congrès International des écoles en Plein Air", zu dem die Delegierten aus 22 Staaten Europas und Amerikas erschienen waren, um über den gegenwärtigen Stand der Waldund Freiluftschulen zu beraten.

Der belgische Kultusminister Vauthier begrüßte in der Eröffnungssitzung die 450 Kongreßteilnehmer, die sich aus Pädagogen, Architekten und Verwaltungsbeamten zusammensetzten, und betonte die immer dringender werdende Notwendigkeit, alle Schulen, denen durch die allzuenge Bebauung der Innenstadt Luft und Sonne genommen wird, in den Grüngürtel der Stadtumgebung zu verlegen. Er erwähnte die guten Erfolge, die in den belgischen Großstädten mit der Einrichtung von Freiluftschulen gemacht wurden, und er wünschte der Kongreßarbeit, die sich mit der zweckmäßigen Anlage von Wald- und Freiluftschulen, Schullandheimen und Gartenschulen beschäftigen will, bestes Gelingen und harmonischen Verlauf. Liebenswürdig entgegnete ein französischer Vertreter dem Minister, er möge keinen Spottnamen „Sonnenminister", den er für sein energisches Eintreten für die Freiluftschulen erhalten habe, als einen Ehrentitel ansehen.

Der Präsident Dr. Mola (Montevideo), Waldschuldirektor Tribold (Bielefeld) und Generalsekretär Lemonier (Paris), die Mitglieder des internationalen Komitees, hatten für den Kongreß eine vorzügliche Ausstellung veranstaltet, die in Fotografien, Modellen und Panoramen das Leben in den bereits bestehenden Freiluftschulen veranschaulichte. Pädagogische und medizinische Arbeitsgemeinschaften unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors de Paeuw und des technischen Rates von Roten Kreuz Dr. R. Gand hörten die Berichte der Vertreter aller beteiligten Staaten und erörterten in lebhaften Aussprachen die Richtlinien, die an die staatlichen und städtischen Behörden zur Werbung für die Freiluftschulidee abgesandt werden sollen.

Das eindringlichste Erlebnis aber für alle Kongreßbesucher waren die Besuchsfahrten, die zu den bekanntesten belgischen Freiluftschulen unternommen wurden. Schuldirektor Vincent, der Vertreter des Brüsseler Ortskomitees, zeigte die neben den Parkanlagen des Königschlosses gelegene Waldschule „Notre École", die an sonnigen Tagen den Kindern seiner Stadtschule zum Aufenthalt dient und mit Freiluftklassen modernster Konstruktion ausgerüstet ist. In der „Diesterweg-Schule" bei Antwerpen lernten wir die älteste, nach Einrichtung und Betrieb mustergültige Freiluftschule des Kontinents kennen. Eine besondere Sehenswürdigkeit waren die Freiluftschulen, die wir, von Ostende aus fahrend, an der belgischen Küste bewundern durften. Der Bürgermeister von Knocke zur Mer konnte mit berechtigtem Stolz behaupten, daß hier die belgische Wohlfahrtsfürsorge der sozialen Verbände nachahmenswerte Spitzenleistungen hervorgebracht habe. Die Kolonieschule in Knocke, das Preventorium Marie in Clemskerke und die von den Sozialdemokraten errichtete „Gai Sejour", wie die von der Kirche erstellte „Notre Dame de l'Isor" sind Freiluftschulen, wie sie Deutschland, das nach drei Jahren den internationalen Kongreß empfangen will, in dieser Vollendung der Einrichtung und Ausstattung noch nicht aufzuweisen hat.

In liebenswürdigsten Formen wickelte sich die Gastfreundschaft für die Kongreßteilnehmer in Brüssel, Antwerpen und Ostende ab. Die Empfänge in den schönen Rathäusern der drei Städte wurden zum künstlerischen Erlebnis, die köstlichen Trinksprüche der staatlichen und städtischen Vertreter zeigten die völkerversöhnende und völkerverbindende Kraft, die der gemeinsamen Arbeit an einem friedlichen Werk der Jugendfürsorge innewohnt. Bei allen Teilnehmern wuchs die Erkenntnis, daß pädagogische Forschung internationale Aufgabe ist, und daß alle Kulturvölker den Wunsch haben, ihre Jugend über das nationale Erziehungsziel hinaus zu vollwertigen, leistungsstarken Weltbürgern heranzubilden.

Sollte nach drei Jahren der 3. internationale Kongreß für Freiluftschulen in Berlin tagen, so müßte in der Zwischenzeit von den in Frage kommenden Instanzen große Arbeit geleistet werden. Die Waldschulidee, die im Jahre 1904 von der vom Stadtschulrat Dr. Reisert gegründeten Charlottenburger Waldschule ausging und nach dem Zeugnis der Brüsseler Tagung in der ganzen Welt Nachahmung fand, ist trotz aller Jugend-Wohlfahrtsfürsorge unseres gewaltigen Gemeindewesens noch nicht zu der Ausdehnung und Vollendung gediehen, die sie bei der hohen Bedeutung für die Gesundung unserer Großstadtjugend verdient. Auf eine mustergültig eingerichtete Freiluftschule darf ein modernes Stadtwesen mindestens ebenso stolz sein, wie auf ein mit allen Errungenschaften der Neuzeit ausgestattetes Sportforum.

Die Tagung in Belgien, an der eine Reihe von Deutschen teilnahmen, hat bewiesen, daß durch die Zusammenarbeit der Schulbehörden und der sozialen Verbände ein Ziel erreichbar wird, das wir mit allen unseren Schulreformen schmerzlich erstreben: Glückliche Jugend in fröhlichen Schulen.

ch.

Dr. Zickel wiedergewählt. Der Verband Berliner Bühnenleiter hat in seiner heutigen Mitgliederversammlung Dr. Martin Zickel zum Ersten Vorsitzenden wiedergewählt. Zum Stellvertretenden Vorsitzenden wurde Direktor Heinrich Neft ernannt. In den Vorstand wurden gewählt: Direktor Karl Beese (der auch zum Ehrenmitglied des Verbandes ernannt wurde), Direktor Dr. Robert Klein, Direktor Clemens Herzberg (Deutsches Theater), Schauspieldirektor Albert Patry (Staatl. Schauspiele) und Direktor Paul Rose.

„Fotomontage." Die Staatliche Kunstbibliothek veranstaltet im Lichthof des früheren Kunstgewerbemuseums eine große Ausstellung unter dem Titel „Fotomontage", die Sonnabend, 25. April, eröffnet wird.

Rundfunk: Aktuelle Kleinkunstbühne. Ein Kabarett der aggressiven Songs, der entschiedenen Stellungnahme; kein Amüsiertkarren, sondern zielbewußte Zeitkritik. Gedichte von Kästner, Tucholsky, Mehring, aber auch Unbekanntere, so ein Bergarbeiterlied von Bert Brecht; Texte aus dem wahrhaftigen und gefühlsstarken Dichtungen Walter Bauers „Stimme aus dem Leunawerk"; Sprechchöre, Duette, Terzette, Einzelgesänge — ein formal und im Inhalt wertvolles Programm. — Aus P. A. Pisks „Gesang vom Rundfunk" spricht zeitgefühlt, nicht nur in der Wahl des Textes, der den Rundfunk verherrlicht. Einige Instrumente schließen sich mit Klavier und zwei Gesangstimmen zu einem durchsichtigen Klangkörper zusammen, suitenartig sind die einzelnen Stücke aneinandergereiht, Lyrik der Gegenwart findet ihr musikalisches Requivalent. Der Komponist dirigierte selbst, Hanns Schwarz und Nella Braun-Fermwald als Gesangssolisten fügten sich willig seinen Absichten. — Tiergeschichten hörte man an einem bunten Abend; genauer: Tierlyrik. Wie oft wird sie lasmoant, so in Gedichten Paul Zechs, die Valeska Stock mit zu tiefem Ausdruck sprach; sie leuchtet aus wenig bekannten Loewescheu Balladen, prachtvoll verdeutlicht von Theodor Scheidl; und wird am lebendigsten, wenn ein Tierfreund Geschichten erzählt, wie hier „Pferdinand" Bonn. — r.

Die „Philharmoniker" auf Reisen. Die „Berliner Philharmoniker" werden unter Leitung von Wilhelm Furtwängler Ende April ihre alljährliche Frühjahrsreise antreten. Das erste Konzert findet in Prag statt; dann wird das Orchester zum erstenmal unter seinem Dirigenten im Leipziger Gewandhaus konzertieren. Nach einigen Konzerten im Rheinland geht die Reise nach Frankreich, wo außer zwei Konzerten in der Pariser Großen Oper diesmal auch Konzerte in Lyon und Marseille stattfinden. Die Rückreise führt durch die Schweiz und Süddeutschland und endet mit dem „21. Schlesischen Musikfest" in Görlitz.

Musik von heute und morgen. Heute, Donnerstag, 23. April: Philharmonie, 8 Uhr, Beethoven-Abend der „Gesellschaft der Musikfreunde" unter Heinz Unger, Solist: Adolf Busch (Mitwirkende: das Arbeitslosen-Orchester); „Leonoren"-Ouvertüre, Violinkonzert, „Eroica". Singakademie, 8 Uhr, Klavierabend Claudio Arrau (u. a. Erstaufführungen von Sternberg und Cuevas). — Freitag, 24. April: Hochschule für Musik, 8 Uhr, offene Singstunde unter Fritz Jöde (alte und neue Chöre, Uraufführung eines Werkes von Lothar von Knorr, nach Texten von Christian Morgenstern).

Primaner

Roman von

WALTHER HARICH

19. Fortsetzung — Copyright 1931 by Ullstein A. G., Berlin

Als sie am nächsten Tag von der letzten Pause kamen, lagen die Aufsatzhefte zum Verteilen auf der vordersten Bank. Sie drängten sich in dichtem Knäuel herum und vergaßen die Primanerwürde. Werner sah das „Genügend" bei Rolf und das „Gut" bei Hagemann, ehe der kleine Karsten ihm sein Heft herüberreichte.

Er öffnete es langsam und genießerisch. „Mangelhaft", las er zunächst das endgültige Resultat, und dann erst die Begründung: „Trotz einer gewissen formalen Geschicklichkeit in Auffassung und Gliederung völlig verfehlt. M. zeigt eine bedauerliche moralische und geistige Unreife und Urteilslosigkeit gegenüber tages- und parteipolitischen Strömungen. Daher trotz mancher glücklichen Formulierung nur — — — Mangelhaft!"

Er schlug die Seiten zurück. Ueberall sprangen rote Tintenstriche und Anmerkungen hervor. Er las: „M. zieht die Ideale der Weltgeschichte in den Staub einer niedrigen Gesinnung." Oder: „Vergleiche den Aufruf unseres Hindenburg an das deutsche Volk!" Oder: „Vergleiche Clemenceaus Aeußerung!"

Was hast du? Die Gesichter der Freunde beugten sich über sein Heft. Fredersdorff versicherte, daß er sich schäme, eine Eins zu haben. Aber er schämte sich gar nicht, er triumphierte. Brett schlug im Vorübergehen mit der Faust auf den Tisch. „Na, was habe ich gesagt? Der Direx ist ein Kater und kein Löwe!"

In dem Augenblick trat der Direx ein und stellte sich auf den Katheder. Er war nicht eigentlich ernst oder ärgerlich, sondern eher aufgeräumt.

„Das Wort Krieg", fing er gleich, fast noch im Gehen, an, „hat Heraklit, der Dunkle, in einem symbolischen Sinn gebraucht. Er hätte Kampf oder Gegensatz sagen können, aber er wählte den für seine Zeit sinnfälligsten Ausdruck: Krieg! Damit war die Gliederung des Aufsatzes gegeben. A. Einleitung: Etwa eine kurze Skizzierung der Persönlichkeit und Philosophie Heraklits. — B. Ausführung: Auf eine gewisse Zweiheit sehen wir das ganze, uns umgebende Dasein gestellt I. In der Natur, II. in der Geschichte, III. in der Kultur. — C. Schluß: Aber auch die Gemeinsamkeit kann schöne Früchte zeitigen."

Der Direx führte die einzelnen Punkte näher aus, wozu er die Pelpiele aus Lehrsens und Fredersdorffs Aufsätzen nahm und einmal sogar rühmend Stadler erwähnte, weil der auf den Gegensatz zwischen deutscher und italienischer Musik und ihre Begegnung in Mozart gekommen war. Mit jedem Satz fällte er das Todesurteil über Martens von neuem. Je länger er sich in friedlichen Bezirken erging, die weitab vom Kriege lagen, desto unsinniger mußte Martens Auffassung erscheinen.

„Dies war das Thema!" endete der Direx die Besprechung des Aufsatzes vom Krieg als dem Vater aller Dinge. Werner bemerkte, daß hin und wieder Blicke aus der Klasse zu ihm hinschossen. Er saß mit gerötetem Kopf da, suchte zuerst sich zu sammeln, um erwidern zu können, sobald der Direx auf seine Ausführungen zu sprechen kam. Plötzlich wurde ihm klar, daß er mit Stillschweigen übergangen werden würde. Der Direx wollte keine Erörterung mit ihm. Die Säße von den Jünglingen, die der Krieg nicht begeistert, und von dem Staub einer niedrigen Gesinnung sollten für ewig und unwidersprochen in der Luft hängen bleiben. Er wollte aufspringen und den Direx zur Rede stellen, aber das Abrollen des Stundenapparates drängte ihn von Minute zu Minute abseits, und auf einmal war es zu spät. Man stand mitten in der Erörterung des siebenten Buches von „Dichtung und Wahrheit", und nicht ohne Betonung sprach der Direx über Johann Christian Günther, dem „sein Leben wie sein Dichten zerrann".

Es gab keine Zeit mehr. Die Stunde war endlos. Andererseits sollte sie aber nie aufhören. Denn nachher stand es bevor, nach Hause zu gehen, mit den Eltern an einem Tisch zu sitzen und von dem Aufsatz zu erzählen. Der Vater würde sich das Heft ausbitten und von dem „Staub der niedrigen Gesinnung" lesen. Hier machten die Gedanken jedesmal halt.

„Dieser Hund!" schimpfte Rolf nach der Stunde los. Günther war einer seiner Lieblinge. Sie standen um Werners Platz herum, der umständlich seine Mappe packte. Sogar Brett gesellte sich zu ihnen.

„Sicher hat dieser Hund keine Zeile von Günther gelesen und wagt es dennoch, Goethes blöde Gehässigkeit nachzuschwatzen!" Er begann aus dem Gedicht „Verzweiflung" zu zitieren: „O daß doch nicht mein Zeug aus Rabenfleisch entsprossen . . ." Brett stand dabei und hörte zu. „Teufel!" sagte er, „das ist gut. Und wie hat diese Dichterseele gesoffen!"

„Sch, laßt doch endlich den Quatsch!" mischte sich Hagemann, der Spezialist für taktische Fragen, ein. „Willst du nicht den Direx aufsuchen und mit ihm sprechen? Wenn das in gehörigem Ton geschieht, würde ich es für zweckdienlich halten."

Werner zuckte die Achseln. Ihm war alles gleichgültig. Lehrsen hatte recht: er würde den Kampf nicht durchhalten. Ja, wenn er hätte erwidern können! Aber der Direx schob ihn einfach beiseite. Jetzt war der Krieg, der die Jünglinge begeistert, auf einmal nur symbolisch gemeint! Alles wurde umgedreht!

Rolf brachte ihn ein Stück in die Bahnhofstraße hinein. „Sch mache diese Oedipus-Geschichte nicht mit!" sagte er. „Gehst du etwa hin?"

„Ja, wahrscheinlich. Es steht so dumm aus, wenn ich wegbleibe, weil der Direx mir keine Rolle gegeben hat. Und mein Vater ist sehr für alles, was vom Direx ausgeht." Er verschwieg, daß er hauptsächlich hinging, weil er Irma dort sehen würde.

Rolf ging schweigend neben ihm her. „Wißt du Irma sprechen?"

Werner schüttelte den Kopf. „Nein. Lehrsen und das alles ist für uns erledigt. Du hast Irma und Renate in diesem besoffenen Kreis beleidigt, und Lehrsen hat dich dafür geohrfeigt. Damit ist Schluß zwischen dir und denen, und ich bin dein Freund!"

Rolf zögerte ein wenig. „Aber vielleicht kannst du mir dann erzählen, wie alles war." Damit machte er kehrt und ging mit schnellen Schritten davon.

Als Rolf ihn verlassen hatte, kam wieder die Angst über ihn. Es war eigentlich nicht Angst, sondern er schämte sich über den peinlichen Auftritt, der kommen würde.

Als er das Eßzimmer betrat, aßen die Eltern bereits. „Nun?" fragte der Vater. „So spät?" Werner wunderte sich, daß es später als sonst war. Aber sie hatten sich ja noch nach der Stunde unterhalten, und vielleicht war er auch langsamer gegangen. Eigentlich mußte er jetzt sagen: Wir

Kunst, Wissenschaft, Literatur

Neue Mitglieder der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Der Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ernannte Professor Kurt Heß (Berlin) zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie in Berlin-Dahlem, Professor Otto Kirsch-mer (Dresden) zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied des Forschungsinstituts für Wasserbau und Wasserkraft in München, Professor Franz Weidert (Berlin) zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Silikatforschung in Berlin-Dahlem und Professor Fritz von Wettstein (Göttingen) zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biologie in Berlin-Dahlem.

Hochschule für Politik. An der Deutschen Hochschule für Politik beginnt das Sommersemester am 27. April. Der Hauptlehrgang teilt sich in eine seminaristische Abteilung von vier Semestern als erste und eine akademische Abteilung von drei Semestern als zweite Stufe. Die Seminaristische Abteilung umfaßt Philosophische Grundlagen und Theorie der Politik; Politische Geschichte und Auslandskunde; Rechtsgrundlagen der Politik; Wirtschaftliche Grundlagen der Politik; Pressewesen und Kulturpolitik; Fremde Sprachen. Die Akademische Abteilung besteht aus den Studiengruppen: Allgemeine Politik, politische Geschichte (Leitung: Dr. Holborn); Außenpolitik, Völkerrecht (Professor Hoetzsch); Innenpolitik, Staatslehre (Professor Heller); Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik (Professor Briefs); Politische Gesellschaftslehre; Auslandskunde (Professor W. Haas). Auf folgende Vorlesungen sei besonders hingewiesen: Reparationspolitik (Dr. Eckart Kehr); Deutsche Kulturpolitik (Dr. Karl Thieme); Geopolitik (Dr. Adolf Grabowsky); Weltpolitik 1878—1914 (Dr. Hajo Holborn); Religion und Politik (Dr. Theodor Grentrup); Intelligenz und Politik in Deutschland (Dr. Albert Salomon); Die Nationalitätenfrage in Mitteleuropa (Dr. Max Hildebert Boehm); Politischer Katholizismus in Deutschland (Dr. Waldemar Gurian); Das nationale Gesicht Polens (Geheimrat Cleinow); Weltpolitische Informationsstunde (Dr. Arnold Wolfers); Das dritte Reich in der konservativen, nationalsozialistischen, bündischen Zielweit (Dr. Kleo Pleyer); Kriegsächtung und Kriegsschuldfrage (Geheimrat Cleinow); Deutsch-französische Beziehungen (Professor Wilhelm Haas).

Meeresbiologie in Rovigno. In Gegenwart des italienischen Großadmirals Thaon de Revel und des deutschen Botschafters von Schubert wurde in Rovigno in Istrien ein deutsch-italienisches Institut für Meereskunde feierlich eröffnet. Nach den Einweihungsreden, in denen die kulturelle Bedeutung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern gewürdigt wurde, fand eine Sitzung des Verwaltungsausschusses statt, in der die Professoren Magrini und Schottlander zu Vizepräsidenten, der Generaldirektor der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Professor Glum, zum Schatzmeister und die Professoren Sella und Siemer zu Direktoren ernannt wurden. Das neue Institut führt den Titel „Deutsch-Italienisches Institut für Meeresbiologie". Es ist hervorgegangen aus dem alten deutschen Meeresforschungs-Institut in Rovigno, das von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aus den Mitteln einer Stiftung unterhalten wurde und die deutschen wissenschaftlichen Institute mit Meeresfischen belieferte. Auf Grund eines neuen Abkommens zwischen den deutschen und italienischen interessierten Kreisen soll das Institut von nun an von beiden Seiten gemeinsam verwaltet werden.

Billingers „Rosse". Aus München wird uns geschrieben: Richard Billinger, der Dichter einer kraftvollen, naturgesättigten, sich barock und zauberhaft verwebenden Bauernlyrik, hat nach dem von Reinhardt in Salzburg inszenierten Perchtenspiel ein Drama „Rosse" geschrieben, das im Residenztheater zur Uraufführung kam. In drei ganz kurzen Aufzügen soll dargestellt werden, wie ein Roßtrieb über seinen Pferden aller anderen Liebe vergißt, den Importeur der Maschine im Wirtshaus ersticht und sich schließlich im Stall erhängt. Bei diesem Thema, das in eigenartigem, keineswegs platt realistischen Gegensatze zu den letzten Russenfilmen steht, und bei den manchmal dichterischen Schönheiten der Sprache ist es schade, daß es Billinger bei einem bloßen Szenarium bewenden läßt. Aus einem Mißverständnis entweder naturrealistischer bäuerlicher Sprachknappheit oder dramatischer Monumentalität, wird dem Theater nicht gegeben was des Theaters ist, nämlich die gewünschte Fülle des Stoffes in Dialog und szenischem Aufbau; Darsteller (voran der leidenschaftlich um die Hauptrolle bemühte Ernst Martens) und Regisseur konnten sich nicht entfalten und steigern. Die zweite Veranstaltung der „Bühne der Jungen" am Staatstheater in dieser Spielzeit trug so, wie die erste, ein zwar sehr achtbares, aber merkwürdig theaterfernes Gepräge. Die Anteilnahme des Publikums am Billinger, der vorher sehr schöne Gedichte vortrug, war eine ganz außerordentliche. W. P.

HOCHSCHULNACHRICHTEN

Zum Ordinarius der inneren Medizin und Vorstand der Zweiten Medizinischen Klinik an der Wiener Universität wurde als Nachfolger von Professor Ortner der bisherige Primarius des Wiener Sophien-Hospitals, Professor Nikolaus Jagic, ernannt. Jagic, ein Sohn des Slawisten Vratslav Jagic und Schüler von Rothnagel und Noorden, ist besonders durch seinen Atlas der Blutkrankheiten bekannt geworden.

Der Privatdozent an der Berliner Universität Dr. Hans-Friedrich Rosenfeld hat einen Ruf als ordentlichen Professor der germanischen Philologie an die schwedische Universität in Abo (Finnland) erhalten. Rosenfeld promovierte 1924 mit einer Arbeit über „Mittelhochdeutsche Novellen" als Schüler Röthe und Petersens und habilitierte sich 1928 in Berlin für deutsche Sprache und Literatur. Von seinen Werken nennen wir „Mittelhochdeutsche Novellenstudien"; „Zur Entstehung Fontanescher Romane". Rosenfeld ist Mitarbeiter am Jahresbericht für germanische Philologie am Verfasserlexikon des deutschen Mittelalters und am deutschen Wörterbuch.

Der a. o. Professor der Philosophie und Psychologie in der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt Adhémar Gelb wird im Sommersemester in der Philosophischen Fakultät der Universität Halle Vorlesungen und Uebungen über Psychologie abhalten.

An der deutschen Technischen Hochschule in Prag ist Dr. phil. Wolfrude Schreiter als Privatdozentin für Fischwesen und Hydrobiologie zugelassen worden.

Theater, Musik, Vorträge

Im Komödienhaus fand die 50. Aufführung der „Königlichen Familie" statt. Großer Beifall für Adele Sandrock und die anderen.

Schrekers „Der ferne Klang" wird Sonnabend, 25. April, neueinstudiert wieder in den Spielplan der Staatsoper Unter den Linden aufgenommen. In den Hauptrollen: die Streagl (für die erkrankte Maria Schreker), Fritz Wolff, Großmann. Dirigent: Kleiber, Regie: Horth.

Eine satirische Dichtung „Altona 19097 und die Liebe", von Joachim und Waldemar Maaß, wird Freitag, 24. April, auf beiden Sendern übertragen.

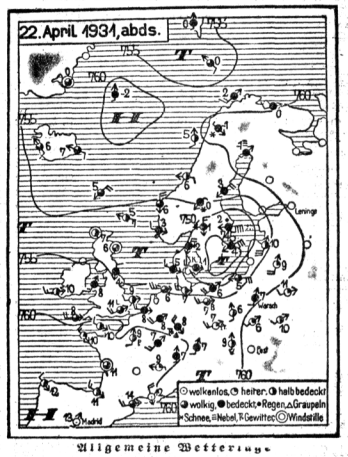
Maria Jvogün singt in der Städtischen Oper am 24. April die Frau Fluth in „Die lustigen Weiber" und am 28. April die Norina in „Don Pasquale". Cornelius Bronsgeest singt als Gast den Fluth.

*

„Hauptmann von Köpenick" für die Arbeitslosen. Das Deutsche Theater veranstaltet am Sonntag, dem 26. d. M., nachmittags 3 Uhr, eine Sondervorstellung von „Hauptmann von Köpenick" für die Arbeitslosen Berlins. Die in dieser Aufführung beschäftigten Mitglieder der Reinhardt-Bühnen haben sich zu diesem Zweck ohne jedes Honorar zur Verfügung gestellt.

Wetterkarte vom 22. April

Oeffentliche Wetterdienststelle Berlin. Nachdruck verboten



Allgemeine Wetterlage

In der Nacht zum Mittwoch hat sich über Ungarn eine kräftige Depression entwickelt und ist rasch durch Polen nach der östlichen Ostsee gewandert. Der Ostsee-Küste brachte sie ergiebige Regenfälle und Stürme. Sie zieht unter Verstärkung nach dem mittleren Skandinavien weiter. Deutschland wird am Donnerstag im Bereich der Luftmassen liegen, die auf der Westseite dieses Tiefs nach Süden strömten. Deutschland deutet darauf hin, daß nunmehr vom Atlantischen Ozean wieder Störungen nach Europa vordringen. Sie dürften aber vorläufig nur die Windrichtung in unserem Gebiet etwas beeinflussen.

Wetteraussichten für Berlin und Umgebung

Bei mäßigen bis frischen, westlichen Winden teils heiter, teils wolkig, am Tage milder, stellenweise Schauer.

Wetteraussichten für Deutschland

Im Westen und Süden, in Mitteldeutschland und Schlesien wolkig bis heiter und wärmer, nur vereinzelt Schauer, an der Ostsee-Küste und im Nordosten von Deutschland noch kühl, wechselnd bewölkt und vielfach Schauer.

Ueber neue Formen der Schularbeit wird am nächsten Elternabend des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, Potsdamer Str. 120, am Montag, dem 27. April 1931, abends 8 Uhr, Herr Ministerialrat Erich Hylla mit Lichtbildern sprechen. Zu ausführlicher Aussprache wird den Eltern Gelegenheit gegeben, sich bei dem zuständigen Referenten des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über die Fragen der Arbeitsschule zu unterrichten. Eintritt 30 Pf.

Gegen üblen Mundgeruch Ich will nicht versäumen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont" nicht nur reine weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihr „Chlorodont" aufs beste empfehlen." gez. C. G., Mainz. — Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., und weise jeden Ersatz dafür zurück.

haben den Aufsatz abbekommen! Statt dessen berichtete er von der Oedipus-Aufführung.

„Hör mal, mein Junge", unterbrach ihn der Vater, „was liest du denn da für dumme Sachen auf deinem Zimmer? Ich traute meinen Augen nicht, als ich heute hineinkam. Reiseberichte über Sowjetrußland, und von einem Kommunisten natürlich."

„Der Verfasser ist kein Kommunist, Vater!"

„Das wird er dir grade aufbinden, mein Sohn! Und du bist nun wohl begeisterter Kommunist geworden, was?"

„Nein, Vater, gar nicht!" Er schwieg. Vor politischen Diskussionen bei Tisch mußte man sich hüten. Der Vater war Eisen- und Stahlindustrie. Weltfriedensgerede faßte er als böswilligen Anschlag gegen seine Branche auf.

Als er in seinem Zimmer war, nahm er das Heft und versteckte es ganz hinten in der Schublade unter alten Briefen. Aber er war unzufrieden mit sich. Er hatte die Quälerei nur um einen Tag verlängert.

*

Herr Therschmitt stand aufgereckt in der Aula auf dem Vorbau des Podiums und teilte „die Massen" ein. In den Hintergrund stellte er den Chor der edlen Greise von Theben. „Sie bekommen alle weiße Bärte angeklebt", sagte er, „aber Sie müssen sich jetzt schon bewegen, als wenn Sie weiße Bärte trügen."

Es waren nur neunzehn Greise anwesend. Einige Waldheloten fehlten wegen zu großer Entfernung. Einfach weggeblieben waren Lehysen, Stadler und Lastadie.

Die „Solisten" saßen mit Angelika Diamara in den Bänken und hielten sich bereit. Das „Volk" aber wurde sogleich benötigt und auf die Stufen gestellt. Es bestand aus der Obersekunda des Gymnasiums und der Prima der „entsprechenden Mädchenanstalt". Lilli Eidenroth, die Schauspielerin werden wollte, wurde als „Dienerin der Jokaste" abgeteilt und durfte sich unter die Solisten setzen, obwohl es nur eine stumme Rolle war.

Chor und Volk wurden im allgemeinen nach der Größe geordnet, aber Herr Therschmitt zog mit Kennerblick Renate Lenz auf den rechten Flügel vor. Irma Lehysen wurde als zweite auf den linken Flügel eingesetzt. Gertrud Vollerthun mit ihrem Zopf und der Brille hingegen versteckte er in der Masse.

„Theben ist von einer Seuche befallen!" erläuterte Herr Therschmitt. „Das Volk strömt hilfeflehend bei dem Königspalast zusammen. Ehe der Vorhang aufgeht, hört man das angstvolle Rufen und dumpfe Gemurmel. Wir wollen das jetzt üben!" Die Greise mußten „Rhabarber, Rhabarber!" murmeln, die Obersekundaner ein flagendes Uuuuuuh! ausstoßen, und dier ausgesuchte Mädchen riefen „Wehe! Wehe!" dazwischen. Dazu wurden die rechten Füße vorgestellt und die rechten Arme flehend erhoben. Herr Therschmitt stand dirigierend und verklärt da. Der Anfang machte sich trefflich.

Aber Herr Therschmitt wurde in seiner Dirigententätigkeit unterbrochen. Der Quartaner Heinz Stoff stand mit zierlichen Gliedern, braunen Augen und sanfter Pagenfrisur hinter ihm und zupfte ihn am Rock. Er sah aus wie ein verkleidetes Mädchen. Herr Therschmitt wollte böse sein, unterlag aber dem Zauber. „Wer bist du denn, Kleiner?" flötete er. Heinz Stoff war vom Herrn Direktor als Knabe des blinden Sehers Teiresias geschickt worden. Jokaste und Teiresias streckten gleichzeitig die Arme nach dem Knaben aus und zogen ihn vom Podium. Fredersdorff war sichtlich gerührt.

Plötzlich sprang Herr Therschmitt auf einen Stuhl rechts hinten, stoppte mit der Hand das Brodeln ab und begann:

O Kinder ihr, des alten Kadmos neuer Stamm,
Zu welchem Sitze sei ich euch versammelt hier?

Als Regisseur war er eben noch Goethe, der genialste Theaterleiter aller Zeiten, gewesen, jetzt war er Kainz, Mitterwurzer, Matkowsky. Aber er sprach nur die Hälfte seiner Rede und winkte Hagemann, den Priester des Zeus, herbei, der vorlas:

Nun denn, Beherrscher meines Landes, Oedipus!
Du siehst, welchen Alters Stufen wir . . .

Herr Therschmitt machte große, rote Striche durch seine Verse und erwartete den Widerspruch des Künstlerehrgeizes, um ihn an seinem ehernen Willen abprallen zu lassen. Aber Hagemann war mit den Strichen einverstanden. Er hatte weniger zu lernen. An bestimmten Stellen ordnete Herr Therschmitt, abwechselnd Goethe und Kainz, erneutes Seufzen des Volkes, Heben und Senken der rechten Arme und Vor- und Zurückstellen der rechten Füße an.

„Es ist seltsam", flüsterte Jokaste den Solisten zu, „jedesmal erlebt Therschmitt diese Szene neu und bringt sie anders. Immer deutlicher schält sich das klassische Werk bei ihm heraus." Sie flüsterte so, daß sie in weitem Umkreis zu verstehen war.

Der zusehends reifende Herr Therschmitt brachte Renates Knie und Arme in die richtige Haltung und bog Irmas Kopf mit beiden Händen in die Höhe. Das war ein Augenblick, in dem Werner und Irma sich zufällig ansahen und anlachten. Gleich blickten sie wieder fort und waren erschrocken. Sie standen nicht weit voneinander. Wenn sie die Arme ausstreckten, konnten sie sich berühren. Aber sie hatten sich noch nicht einmal begrüßt. Selbst vor Renate war er ausgewichen.

Herr Therschmitt scheuchte das Volk von den Stufen und zog den Chor der edlen Greise auseinander. Nun erst packte ihn die Sendung: der Sprechchor. Er standierte die Verse vor: „O süßredende Stimme des Zeus, wie ergingst du von Pythons . . .", und ließ die Greise wiederholen. Er machte ihnen das Hinüberbinden der Zeilen klar. Es war, als ob man um die Ecke ging und plötzlich eine Stufe zu tief trat. Er zeigte, auf seine leicht gelösten Knie weisend, das würdevoll unbewegt-bewegte Dastehen. Plötzlich erfaßte sein Auge den Primaner Martens. „Sie sind Chorführer!" bestimmte er, sich dunkel an Sekt erinnernd.

Aber Werner hatte erst zweimal Zeilen hinübergebunden, als sich die Tür auftat und der Direx sichtbar wurde. Das abgetretene Volk und die Solisten erhoben sich von ihren Bänken. Der Chor fror ein.

„Ich störe nicht!" versicherte der Direx. „Aber ich mußte Sie begrüßen, da nebenan der edle Klang gesprochener Verse mein Ohr berührte." Er sah sich um, umfing den Raum mit einer Handbewegung und wies auf das Wandbild. „Hier ist Griechenland. Iphigenie tritt aus dem Schweigen ihrer Wipfel, und bald wird Sappho selber die Stimme erheben." Dies war mit einem eleganten Lächeln zur Diamara hin gesagt. „Aber fahren Sie fort, Herr Hofschauspieler!"

Der Chor begann noch einmal: „O süßredende Stimme des Zeus, wie ergingst du von Pythons — (hier wurde hinübergebunden!) goldreichem Haus zur prächtigen Stadt", Werner standierte den andern voran. Scheu und mit rotem Gesicht sah er an dem Direx vorbei.

Fortsetzung folgt

RECHT UND LEBEN · WOCHEN-BEILAGE DER VOSSISCHEN ZEITUNG

VERANTWORTLICH: RECHTSANWALT DR. ERICH EYCK-BERLIN · DONNERSTAG, 23. APRIL 1931 · NUMMER 17

Gebühren-Lockerung

Das Wort „Gebührenlockerung" hat den Nachteil, daß der nicht genau Eingeweihte sich darunter etwas anderes vorstellt, als was ihre Befürworter tatsächlich meinen. Der Außenstehende glaubt vielfach, es handle sich darum, den Grundsatz der Gebührenordnung aufzugeben, wonach die Bezahlung der Berufstätigkeit des Anwalts sich nach den Gesetzen und den darin gegebenen Tarifen richtet. So weitgehende Pläne liegen den Befürwortern der Gebührenlockerung in Wahrheit durchaus fern. Was sie wollen, ist nicht mehr, als daß eine bestimmte Kategorie anwaltlicher Tätigkeit, nämlich die Ausführung von Beitreibungsaufträgen unter ganz bestimmten, nachprüfbaren Voraussetzungen, in einer besonderen, elastischeren Weise vergütet werden soll. Der Gedanke ist der, daß diese Beitreibungssachen der Anwaltschaft in steigendem Maße durch Inkassobüros und dergleichen entzogen würden. Die Befürworter der Gebührenlockerung glauben, den Grund dafür in dem Umstand finden zu sollen, daß der Anwalt nach den Vorschriften der Gebührenordnung nicht in der Lage sei, die Bezahlung seiner Arbeit von dem Erfolg seiner Tätigkeit für den Mandanten abhängig zu machen. Deshalb soll nach ihrer Auffassung in denjenigen Fällen, in denen ein Mandant dem Anwalt eine größere Anzahl von Beitreibungssachen übergibt, seine Honorierung davon abhängig gemacht werden, daß die Forderung beigetrieben wird. In diesem Falle soll allerdings der Anwalt nicht nur die Gebühren, sondern auch einen Anteil des beigetriebenen Betrages erhalten.

Die Frage, ob ein solches System zu empfehlen sei und ob man sich davon einen Nutzen für die Anwaltschaft versprechen könne, ist seit einiger Zeit Gegenstand eingehender Erörterung sowohl in literarischen Veröffentlichungen wie in den Organisationen der Rechtsanwälte. Die Ansichten wichen sehr weit voneinander ab. Einigen Vereinen, die sich für die Gebührenlockerung aussprachen, standen andere gegenüber, die sie aufs entschiedenste ablehnten. Einig war man jedoch darüber, daß jeder Schritt in dieser Richtung voraussetzt, daß die Anwaltschaft in ihrer Gesamtheit die Gebührenlockerung in irgendeiner Form für zulässig ansieht.

Um hierüber eine Entscheidung herbeizuführen, hat die Abgeordnetenversammlung des Deutschen Anwalt-Vereins am Sonnabend und Sonntag der letzten Woche eingehend beraten. Die Verhandlung wurde durch zwei eingehende Vorträge von J.-R. Hundrieser in Nürnberg und R.-A. Abel in Essen eingeleitet. Hundrieser wollte die Vereinbarung eines Erfolgshonorars an Stelle der gesetzlichen Gebühren für zulässig erklären, wenn die Bedingungen und Richtlinien, die ein Ausschuß des Deutschen Anwalt-Vereins aufstellen sollte, genau eingehalten werden. Abel sprach sich gegen jede Gebührenlockerung aus. In der Diskussion wurde von zahlreichen Rednern für beide Standpunkte eine große Anzahl beachtenswerter Argumente angeführt. Man darf aber, ohne die Objektivität zu verletzen, sagen, daß die rhetorischen Lorbeeren von drei entschiedenen Gegnern der Gebührenlockerung geflückt wurden: Held-Starnberg, Friedländer-München und Darboven-Hamburg.

Aus den Argumenten, die sie vortrugen, sind die folgenden hervorzuheben: Einigkeit bestehe darüber, daß die Gebührenlockerung nicht eine Gebührenverbilligung sein solle; denn die Arbeit des Anwalts wird heute nicht zu teuer, sondern höchstens angemessen bezahlt. Die Forderung der Gebührenlockerung wird aber zum mindesten von den Außenstehenden als Proklamation der Gebührenverbilligung verstanden. Den Beweis dafür lieferte eine vom Ausschuß des Thüringischen Landtages gefaßte Resolution, die eine Verbilligung aller Prozeßgebühren, sowohl der anwaltlichen wie der Gerichtskosten, verlangte. Gegen diese Forderung des Thüringer Ausschusses verwahrte sich die Abgeordneten-Versammlung des Deutschen Anwalt-Vereins mit einem sehr ernsten, sachlich begründeten Protest. Aber auch abgesehen davon wurde dargelegt, daß die Gebührenlockerung in ihrem Erfolg auf eine Ermäßigung hinauslaufen müsse. Allerdings wurde von anderer Seite gefordert, die Regelung so zu treffen, daß der Gesamtertrag der anwaltlichen Tätigkeit in erfolglosen und erfolgreichen Sachen in der Regel nicht geringer werden soll, als es bei der gesetzlichen Gebührenregelung der Fall ist. Aber mit vollem Recht wies namentlich Friedländer-München darauf hin, daß eine solche Regelung prophetische Gaben voraussetze; denn niemand kann vorhersehen, in welchem Verhältnis erfolgreiche und erfolglose Sachen am Ende zueinander stehen werden.

Bedeutsamer noch ist das weitere Argument, daß die Gebührenlockerung zu einem gegenseitigen Unterbieten und damit zur Untergrabung der Stellung und der sittlichen Berufsauffassung der Anwaltschaft führen müssen. Gewiß wünscht niemand einen derartigen unwürdigen Konkurrenzkampf zu entfachen. Aber niemand ist auch in der Lage, eine wirksame Sicherung dagegen vorzuschlagen, wenn einmal der feste Boden der Gebührenordnung verlassen wird. Mit vollem Recht wurde daher gesagt, daß der Schritt, den die Freunde der Gebührenlockerung befürworten, den Anfang vom Ende der Deutschen Anwaltschaft bedeuten würde.

Daneben spielten aber auch die praktischen Fragen eine große Rolle. Der Auffassung, daß diese Methode dazu führen könne, das Betätigungsfeld der Anwaltschaft zu erweitern, wurde mit guten Gründen, und namentlich von Darboven mit schlagenden statistischen Zahlen entgegengetreten. Das Ergebnis war also, daß man einen ungewissen Vorteil mit vielen gewissen und verhängnisvollen Nachteilen erkaufen müßte.

Diese Auffassung erwies sich bei der Abstimmung als stegreich. Es zeigte sich sogar, daß die Mehrheit, die die Gebührenlockerung grundsätzlich verwarf, sehr viel größer war, als man von vornherein zu glauben geneigt war. Der Antrag Abel wurde mit 82 gegen 28 Stimmen, also mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen. Man darf wohl annehmen, daß damit die Frage ihre Erledigung gefunden hat und daß der Versuch, die Anwaltschaft auf diesen verhängnisvollen Weg zu führen, endgültig gescheitert ist.

Rechtsanwalt Dr. Eyck.

Entscheidungen oberster Gerichte

Uebergang eines Handelsgeschäfts auf mehrere Erben — Unzulässigkeit der Entschädigung einer Siedlungsgesellschaft für Abstandnahme vom gesetzlichen Vorkaufsrecht — Unterlassungsstreit zweier Mieter wegen Geräuschstörung

Der Inhaber eines Handelsgeschäfts war verstorben, ohne ein Testament zu hinterlassen. Seine Witwe und mehrere Kinder betrieben das Geschäft zunächst fort. Der älteste Sohn, der die Geschäfte führte, übernahm für die Firma eine Bürgschaft, aus der später die andern Erben in Anspruch genommen wurden. Die Erben wendeten im Prozeß ein, daß ihr Sohn und Bruder sie nur dann habe verpflichten können, wenn sie eine offene Handelsgesellschaft betrieben, wenn er also die Rechtsstellung gemäß § 25 Abs. 1 HGB. hatte, wonach bei Fehlen anderweiter Bestimmungen jeder Gesellschafter zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. — Das **Reichsgericht** verneint das Bestehen einer solchen Handelsgesellschaft. Im Einklang mit der auch im Schrifttum überwiegenden Meinung muß angenommen werden, daß der Uebergang eines Handelsgeschäfts auf mehrere Erben sowie der Weiterbetrieb des Geschäfts durch diese Personenmehrheit keineswegs notwendig zu dem Bestehen einer offenen Handelsgesellschaft führt. Vielmehr muß ein Wille, das Gesellschaftsverhältnis zu begründen, ausdrücklich oder durch schlüssige Handlungen zum Ausdruck kommen. Als in diesem Sinne schlüssige Handlung kann die Weiterführung des Geschäfts über die zur Auseinandersetzung geplante Zeit hinaus in Betracht kommen, aber auch der Umstand, daß die Erben sich ins Handelsregister als Gesellschaft eintragen lassen, ohne daß die Umstände einen gegenteiligen Schluß rechtfertigen.

VI 376/30. — 16. 2. 1931.

*

Der Rittergutsbesitzer B. kaufte als gesetzlicher Vertreter seiner minderjährigen Tochter für diese ein etwa 300 Morgen großes Gut. Die beklagte Siedlungsgesellschaft machte gemäß § 4 des Siedl.-Ges. ihr Vorkaufsrecht geltend, einigte sich aber später mit B. dahin, daß dieser 50 000 RM bezahlte, worauf sie auf das Vorkaufsrecht verzichtete. B. zahlte den Vergleichsbetrag auch bis auf 6000 RM. Die Zahlung des Restes verweigerte er, weil der Vergleich wegen Sittenwidrigkeit nach § 138 Abs. 1 BGB. nichtig sei. Die Beklagte hält die Abmachung für gültig. B. erhob Klage auf Rückzahlung des bisher geleisteten Vergleichsbetrages. Das LGG. **Naumburg** hat seine Klage abgewiesen. Das **Reichsgericht** hat aufgehoben und an einen andern Senat zurückverwiesen. Die Vereinbarung der Gewährung einer Gebentschädigung an ein gemeinnütziges Siedlungsunternehmen für die Abstandnahme von der Durchführung ihres gesetzlichen Vorkaufsrechts verstößt zweifellos gegen Zweck und Geist des Reichssiedlungsgesetzes und ist damit als sittenwidrig zu bezeichnen. Die Aufgabe der gemeinnützigen Siedlungsunternehmen liegt in der Beschaffung von Siedlungsland, nicht aber darin, sich Geld zu verschaffen. Diese Stellungnahme hat das Gericht bereits in der Entscheidung in HRG. Bd. 129 S. 144 eingenommen. Es liegt keine Veranlassung vor, hiervon abzugehen; zu einer Abweichung könnten besondere Umstände führen, die aber hier zweifellos nicht vorliegen.

VI 376/30. — 16. 2. 1931.

*

Die Beklagte betreibt im zweiten Stockwerk eines Grundstücks in der Grünstraße in Berlin in gemieteten Räumen eine Buch- und Plattdruckerei und hat zu diesem Zweck Flachdruck- und Schnellpressen aufgestellt. Die Klägerin, die Mieterin des ersten Stockwerks, behauptet, daß die Druckmaschinen übermäßige Geräusche und Erschütterungen verursachten, wodurch sie in ihrem Gewerbebetrieb gestört werde. Sie hat deshalb auf Unterlassung des Gewerbebetriebes der Beklagten bis zur Schaffung geeigneter Abhilfe geklagt

LG. Berlin und Kammergericht gaben der Klage statt. Auf die Revision der Beklagten hob das **Reichsgericht** auf und verwies zurück. Nach § 906 BGB. trifft die Beklagte die Beweislast dafür, daß die von ihren Räumen ausgehenden Geräusche und Erschütterungen den Gewerbebetrieb in den Räumen der Klägerin nicht oder doch nur unwesentlich beeinträchtigen oder daß diese Geräusche und Erschütterungen mit einer nach den örtlichen Verhältnissen gewöhnlichen Benutzungsart zusammenhängen. Soweit es sich um die Frage handelt, in welcher Stärke die Geräusche und Erschütterungen in die Räume der Kläger dringen, hatte die Beklagte Beweis dafür angetreten, daß sie im Laufe des Rechtsstreits wesentliche Veränderungen vorgenommen habe. Sie habe die Maschinen isoliert und umgestellt, eine besonders geräuschvoll arbeitende Maschine entfernt und die Maschinen größtenteils nur nach dem üblichen Geschäftsschluß arbeiten lassen. Nun sind zwar derartige während des Rechtsstreits getroffene Abhilfen in der Regel nicht geeignet, zur Abweisung einer bis dahin begründeten Klage auf Unterlassung von Beeinträchtigungen zu führen. Aber die Klage ist hier nicht nur auf Unterlassung der Beeinträchtigungen gerichtet, sondern verlangt, die Beklagte solle ihren Betrieb unterlassen, bis sie völlig ausreichende Vorkehrungen getroffen habe. Daß ein Klagantrag in dieser Form begründet sein kann, soll nicht bezweifelt werden. Ist er aber in solcher Form gestellt worden, so können die Vorkehrungen, die während des Rechtsstreits getroffen werden, auf ihn nicht ohne Einfluß bleiben, wenn sie völlig ausreichend sind. Abzuhalten wäre zwar immer noch ein Klagantrag auf Unterlassung von Beeinträchtigungen möglich, es sei denn, daß Gewähr für dauernde Abhilfe besteht. Aber das Verlangen, den ganzen Betrieb zu unterlassen, bis ausreichende Vorkehrungen getroffen seien, hat offenbar seine Berechtigung verloren, sobald sie getroffen sind. Hiernach muß das Kammer-G. die von der Beklagten angetretenen Beweise erheben und dadurch weitere Feststellungen treffen. Auch über die Frage der Ortsüblichkeit der Geräusche sind Feststellungen zu treffen.

VI 302/30. — 19. März 1931.

Das Recht am Gewerbebetrieb

In der Juristischen Gesellschaft widmete Prof. Dr. Ernst Heymann dem unerwartet dahingeschiedenen ersten Vorsitzenden Professor Dr. Theodor Kipp warm empfundene Worte des Gedenkens. Er hob sein ungewöhnliches Wissen und Können und seine wertvolle Persönlichkeit hervor und würdigte seine umfassenden rechtsgeschichtlichen und bürgerlich-rechtlichen Werke in ihrer Bedeutung für Studium und Praxis.

Der Vortrag des Abends galt dem Problem des „Rechts am Gewerbebetrieb". Prof. Ripperden aus Köln unterlichte zunächst den Begriff des Unternehmens, er knüpfte an die herrschende Meinung an, die von einer Summe von Sachenrechten und Chancen spricht, streifte die Frage des sogen. Goodwill. Es empfehle sich, den Schutz des Unternehmens auf den eingeschränkteren Begriff, d. h. auf die innere Organisation, die Beziehungen zur Kundschaft, die Chancen abzustellen. Daß das Unternehmen als subjektives Recht allgemein gegen jeden Eingriff geschützt sei, ist zu verneinen. Dabei stand die Kritik der reichsgerichtlichen Rechtsprechung im Vordergrund. Die Verneinung des subjektiven Rechts am Unternehmen führt notwendig dazu, den Rechtsschutz — abgesehen von spezialgesetzlichen Bestimmungen — in den Vorschriften des § 826 BGB., § 1 UWG. zu sehen, nach denen die gegen die guten Sitten verstoßende Schadenszufügung unerlaubt ist. Nur die Anknüpfung an diese elastischen Bestimmungen ermöglicht die erforderliche Abwägung und die Aufrechterhaltung der Grundsätze der Wirtschafts- und Konkurrenzfreiheit. Damit ist ein subjektives Recht am Unternehmen unvereinbar.

Kritisch behandelt wurden in diesem Zusammenhang die Theorien eines allgemeinen Persönlichkeitsrechts, eines besonderen Persönlichkeitsrechts an der gewerblichen Tätigkeit und eines Rechts am Unternehmen als Immaterialgüterrechts. Der Vortragende fragte nach dem Schutze des Unternehmens nach § 823 Abs. 1 BGB. und hielt eine Analogie des Rechts am Unternehmen mit dem „sonstigen Recht" im Sinne des § 823 Abs. 1 für verfehlt. Er trat für die Verwendung des Begriffs der Rechtsmoral ein, die namentlich auch verlangt, daß im Rahmen der geltenden Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gesunde soziale und wirtschaftliche Zustände herrschen, so daß Geschäfte und Handlungen, die dem widersprechen, nicht zugelassen werden können. Keineswegs kann der Begriff der gesitteten Wettbewerbsordnung aus dem Recht verschwinden. Der sicher beachtenswerte Gesichtspunkt einer Entgiftung der Prozeßatmosphäre darf nicht zu einer Verweichlichung der Rechtspflege führen.

In der lebhaften Aussprache setzten sich die Rechtsanwälte Dr. Becher und Dr. Rudolf Isay und die Professoren James Goldschmidt und Ernst Heymann in wissenschaftlich eindringlichen Ausführungen mit dem Standpunkt des Referenten auseinander.

G. A. G.

Prof. Günther Holstein, der zu Beginn dieses Jahres im vierten Jahrzehnt seines Lebens gestorben ist, widmet Rudolf Smend einen charakterisierenden Nachruf im Archiv des Oeffentlichen Rechts, an dessen Leitung der Verstorbene in den letzten Jahren maßgeblich beteiligt war. Er beklagte den frühen Heimgang Holsteins unter Hinweis auf seine hervorragenden Leistungen, wie namentlich seine Schrift über die Staatsphilosophie Schleiermachers. Er rühmt seine ganz ungewöhnliche, sich noch immerfort erweiternde Bildung, seine eigentümliche Gestaltungskraft und die tiefe Ursprünglichkeit seines wissenschaftlichen Lebens und Produzierens. „Das Große an ihm war die Selbstverständlichkeit der geistigen und insbesondere juristischen Gedankenfülle." „Diese Intensität des von ihm repräsentierten Geistes an Kultur, insbesondere auch an Rechtskultur ist das höchste Ziel und die edelste Frucht wissenschaftlicher, insbesondere rechtswissenschaftlicher Arbeit."

Einheitliche juristische Vorbildung

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Am 20. September 1930 ist zwischen den deutschen Ländergegierungen eine Vereinbarung über die Vereinheitlichung der juristischen Vorbildung abgeschlossen worden. Diese im wesentlichen auf Anregung der deutschen Anwaltschaft zur Herbeiführung der Freizügigkeit der Rechtsanwaltschaft getroffene Vereinbarung, die im Zuge der Verreichlichung der deutschen Justiz liegt, bringt eine Vereinheitlichung der Voraussetzungen für die erste und zweite juristische Prüfung, während die Länder das Recht behalten haben, die Bestimmungen über die Prüfungen selbst auch in Zukunft zu treffen. Die wichtigsten Vorschriften sind die, daß sowohl das juristische Studium als auch der Vorbereitungsdienst für den höheren Justizdienst und den höheren Verwaltungsdienst dreiundeinhalb Jahre dauern muß. Für einen großen Teil der deutschen Beamten, die, wie z. B. Preußen und die Hansestädte bisher ein juristisches Studium von nur drei Jahren haben, besteht hiernach die Verpflichtung, die Dauer des Studiums als auch evtl. die Dauer des juristischen Vorbereitungsdienstes je um ein halbes Jahr zu verlängern.

Bremen hat bereits im Dezember 1930 die einschlägige Aenderung seines Gesetzes getroffen, Lübeck durch ein Gesetz von 11. März 1931. Nunmehr hat auch der hamburgische Senat der Bürgerschaft eine Vorlage zugehen lassen, die das hamburgische Gesetz in Einklang mit der Vereinbarung der Länder bringt.

Durch eine Uebergangsbestimmung wird angeordnet, daß Studierende, die beim Inkrafttreten des Gesetzes schon das vierte Semester begonnen haben und Referendare, die zur gleichen Zeit mindestens 18 Monate im Vorbereitungsdienst beschäftigt worden sind, nach den bisherigen Vorschriften zur Prüfung zugelassen werden sollen. Bemerkenswert ist, daß in den Hansestädten die Vorbildung zum höheren Verwaltungsdienst von jeher die gleiche gewesen ist, wie die Vorbildung zum höheren Justizdienst, so daß die nach der gleichen Richtung gehende Neuerung der Vereinbarung, die vor allem für Preußen von Bedeutung ist, für die Hansestädte keine Gesetzesänderung notwendig macht.

Staatspolitischer Abend des Berliner Anwalt-Vereins. Staatssekretär Prof. Popitz spricht am 30. April, abends 8 Uhr, im Flugverbandhaus, Blumeshof 17, über die Finanzgesetzgebung des Jahres 1930 und ihre staats- und finanzpolitische Bedeutung.

Deutscher Internationaler Anwalt-Verband, Berlin. Freitag, 24. April, abends 8½ Uhr, Schadowstraße 6-7, RA. Dr. Erich Simon über: „Organisation und Berufsethik der spanischen Anwaltschaft."

FINANZ- UND HANDELSBLATT DER VOSSISCHEN ZEITUNG

BEILAGE ZU NR. 190 • MORGEN — VERANTWORTLICH: DR. HANS BUSCHMANN, BERLIN — DONNERSTAG, 23. APRIL 1931

Wir notieren:

Von zwei Sachverständigen sind gestern für das nun schon seit Wochen herrschende Erdölfieber wichtige Diagnosen gestellt worden. Einmal hat der Vorsitzende des Salzdetfurth-Kali-Konzerns Dr. Solmssen sich eingehend mit der Betätigung der Kali-Industrie in der Petroleumwirtschaft beschäftigt.

Bei uneingeschränkter Anerkennung des volkswirtschaftlichen Wertes wies er mit Nachdruck auf die Frage der Wirtschaftlichkeit der heimischen Erdölgewinnung hin. Zu sehr haben sich vielleicht in letzter Zeit die Illusionisten von dem Erfolg einiger Bohrungen, von der Menge der vorhandenen Lager über diesen Punkt hinwegtäuschen lassen. Es ist richtig, daß die Schwierigkeiten einer vernünftigen Petroleumwirtschaft nicht nur beim Bohren und Raffinieren zu suchen sind, sondern in der Hauptsache erst beim Absatz beginnen. Grade hier aber zeigen die unzähligen Absatzstellen und der fortgesetzte Preiskampf den heftigen Wettbewerb, in den sich die deutschen Erdölproduzenten einschalten müssen, wenn sie mit verstärkter Produktion hervortreten. Die Ueberkapazität der Welt, die unlängst in Amerika zu scharfen Drosselungen geführt und ein Sinken der Verkaufspreise bewirkt hat, zeigt die Grenzen aller Rentabilitätsberechnungen. Man kann es daher verstehen, wenn der Salzdetfurth-Konzern, gewitzigt durch die Erfahrungen der mit ihm befreundeten Deutschen Petroleum-AG., auf weitere kostspielige Oel-Engagements verzichten und seine Mittel lieber seinen ursprünglichen kaliwirtschaftlichen Aufgaben vorbehalten will.

Diese reservierte Oeldiagnose ist nicht allein geblieben. Die mit großen Hoffnungen von einem Teil der westdeutschen Montanindustrie ins Leben gerufene AG. für Steinkohleverflüssigung und Steinkohleveredelung in Duisburg muß resigniert feststellen, daß sie fast ihr ganzes Kapital verloren und sich zur Stillegung ihrer Versuchsanlagen veranlaßt gesehen hat. Ihre Verfahren haben sich zwar als chemisch und technisch durchführbar, aber gleichzeitig als unwirtschaftlich erwiesen. Auch hier haben nüchterne, materielle Ursachen ein großes Projekt zum vorläufigen Scheitern verurteilt. Ein Beweis mehr, daß bei allen wirtschaftlichen Problemen, mögen sie noch so verlockend erscheinen, nie der Boden der realen Möglichkeiten verlassen werden darf.

*

Ein typisch amerikanischer Vorgang: In Washington fand eine Sitzung des Federal Farm Board statt, in der man sich mit der Stützung der Weizenpreise beschäftigte, nachdem der Board selbst für amerikanische Verhältnisse riesige Mengen aufgestapelt hatte. Unmittelbar nach Schluß der Sitzung wurde das Gerücht verbreitet: Das Farm Board hat beschlossen, sich seiner Weizenbestände zu entledigen, sie zu „Bestens-Preisen" nach Europa zu verkaufen. Innerhalb weniger Stunden umkreiste das Gerücht den Erdball.

Die Berliner Börse ist desinteressiert. Unübersteigbare Zollmauern sichern Deutschland vor einer Ueberflutung mit Dumping-Getreide. Aber in Liverpool schlug die Meldung wie eine Bombe ein. Trotzdem regte sich sofort eine berechtigte Skepsis. Nach abermals wenigen Stunden trifft denn auch aus Washington das Dementi ein. Der Präsident der „Grain Stabilisation Corporation" erklärt: Nichts an den Gerüchten ist wahr. Man hat sich überhaupt mit dem Problem des Verkaufs nicht beschäftigt, geschweige denn derart einschneidende Beschlüsse gefaßt.

Wer kann die Verbreitung der unwahren Gerüchte veranlaßt haben? Nur eine Gruppe von Spekulanten, die à la baisse engagiert war, durfte hoffen, aus der so geschaffenen Lage Vorteil zu ziehen. Man kann sogar annehmen, daß die ihr zur Durchführung der beabsichtigten Transaktionen zur Verfügung stehende kurze Zeitspanne ausgereicht hat. Denn mit einem sofortigen Dementi mußte von vornherein gerechnet werden. So arbeitet die Unterwelt der New-Yorker Börse zur großen Gefahr Europas.

*

Ueber das Kapitel „Versicherungspublizität" könnte man schreiben: „Oft gefordert, doch nie erreicht". Man kann sich selbstverständlich damit abfinden, wenn Versicherungsgesellschaften aus Konkurrenzgründen sich nicht in ihre Karten sehen lassen wollen. Man kann auch begreifen, daß der Wille zur Publizität nur langsam wächst. Insbesondere gibt es gute, alte und wohlhabende Gesellschaften, die wirklich glauben, sie brauchten die Oeffentlichkeit nicht. Aber diese Auffassung ist im Zeitalter weitgehender Verschachtelung nicht zu billigen. Das gilt auch von der Colonia Kölnische Feuer- und Kölnische Unfallversicherung. Während sie in ihrem Geschäftsbericht den Interessengemeinschaftsvertrag mit der „National" Stettin und den Aktienaustausch zwar erwähnt, läßt sie die von uns schon früher gestellte Frage nach dem wirtschaftlichen Zweck und den Umfang des Aktientausches nach wie vor unbeantwortet.

Die Gesellschaft hat ferner im vergangenen Jahre den in Not geratenen Versicherungsstand der zur Stettmund-Gruppe gehörigen Brandenburger Allgemeine Versicherungs A. G. übernommen. Wenn sie nun in ihrem Bericht auch sagt, daß dieser Bestand „wesentlich" dazu beigetragen habe, den stärkeren Versicherungsabgang auszugleichen, so vermißt man auch hier wieder genauere Zahlenangaben. Das gilt übrigens nicht nur von der Colonia. Auch andere Gesellschaften hüllen sich über die Entwicklung übernommener Bestände in Schweigen, und doch wäre das für die Untersuchung früherer Versicherungsinsolvenzen nicht ohne Bedeutung. Endlich aber sollte die Gesellschaft — und das ist nach den jüngsten Erfahrungen besonders notwendig — ihre Beteiligungen genauer offenbaren, als es in dem Geschäftsbericht geschieht, der nur eine einzige nennt.

Wenn man auch im Interesse des Auslandsgeschäfts gewisse Grenzen für zulässig ansehen muß, so ist die Veröffentlichung der deutschen Beteiligungen einschließlich der mit ihnen eingegangenen Risiken (Kapitaleinzahlung) dringend notwendig.

Rekordabsatz des Zündholz-Trusts

Kreugers neue Monopole

Die schwedische Zündholz-A.-G. (Svenska Tändstik), die wichtigste Produktions-Gesellschaft des Kreuger-Konzerns, konnte ihren Gewinn von 64,2 auf 74,8 Mill. Kr. erhöhen. Der Mehrgewinn wird jedoch zur Stärkung des Vortrags auf 47,8 Mill. verwandt, wahrscheinlich mit Rücksicht darauf, daß im laufenden Jahr das Kapital um 90 auf 360 Mill. erhöht und außerdem eine Obligationenanleihe von 60 Mill. Kr. abgeschlossen worden ist. Die Dividende wird wieder auf 15 pCt. festgesetzt, wovon 5 pCt. bereits ausgeschüttet sind. In der zweiten Hälfte des laufenden Jahres soll wieder eine Vorauszahlung von 5 pCt. erfolgen.

Der Gesamtabsatz hat die höchste Ziffer seit Bestehen der Gesellschaft erreicht. Allein in British-Indien wurden 15 pCt. mehr abgesetzt. Die russische Konkurrenz war im letzten Jahr weniger spürbar, da sich die Zündholzausfuhr der Sowjet Union um 40 pCt. verringert hat. Die Zollerhöhungen in Amerika, Australien, China und Aegypten haben zwar den Export der Gesellschaft weiter beeinträchtigt, sind aber dafür den eigenen Produktionsstätten des Konzerns in diesen Ländern zugute gekommen. Neue Monopolverträge wurden abgeschlossen mit Deutschland, Danzig, Litauen, der Türkei und Guatemala sowie im Anschluß an das frühere Abkommen mit Polen.

In Verbindung mit diesen Monopolen wurden den betreffenden Staaten Anleihen im Nominalbetrage von 176,5 Mill. Doll. (davon 125 Mill. für Deutschland) gewährt und an Danzig außerdem eine Barzahlung von 1 Mill. Gulden geleistet. Von der deutschen Anleihe werden die restlichen 75 Mill. Doll. Ende Mai d. J. fällig, von der polnischen ein Drittel 1932 und der Rest 1933. Zur Finanzierung dieser Transaktionen sowie zum weiteren Ausbau der Organisation soll der Erlös der neuen Aktien und Schuldverschreibungen dienen. Die Gesamtaktiven haben sich von 645 auf 691 Mill. Kr. erhöht.

Da die Beschaffung weiteren Eigenkapitals erst durch die im neuen Jahr durchgeführte Kapitalserhöhung bzw. Obligationenausgabe möglich war, erfolgte die Uebernahme der auf die Svenska entfallenden Tranchen der verschiedenen Kreugerschen Finanztransaktionen des letzten Jahres und die Finanzierung des größeren Gesamtabsatzes offenbar zunächst im wesentlichen durch Aufnahme neuer Kredite. Verschiedene Kreditoren stiegen demzufolge von 86,79 auf 123,86 Mill. Kr. Gleichzeitig verminderten sich auf der anderen Seite die Barmittel leicht auf 29,84 (31,52) Mill. Kr., während Obligationen jetzt mit 132,46 (113,00) und Kapitalanlagen im Ausland mit 128,81 (124,53) Mill. Kr. ausgewiesen werden. Die verschiedenen Debitoren stiegen ebenfalls beträchtlich auf 99,51 (76,78) Mill. Kr. Beteiligungen erscheinen dagegen fast unverändert mit 297,58 Mill. Kr.

Holzindustrie in der Krise

Die krisenhafte Lage auf dem Holzmarkt spiegelt sich in der Geschäftsentwicklung der Berliner Holzkontor A.G. wider. Bei 4 Mill. RM Kapital hat diese Gesellschaft 1930 einen Verlust von 0,83 (i. V. Gewinn von 0,12) Mill. RM zu verzeichnen, der sich durch den Vorjahrsvortrag von 0,1 Mill. RM vermindert. Nach Heranziehung der Reservefonds von 0,56 Mill. RM verbleibt ein Verlust von 0,175 Mill. RM, der vorgetragen werden soll. Er wäre noch höher, wenn nicht der Verkauf eines Berliner Wohnhauses einen Buchgewinn von rund 45 000 RM gebracht hätte. Infolge geringerer Zinslasten sanken Handlungsunkosten auf 0,42 (0,62) Mill. RM. Ordentliche Abschreibungen werden mit rund 90 000 RM (i. V. 0,11 Mill. RM) vorgenommen, außerdem wurden Abschreibungen auf dem Forsten- und Warenkonto von 0,37 Mill. RM nötig. Dieses verminderte sich infolge effektiver Verringerung darüber hinaus auf 2,55 (3,58) Mill. RM.

In den Ziffern der Betriebskonten wird die Schrumpfung des Geschäfts — der Umsatz sank auf etwa zwei Drittel des vorjährigen — deutlich. Der Wechselbestand ist mit 0,21 (0,67) Mill. RM mehr als gedrittelt, die Debitoren mit 1,4 (2,67) Mill. RM fast halbiert. Der Kassenbestand konnte auf 0,2 (0,1) Mill. RM aufgefüllt werden. Demgegenüber erscheinen auch Akzepte mit 0,48 (0,83) Mill. RM und Kreditoren mit 1,46 (2,98) Mill. RM jeweils etwa halbiert, und Passiv-Hypotheken mit 0,36 (0,397) Mill. RM. Im ganzen zeigt die finanzielle Lage also eine Erleichterung.

Nach dem Bericht führten Zusammenbrüche bei den Kunden zur Zurückhaltung in der Kreditgewährung. Kundschaftsausfälle betragen daher nicht einmal ein halbes Prozent des Gesamtumsatzes. Die Schwellenproduktion litt unter mangelnder Auftragserteilung der Reichsbahn. Unverkauft gebliebenes Material konnte nur zu Verlustpreisen untergebracht werden. Am ungünstigsten haben die Sägewerke und Berliner Betriebe gearbeitet. Ihr Umfang soll bedeutend eingeschränkt werden. Die Danziger Exportabteilung konnte ohne Verlust bilanzieren.

Der Preisrückgang scheine inzwischen zum Stillstand gekommen zu sein. Der notwendigen Auffüllung der Läger stehe eine stark eingeschränkte Produktion gegenüber. Die vorläufig noch bestehende Einfuhrsperre für Schnittholz aus Polen könne der Befestigung der Lage auf dem Holzmarkt nur günstig sein.

Neue Lübecker Anleihe

Der lübische Senat beantragt, wie uns aus Lübeck gemeldet wird, bei der Bürgerschaft die Genehmigung der Aufnahme einer neuen Anleihe bis zur Höhe von 10 Millionen RM und weiter die Uebernahme der Bürgschaft für die Kommunalobligationen der Lübecker Hypothekenbank AG. bis zum Höchstbetrage von 10 Millionen M.

●

Allgemeine Lokalbahn 10 pCt. Der Aufsichtsrat der Allgemeinen Lokalbahn und Kraftwerke AG., Berlin, hat beschlossen, für 1930 eine Dividende von 10 pCt. (i. V. 12 pCt.) vorzuschlagen.

Chemische Milch wieder 5 pCt. Der Aufsichtsrat der AG. der chemischen Produkten-Fabriken Pommerensdorf-Milch, Stettin, beschloß die Ausschüttung einer Dividende von wieder 5 pCt. vorzuschlagen.

Leichter Gewinnrückgang Babcock & Wilcox. Die englische Babcock & Wilcox Gesellschaft erzielte, wie der „Vossischen Zeitung" aus London gedrahtet wird, 1930 einen Reinertrag in Höhe von 609 300 Pfund gegen 674 300 Pfund im vergangenen Jahr und verteilt auf das 4,3 Millionen Pfund betragende Stammkapital 14 pCt. Dividende gegen 15 pCt. i. V.

Englischer Goldkauf. Die Bank von England erwarb, wie uns aus London gedrahtet wird, einen Posten von 500 000 Pfd. Gold in Sovereigns und 25 300 Pfd. Gold in Barren aus dem Ausland, wogegen 100 000 Pfd. Gold in Sovereigns für ausländische Rechnung, und weitere 5000 Pfd. in Sovereigns abgegeben wurden.

Die Konkurrenz der Konkursläger. Die G.-V. der Tränkner u. Würkner Nachf., AG., Leipzig (Blumenstein-Konzern), stimmte, wie uns aus Leipzig gedrahtet wird, dem Vortrag des für 1930 ausgewiesenen Gesamtverlustes von 0,34 Mill. RM zu. Mit einem längeren Bestand der saisonmäßig eingetretenen Geschäftsbelebung wagt man noch nicht zu rechnen, schon deshalb nicht, weil immer wieder umfangreiche Konkursläger zu niedrigen Preisen auf den Markt kommen.

Deutsche Effekten- und Wechselbank bestätigt Aktienemissionsplan. Die Bank bestätigt nunmehr offiziell, daß nach Beschluß der Aufsichtsrate der am 19. Mai tagenden G.-V. für 1930 eine Dividende von 5 (i. V. 7) pCt. vorgeschlagen wird. Der Reingewinn beträgt 0,99 (1,57) Mill. RM. Ferner soll, wie angekündigt, versucht werden, von dem Aktienkapital von 15 Mill. RM einen Teilbetrag bis zu 3 Mill. RM zu den jeweiligen Börsenkursen, sofern sie der Bank günstig erscheinen, zurückzukaufen. 1,13 Mill. Reichsmark hat das Institut bereits im Besitz.

Ein gutes Versicherungsjahr

Ver. Berlinische erhöht Versicherten-Dividende

Die Vereinigte Berlinische und Preußische Lebens-Versicherungs-AG. weist bei einem Neuzugang von 72 Mill. RM Versicherungssumme und einem Gesamtbestand an Kapitalversicherungen von 516 Mill. RM Versicherungssumme einen Betriebsüberschuß von 5,4 Mill. RM (i. V. 5,37) aus. Es wird vorgeschlagen, nach Ueberweisung eines Betrages von 4,9 (i. V. 4,86) Mill RM an die Gewinnrücklage der Versicherungsnehmer eine Dividende von 15 pCt. (wie im Vorjahre) an die Aktionäre auszuschütten.

Die Prämieneinnahme ist von 25,2 auf 26,7 Mill. RM, die Einnahme an Zinsen und Mieten von 3,8 auf 5,1 Mill. RM gestiegen. Der Hypothekenbestand beträgt 50,8 Mill. RM (i. V. 41,3), die Prämienreserve und Prämienüberträge 61,2 (i. V. 47,9) Mill. RM, die Gewinnrücklage der Versicherungsnehmer 22,2 (i. V. 17,8) Mill. RM.

Die günstige Entwicklung der Gewinnrücklage ermöglicht eine Erhöhung der Versichertendividende; dandach erhalten die Versicherten in den Hauptgewinnplänen im Jahre 1932 folgende Gewinnsätze: Gewinnplan A 44 pCt. der gewinnberechtigten Jahresprämie (i. V. 43 pCt.), Gewinnplan E 3,9 pCt. der gewinnberechtigten Prämiensumme (i. V. 3,7 pCt.). Für den neueingeführten Tarif C wird 1932 ein Gewinnsatz von 27 pCt. der gewinnberechtigten Jahresprämie verteilt.

Verdoppelter Thuringia-Reingewinn

Der Aufsichtsrat der Versicherungsgesellschaft Thuringia, Erfurt, beschloß die Verteilung eines Gewinnanteiles von 60 RM für die 1000-RM-Aktie bzw. von 6 RM für die 100-RM-Aktie (wie im Vorjahr) vorzuschlagen (das bedeutet wieder eine 24prozentige Verzinsung). Ferner werden 90 000 RM zur Erhöhung der Einzahlung auf das Aktienkapital verwandt. 1930 wurde ein Reingewinn von 1,15 (0,72) Mill. RM erzielt, aus dem 200 000 RM an die Sonderrücklage überwiesen werden. Der Rest von 184 029 (120 888) RM wird vorgetragen.

Frankfurter Abendbörse

Knapp behauptet

An der Abendbörse begann das Geschäft nur langsam, die Kurse waren auf dem ermäßigten Stand der Mittags-Nachbörse nur knapp gehalten.

Amtlich eröffneten: Barmer Bankverein 102 (Berliner Schlußkurs 102), Commerzbank 118½ (118⅝), Darmstädter Bank 137¾ (137), Dresdner Bank 107¼ (107⅝), Akn 86¼ (87¾), AEG, 108½ (109¼), Bemberg 98½ (99⅝), Licht u. Kraft 124½ (125), Farben 148 (148⅝), Metallgesellschaft 74¼ (Kasse: 75).

Kuliose: Handelsgesellschaft 123½ (123¾), Deutsche Bank 108 (107¾), Reichsbank 167 (167), Hapag 64 (64), Lloyd 65½ (65½), Buderus 55 (54¾), Deutsche Erdöl 74 (73¾), Linoleum 94½ (94½), Gelsenkirchener 81½ (81½), Gesfürel 127 (127¾), Harpener 71 (70), Reichsbahn 101½ (101⅝) Aschersleben 166 (166½), Westeregeln 169¼ (168¾), Mannesmann 76¼ (76¾), Phönix 62 (62¼), Rheinstahl 82¾ (82½), Stahlverein 57½ (57¼), Schuckert 140 (141⅛), Siemens 176¼ (176½), Waldhof 101 (101).

Im Verlauf kaum verändert. Das Geschäft nahm keinen wesentlichen Umfang an; Kurse etwa auf Anfangsstand.

Sehluß kurse: Neubesitz 82 (85¾), Altbesitz 58,1 (58,1), 4proz. Silbermexikaner 8,05, II. Serie Bagdad 4,40 (4,40), Bayerische Hypothekenbank 130 (130¼), Handelsgesellschaft 123¼ (123½), Reichsbank 168 (167), Verkehrswesen 68 (68), Hapag 63¾ (64), Lloyd 65¼ (65½), AEG, 108½ (109¼), Buderus 55 (54¾), Chade 283 (284), Daimler 32 (32¼), Deutsche Linoleum 95½ (94½), Farben 148¼ (148⅝), Felten 89 (88¾), Goldschmidt 49¼ (Kassa: 50), Gesfürel 127 (127¾), Holzmann 101½ (101⅝), Aschersleben 165¼ (166½), Salzdetfurth 252 (252), Westeregeln 169½ (168¾), Lahmeyer 130½ (Kassa 129½), Metallgesellschaft 74 (Kasse 75), Phönix 62 (62¼), Rheinstahl 83 (82½), Rütgerswerke 55½ (55⅞), Siemens 176 (176½), Leonh. Tietz 116 (116), Zellstoff Aschaffenburg 81½ (Kasse 83).

Berliner Nachbörse

Kunstseide gedrückt

Nachbörslich traten keine wesentlichen Veränderungen mehr ein mit Ausnahme der Kunstseidenwerte. Hier zeigte sich einiges Angebot, so daß die Kurse um etwa ½ pCt. nachgaben. Bemberg 99¼ (99), Aku 86¾ (87¾). AEG. mit 109½ (109½) etwas befestigt, Siemens mit 176½ (176¼) unverändert, Farben mit 148⅛ (147¾) kaum nennenswert verändert. Kaliwerte unfig. Salzdetfurth 252 (253¾), Westeregeln 168½ (166½), Aschersleben 166½ (163¼). Von Nebenwerten blieben Conti Gummi bei 122½ (121) und Maschinenbau Untern. bei 45½ (45) gefragt. Hamburg-Süd auf 114¼ (115) nachgebend. Karstadt 59¼ (58½), Reichsbank 167 (168¾), Danatbank 137 (138).

Ausländische Fondsbörsen

AMSTERDAM, 22. APRIL. (Effekten-Schlußkurse.)

	22. 4.	21. 4.
Staats- u. Stadtanleih.		
6% Nederland 1932	102 50	102.50
4½ % do. 1937	96 —	96 —
7% Dt. Rijksl 49(Dawes.)	101⅞	101 00
5½% do. 65 (Young)	76 ¾	76 ¾
7% Brunos 1935 . .	98⅛	98⅛
6% Trentlon Obl. 1962	81 00	80 50
7% Dresden Obl. 1945	92 00	—
6½% Rout. Cert 1958	—	—
Bank- u. Kreditanst.		
7% D. Rt. Bk. Obl. 50	—	—
7% do. Spark. & Giro-Verband 1947	88 13	87,38
7% S. Bldr. Pfbr. 53	95,75	—
Amsterdamsche Bank	107 88	107 26
Nederld. Handel. Mj	135 13	138 60
Rotterdamsche Bank .	—	111 00
Koloniale Bank . . .	111 00	115 00
Nederl. Ind. Rdt. Bk.	112 00	113.00
Disc. Rijksbank . .	168 50	—
Industrieunternehm.		
7% A. R. B. E. D. 1951	—	106⅛
7% A. G. f. Bergbau, Blei u. Zink O. 48	80 00	—
8% C. Caoutsch. O. 50	99,00	97,75
7% do. Gummiw. A.G. Obl. 1955	—	96 00
6% Gelsenk. Goldmt. 34	95⅛	94.38
7% Mijntbl. Stahlw. Ob. on. 1951	—	85 00
7% Rhein-Elbe Un. Obl. m. 1946	92 25	92.00
7% Siemens & Halske Obl. 1935	102.00	103 25
7% Ver. Stahlw. O. 51	95⅛	96⅛
Algemeene Kunstzijde	84 75	90 50
van Berkels Patent	49 00	50 00
Calve Delft. Certif.	104 00	103.50
Holl. Kunstzijde Ind.	70 00	—
Intern. Viscose . . .	19 38	20 00
Küchenm. I. Mij. v. A. do. Int. Uitrapdm	69 50	73 75
Philips, ecm. Bep.	71 00	77.75
N. V. Unilever. Certif	201 88	216 75
Nordd. Wollkämmerei	184 25	196 75
Wintershall A. G. . .	177 00	127 87
Amerik. Bemb. Cv. Cert.	6.75	7 00
do. B. Cert.	6.75	7.00
do. Pref. Cert.	—	—

Tendenz: Fläu.

BRÜSSEL, 22. APRIL. (Effekten-Schlußkurse.)

	22. 4.	21. 4.
Empr. consolidé 1921	103 70	—
Kilo Motor Aktien	200.00	207 00
Banque de Bruxelles	765	770
Banque Nationale	3075	3100
Soc. Générale P. R.	6700	6750
Ch de Fer Leleg. priv. 6%	673 50	5 30
Sofina ord.	183 00	186 00
Sofinette	363 00	372 00
Electr. de Rosario narte	1455	1455
Gaz Elec. du Hainaut Jouissance	1270	1250
Cuivril	15.5	1550

*) per Termin.

LONDON, 22. APRIL. (Effekten-Schlußkurse.)

	22. 4.	21. 4.
2½% Consols	38 ⅞	37 ⅞
War Loan	86⅛	104⅛
4% Argent. 97	80 00	81 00
3½% Bremen Anl. 1906-09	50 50	50 50
4% Brazil. 89	38 00	37 75
5% Chil. 1911	80 00	84 00
5% do. 1926	91 50	91 5
4% Chinesen 95	101 00	101 00
4½% do. 1898	88 50	88 50
6% do. 1896 (German)	100 00	100 00
5% Chinese Reorg.	68.75	68.50
4% Egyptian	77.00	77 00
7% Germ. L.	101.50	101 50
6% State of Hamb. 1. 26	89.50	88.50
Köln. Stert. L.	83.00	84.00
5½ D. Reichsanl (Young)	78.75	78 7
4% Japan 99	79.75	80 00
5% Mex. L. 99	13 00	13.00
5% Russian 06	1.00	1.50
4% Türk Dmlr.	9 50	9.50
Great West.	57 50	57 50
London Midl.	21.25	21.25

	22. 4.	21. 4.
Ungrée Marihaye	31600	3175
Sauvere et Moelle ord.	3500	3510
Union Chimique	100 00	100 00
Union Minn. priv. *)	3885	3870
Wagons Lits ord. *)	415 00	417 00
Chade	118 75	119 00
Arbed	505	505
Sidro priv.	980	990
do. ordinar	950	960
Mexican Tramway	349 00	352 00
Prince Henri	1650	1660
Buenos Aires ccp.	194 00	195 00
Buenos Ayres div.	172.00	174.00

Amerikanischer Funkdienst

Wallstreet sehr schwach

NEW YORK, 22. APRIL

Auch heute stand Wallstreet im Zeichen weiter rückläufiger Kurse. Bereits zu Beginn des Verkehrs mußten sich erst auf der ganzen Linie Verluste von 1 bis 3 Dollar festzustellen. Die ziemlich ungünstigen Wochenberichte der Stahlfachpresse lösten neue Angriffe der Baissiers aus. Besonders Elektroaktien, Industrieaktien und Public Utilities hatten stärker zu leiden. Atlantic Coast Line büßten 6 Dollar ein, U. S. Steels gingen zeitweilig zu einem Kurse von 126⅛ um. Gegen Mittag zeigten sich hier und da Ansätze einer Erholung; es ergaben sich auf Deckungskäufe hin kleine Besserungen um 1 bis 3 Dollar. Bald nahm die Abwärtsbewegung jedoch ihren Fortgang. Den Attacken der Baissepartei stand fast gar kein Kaufinteresse gegenüber, doch blieben sie als die Schwankungen trotzdem in mäßigen Grenzen. Allerdings ließ es sich nicht verneinen, daß mehrere Papiere neue Tiefstkurse erreichten. Eisenbahnen blieben weiter schwach vorwiegend, obgleich die Berichte Gutes enthielt wurden denen zufolge die zuständigen Stellen der Eisenbahngesellschaften mit den Führern der Arbeiter-Union Besprechungen wegen einer Lohnkürzung gepflogen hätten.

In der letzten Börsenstunde hielten sich General Motors, die im allgemeinen kräftig gestützt zu werden pflegen, 2 Dollar ein. Zahlreiche andere führende Werte lagen 2 bis 3 Dollar niedriger. Die Börse schloß in sehr schwacher Haltung.

Am Bondsmarkt hatte die Schließung der Sparkasse von Neusüdwales für die Zeit der Fusionsverhandlungen zwischen der Sparkasse und der Bank des Australischen Bundes ein Nachgeben der australischen Papiere um 1 bis 5 Punkte zur Folge (siehe besondere Notiz).

Effekten-Schlußkurse

	22. 4.	21. 4.
Amerik. Eisenbahnakt.		
Atch., Topeka & St. Fe	166.00	167.50
Baltimore & Ohio	55.00	56.63
Canadian Pacific*)	38.00	37.13
Chesapeake & Ohio*)	58.75	59.13
Chic., Milwauk. & St.P.	8 13	8.50
Chic., Rock Isl. & Pac	53.00	53.50
Erie com.	24.75	24.50
Great Northern pref.	68.25	68.00
Missouri Pacific pref.	71.25	71.13
New York Central	99.50	101.00
Northern Pacific	46.50	46.50
Pennsylvania	54.50	55.00
St. Louis & St. Francisco	21.50	22.50
Southern Pacific	69.50	69.13
Southern Railway com.	36.25	37.00
Union Pacific	161.00	162.00
Amerik. Industrieakt.		
Allied Chemical	131.50	136.00
American Can.	115.25	116.25
American Smelting	41.75	42.00
American Steel Foundr.	34.00	34.50
Americ. Tel. & Telegr.	1.450	125.50
American Tobacco	127.25	128.00
Anaconda Cop. Min.	29.75	30.00
Bethlehem Steel Corp.	46.50	48.00
Chile Copper	25.00	26.00
Chrysler	18.63	19.88
Columbia Gas u. El.	32.00	33.50
Consolidated Gas	13.88	14.25
Du Pont de Nemour	84.50	87.63
Eastman Kodak	134.25	136.00
General Electric	42.00	43.50
General Motors (81.103)	43.75	45.00
Gillette Safety Razor	29.75	30.00
Good Year	40.13	40.00
International Harvest.	37.75	38.88
Internat. Match. pref.	60.75	61.00
Internat. Nickel	18.25	18.00
Lehman Corporation	145.00	—
Nash Motors	31.25	33.25
North American Co.	68.25	69.38
Radio Corporation	17.63	19.13
Royal Dutch	50.00	51.00
Sears Roebuck & Co.	49.75	49.75
Standard Oil	37.75	38.88
U. S. Rubber	14.75	16.50
U. S. Steel Corp. com.	126.50	127.50
Woolworth	60.50	61.50
Disch. Industrieaktien		
Karstadt	5.50	5.63
Norddeutscher Lloyd	30.00	30.00
Rhein.-Westf. El.-W.	31.00	31.00
Ausl. Industrie-Aktien		
Kreuger & Toll (20 schwed. Kronen)	13.88	24.50
Sofina	8.00	8.50
Amerik. Obligationen		
3½% U.S.A. Liberty B	—	101 ⅛
4% St. Louis S. Francisco	75.00	75.00
5½% J. G. Chemical	100.00	100.00

*) Neue Aktien

	22. 4.	21. 4.
Ausl. Industrie-Obligat.		
5% Kreuger & Toll. 1959 (Schwedische Kronenstücke)	93.50	95.50
Disch. Industrie-Werte		
6½% Berl. Städtc-E.-W	83 88	83 88
3½% Commerzbank 37	86.00	86.75
6½% El. Hoch- u. U.-B.	84.00	83.50
6% A. E. G. 1948	—	89.00
7% dito 1945	100.50	100.00
7% Disch. Atl. Telegr.	96.00	96.00
6% Deutsche Bank u. Diskontoges. 1932	100.13	100.00
6% Dr. Landesbkn. Serr. B	93.25	93.50
7% Rentenb.-Kred.-A	90.13	90.25
6% do. Serie II	88.00	88.00
6% Gesfürel 123 o. Opt.	—	84.00
7% Hamb. A.-W. 1935	—	100.75
6½% Hapag 1940	94.00	94.00
6% Hesder Hütte 1948	84 88	84.00
7% Mannesm. 1951	85.00	85.88
6% Nordd. Lloyd 1947	85.00	85.88
6% Gelsenkirchen 1934	91.75	91.50
7% Rhs.-Elbe-U. o. O. 46	77.63	77.63
7% Rhein.-Main-Donau	84.50	86.00
6% Rhein.-W. El. W. 26	100.25	100.88
7% do. 50	95.00	96.00
6% do. m. Opt. 53	91.00	91.00
7% Sächs. Werke 1945	100.00	100.50
6½% Siem.-Halske 51	65.00	66.00
6% do. Deb. 2930	83.00	84.13
6% Siemens-Aug. 1953	95.00	96.00
7½% Leonh. Tietz 1934	—	91.13
6% Ver. El.-W. Westf.	77.63	77.63
6% Ilh.-W. Wasserw. 53	82.00	82.00
6½% V. Stahlb. A. o. O. 51	79.00	79.00
6% Wlag 1945	70.88	71.00
6% Karstadt-Oblig. 1943		
Ausländische Anleihen		
6½% Bayer. St.-Anl. 45	87 00	87.00
7% Belg. Stab. Anl. 55	114.25	114.13
7% do.	106.00	105.50
6½% Berl. Stadtanl. 50	86.50	86.63
7% Brem. Staats-Anl. 25	84.38	84.50
6% Spar- u. Girov. 27	80.00	80.63
7% do. 47	88.25	89.50
7% Deutsche Reparat.-Anl. (Dawes-Anl. 49)	105.00	104.50
7% Dresd. Stadtanl. 45	—	—
6% Hamb. Staatsanl. 46	89.75	90.00
6½% Köln. Stadtanl. 50	87.25	87.50
7% Leipz. Stadtanl. 47	—	91.00
7% Mex. Aust.-Anl. 45	9.50	11.25
4½% Mex. Irrigat. 43	7.88	7.88
4% Mex. Goldanl. 1954	7.88	7.88
7% Münch. Anl. 1941	87.00	87.00
6% Preußen Anl. 1943 (Völkerb.-Anl.)	107.00	106.75
6½% Preuß Staatsanl. 5. do. 52	86.00	85.63
6% Stadt Wien 1952	89.13	90.38
5½ D. Reichsanl. (Young)	87.75	88.00
	80.00	80.75
Aktienumsatz	270.000	290.000

	22. 4.	21. 4.
PARIS, 22. APRIL. (Effekten-Schlußkurse.)		
3% frz. Rente	89.35	89.45
4% 1917	104.20	104.00
5% 20 Amort.	136.70	136.70
6% 1920	105.55	105.25
4% 27 Amort.	103.60	103.70
B. de France	178.75	179.20
B. Nat. Crédit	12.72	12.80
B. Paris Pays Bas	2255	2280
Comp. Algér.	1860	1860
Compt. Nat. d'Esc. Paris	1620	1630
Crédit Foncr.	5100	5150
Crédl. Lyonn.	2480	2500
Crédl. Mobil. Français	685	680
Soc. Générale	1470	1480
Suez	146 25	147 00
Est	—	—
Lyon	1565	1575
Midi	1182	1182
Nord	2150	2140
Orléans	3240	3250
Métropolit.	1353	1327
Electricité (Cie. Gén.)	2700	2725

	22. 4.	21. 4.
Kuhlmann	1630	1630
Lin. Gaz.	1 5	1 5
Transatlant.	453	473
Air Liquide	944	941
Charbonn. Réun.	—	—
Prod. Chim. Ferblanc	—	—
Serben	—	—
4% 1889	118.00	118.00
Türken Unif.	46.00	46.00
Bang. Ottom.	740	758
Wagons Lits	304.00	300.00
Rio Tinto	481	820
Energie Electrique du Nord	1740	1720
Energie Electrique du Littoral	1205	1215
Thomson Houston	3.95	3.85
Ciamond	56.75	6 75
Rio Tinto (Int.)	36.02	35.02

	22. 4.	21. 4.
Energie Ind.	391.00	397.00
Lyonnaise	895	920
Industrie El. Union	950	955
Electric	1025	1030
Aciéries Micheville	1096	1125
Schneider	1685	1705
Mariinine	2470	2470
Sofr. Artif.	4495	4500
Messageries Maritimes	185.00	190.00
Deutsch. Anl. 1924	177.55	125.40
5½% Young-Anleihe	86.50	86.50
Ouest. Anl.	79.50	85.25
4½% 1909	1.75	1.80
Caoutchoucs	184.00	185.00
Hochhäs	126.50	130.00
Forrestland	184.00	185.00
Tubize	440 00	252.00
Harp. Bergb.	25.90	26.25

Devisen und Noten

AMSTERDAM, 22. APRIL.

	22. 4.	21. 4.
Berlin	59.30	59.29
London	12.10⅛	12.10
New York	249⅞	249.16
Paris	9.73	9.73
Belgien	34.62	34.61
Schweiz	47.94	47.95

	22. 4.	21. 4.
Italien	12.95	12.95
Oslo	66.62	66.62
Kopenhag.	66.62	66.62
Stockholm	66.62	66.62
Budapest	—	—

PARIS, 22. APRIL.

	22. 4.	21. 4.
London	124.28	124.30
New York	25.42	25.42
Belgien	355.75	355.15
Spanien	256.60	252.75
Italien	—	—
Schweiz	—	492.75
Kopenhag.	—	684.00
Holland	10.37½	10.27½

	22. 4.	21. 4.
Oslo	—	684.00
Stockholm	—	684.00
Helsingfors	—	71.00
Budapest	—	—
Prag	—	—
Belgrad	—	—
Warschau	—	28.70
Athen	—	—
Konstantinopel	—	—
Buen. Aires	609.25	609.25

LONDON, 22. APRIL.

	22. 4.	21. 4.
Paris	124.28	124.29
New York	486.93	486.92
Berlin	20.40¼	20.40¼

	22. 4.	21. 4.
Belgien	34.95½	34.95½
Holland	12.10½	12.09.37
Italien	92.76	92.78
Madrid	29.23	29.22
Wien	34.55	34.55

	22. 4.	21. 4.
Prag	15.37	15.37
Oslo	66.00	66.00
Kopenhagen	66.00	66.00
Stockholm	66.00	66.00
Helsingfors	6.95	6.95
Budapest	—	—
Belgrad	11.11	11.11
Madrid	63.67	63.67

KOPENHAGEN, 22. APRIL.

	22. 4.	21. 4.
London	18.16½	18.16½
New York	374.13	374.13
Berlin	1.54	89.10
Paris	—	—

	22. 4.	21. 4.
Antwerpen	52.03	52.03
Zürich	72.10	72.10
Prag	19.67	19.67
Amsterdam	150.40	150.45

	22. 4.	21. 4.
Stockholm	100.17½	100.22½
Oslo	100.66	100.66
Helsingf.	9.43	9.43
Wien	11.11	11.11
Madrid	63.67	63.67

Bank-Insolvenz in Neu-Südwales

LONDON, 22. APRIL.

Aus Canberra wird gemeldet, daß die Government Savings-Bank von Neu-Südwales, die erste Sparkasse des Bundesstaats, mit 192 Filialen und Depositen im Gesamtbetrage von 1,65 Milliarden Mk ihre Schalter geschlossen hat. Es wird als wahrscheinlich bezeichnet, daß das Institut allen Verpflichtungen wird nachkommen können. Verhandlungen zwecks Übernahme des Instituts durch die Commonwealth-Bank sind im Gange.

Die Stellung der australischen Bundesregierung ist nach der Ablehnung des Gesetzes zur Ausgabe von ungedeckten Banknoten in Höhe von 18 Milll. Pfund durch den Senat sehr schwierig geworden. Der Premierminister hat beschlossen, den Senat nochmals hierüber abstimmen zu lassen und bei übermaliger Ablehnung beide Häuser des Parlaments aufzulösen. Die Neuwahlen sollen sodann mit der Entscheidung über die politische Gestaltung des Landes (Übergang vom Bundesstaat zur Zentralregierung) auch die Entscheidung über das Finanzgesetz bringen. Inzwischen wurde dem Parlament ein Gesetzvorschlag zur Beschlußfassung über das Inlandsanleihen herrührenden Zinseinnahmen mit 18¾ pCt. vorgelegt, die einen Jahresertrag von 3,8 Milll. Pfund erbringen soll.

Stark rückgängige Erzförderung bei der Ilseder Hütte. Im ersten Viertel des laufenden Jahres ist, wie uns aus Hannover gedrahtet wird, die Erzförderung in den Gruben der Ilseder Hütte infolge der Aussperrung von 296 800 To. im letzten Viertel 1930 auf 52 730 To. zurückgegangen. Im ersten Viertel des Vorjahres betrug die Förderung das fast zehnfache, nämlich 505 650 To.

Frankreichs neue Strumpfzölle ab 1. Mai. Die Industrie- und Handelskammer Chemnitz gibt bekannt, daß die neuen französischen Zollsätze für baumwollene Strumpfwaren mit größter Wahrscheinlichkeit am 1. Mai in Kraft treten werden. Ueber die Durchführung des von der französischen Regierung für alte Artikel eingeschlagenen Übergangsverfahrens ergeht an die unmittelbar beteiligten Firmen in den nächsten Tagen besondere Anweisung.

Rund 22 pCt. Masse bei Bloch u. Joddio. Der Gläubigerversammlung der Firma Bloch u. Joddio, Berlin (Baumwollwaren engros), wurde ein Status vorgelegt, nach dem 58 068 RM Aktiven 26 370 RM Passiven gegenüberstehen. Es liegen also rund 22 pCt. in der Masse. Der Gemeinschuldner machte einen neuen Zwangsvorschlag auf Basis 30 pCt.

Die heutigen Finanzanzeigen der „Vossischen Zeitung“: Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig (Bilanz).

Schwierige Bereinigung der Miag

Höhere Liquidität

Wie bereits gemeldet, schließt die Miag Mühlenbau und Industrie AG., Braunschweig, 1930 nach Abschreibungen von 0,37 (0,86) Mill. RM und einer Sonder-Rückstellung auf gesellschaftsfremde Obligen von 1,90 Mill. RM mit einem Reingewinn von 11 659 (1,87 Mill.) RM ab. Nach dem Geschäftsbericht war der Bruttogewinn auf 12,92 (13,72), während Handlungsunkosten 7,89 (8,45), Anleihezinsen 0,75 (0,78), Steuern 0,81 (0,99) und soziale Lasten 1,46 (0,87) Mill. RM erforderten, da erstmalig nicht nur die gesetzlichen Versicherungsbeiträge, sondern die gesamten Soziallasten angewiesen werden, 0,15 Mill. RM hiervon werden aus dem Wohlfahrtsfonds gedeckt, dem dieser Betrag aus dem vorjährigen Reingewinn zugeführt wurde. Der Reingewinn soll vorgetragen werden (i. V. 10 pCt. Dividende auf 14,8 Mill. RM Stammaktien und 5 pCt. auf 0,2 Mill. RM Vorzugsaktien).

Der Umsatz war trotz Anspannung aller Kräfte um 10 pCt. geringer als im Vorjahre. Der Geschäftsgewinn wurde aber ungünstig beeinflußt durch die Abwicklung einer Anzahl von Beteiligungen und Engagements, die in keinem Zusammenhang mit dem Geschäftsbereich der Gesellschaft standen. Die Ungunst der Verhältnisse verhinderte, wie schon gemeldet, die schnelle und günstige Liquidation dieser gesellschaftsfremden Verpflichtungen. Die bei der Veräußerung der Aktien der Habermann u. Guckes-Liebold AG. erzielten ansehnlichen Buchgewinne wurden zu Rückstellungen verwandt. Ob die gesamten Rückstellungen von 2,78 Mill. RM hinreichend sind, um alle Engagements ohne weitere Verluste glattzustellen, kann noch nicht endgültig beurteilt werden. Die durch Verlegung der Verwaltung von Frankfurt nach Braunschweig erzielten bedeutenden Ersparnisse werden sich erst in Zukunft voll auswirken. Das Greffeniuswerk in Frankfurt wurde stillgelegt und die dortige Fabrikation auf die Werke Braunschweig und Dresden verteilt. Die Konzentrierung der Gesamtfabrikation für Brauerei- und Sudhaus-Anlagen in Braunschweig wird erhebliche Ersparnisse und wesentliche Vorteile in der werkstattmäßigen Herstellung bringen.

Ueber die einzelnen Geschäftszweige wird berichtet, daß die Abteilung Mühlenbau unter dem zögernden Eingang von Inlandsbestellungen litt, obgegen konnten in anderen Ländern zahlreiche Neu- und Umbauten abgeschlossen werden. Neuerdings zeigt sich eine Wiederbelebung des Mühlenbaugeschäfts auch in Deutschland. Bei der Abteilung Speicherbau hat sich der Umsatz gegenüber den Vorjahren vervielfacht. Der Umsatz der Abteilung Hartzerkleinerung konnte auf Vorjahrshöhe gehalten werden. Auch die Abteilung Holzschleiferei arbeitete mit gutem Ergebnis. Bei den übrigen Abteilungen blieben die Umsätze hinter denen des Vorjahres zurück.

Bilanz (in Mill. RM): Kundenanzahlungen 2,49 (3,26), Schulden 7,56 (7,07), anderseits Außenstände 16,45 (15,53), Wechsel 4,13 (3,12), Bankguthaben mit 1,43 (0,75) und Beteiligungen und Effekten mit 2,59 (2,99). Die Liquidität hat sich also erhöht. Eine wesentliche Verringerung zeigen Warenbestände mit 7,41 (10,84).

Schärfer kalkulieren!

Das viel umstittene und viel mißbrauchte Schlagwort von der Handelsspanne zu klären, war das Ziel einer Arbeitstagung, die gestern von der Gesellschaft von Freunden der Forschungsstelle für den Handel veranstaltet wurde. Ausgangspunkt der beiden Hauptreferate war die Feststellung, daß nicht übermäßige Gewinne, sondern übermäßige Unkosten die Differenz zwischen dem Herstellungspreis und dem Endverkaufspreis einer Ware bestimmen. Professor Dr. Julius Hirsch führte aus, daß weniger die übermäßige Zahl von Zwischengliedern der Handelskette, als die übermäßige Höhe unwirtschaftlicher Kosten im einzelnen Handelsbetrieb das Zustandekommen bildet. Rund die Hälfte des deutschen Volkseinkommens, nämlich 31 Milliarden RM. gingen 1930 über den Ladentisch des Einzelhändlers. Die Kosten der Handelstätigkeit betragen für den Einzelhandel rund 9, für den Großhandel rund 3¾ Milliarden. Während die Industrie durch Steigerung der Produktion ihre Kosten vielfach senken kann, zeigen die Kosten des Handels oft eine progressive Tendenz. Hier ist weniger der Wert der Ware, als der Aufwand für die einzelne Verkaufs-Leistung entscheidend. Zur Verbilligung des Handelsbetriebes stellt Hirsch dahin drei Forderungen auf: Vermeidung unproduktiver Konkurrenzkosten durch wirtschaftlichere Gestaltung in Warengruppierung, Auftragsgröße und Absatzgebiet, Vermeidung des Leerlaufs durch Beseitigung der Umsatzschwankungen und nicht zuletzt Senkung der Lagerkosten. Durch Erfahrungsaustausch zwischen den Privatbetrieben, durch Forschungs- und Aufklärungsarbeit innerhalb der Genossenschaften kann hier viel erreicht werden.

Professor Karl Brandt vom Institut für landwirtschaftliche Marktforschung wies darauf hin, daß neben den Lagerspesen auch die Risiken des Verderbs, des Schwundes und der ungleichmäßigen Qualität durch Standardisierung und Konzentration bekämpft werden können. Auf der anderen Seite aber sind dem Kostenabbau im Handel mit Agrarprodukten Grenzen gesetzt, da das Publikum bei steigenden Qualitätsansprüchen immer kleinere Einheiten kauft.

Das Ergebnis der lebhaften Diskussion, an der sich alle Kreise vom Produzenten bis zum Verbraucher beteiligten, faßte Geheimrat Demuth zusammen: Durch wissenschaftliche Erforschung aller Kostenelemente, durch Erziehung des Einzelhändlers zu genauer Kalkulation kann die Handelsspanne gesenkt werden, ohne das Einkommen des Handels, das heute nur 3 pCt. vom Umsatz beträgt, zu schmälern. Auf dem Gebiete der Warenverteilung ist noch nachzuholen, was auf dem Gebiete der Produktion durch die Fortschritte der Rationalisierung bereits erreicht ist.

●

Fahlberg List muß abschreiben. Bei der Saccharinfabrik vorm. Fahlberg List u. Co., die i. V. noch 7 pCt. ausschüttete, ist infolge Sonderabschreibungen auf stillgelegte Betriebe 1930 ein Gesamtverlust von 1,08 Mill. RM entstanden, zu dessen teilweiser Deckung der Reservefonds mit 1,06 Mill. RM herangezogen werden soll, während der Rest von 20 000 RM zum Vortrag auf neue Rechnung bestimmt ist. Insgesamt wurden die Abschreibungen mit 1,42 Mill. RM gegen 0,57 Mill. RM i. V. bemessen. Besonders groß war der Abschreibungsbedarf auf die Metallhütten-Anlagen.

1931: Ein gutes Feuerjahr. Die im März angefallenen Feuerschäden betragen 7,69 Mill. RM (9,63 Mill. RM). Die Gesamtsumme der im Januar bis März angefallenen Schäden beträgt somit im Reich 23,18 Mill. RM gegen 25,91 Mill. RM in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Verein für chemische Industrie setzt Vorzugsstimmrecht herab. In der G.-V. des Vereins für chemische Industrie AG., Frankfurt a. M., am 21. März, wird u. a. über die Herabsetzung des Stimmrechts der 1500 Vorzugsaktien zu 5 M vom zweifachen auf das achtfache beschlossen werden, ferner über die Verlängerung der Laufzeit der Einziehungsfrist für diese Vorzugsaktien bis Ende 1936.

Oelfabrik Harburg-Wilhelmsburg dividendenlos. 1930 ist, nach einer Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung" aus Bremen, bei der Gesellschaft der Ueberschuß auf 1850 RM (i. V. 25 250 RM) zurückgegangen, so daß sich einschließlich 1802 (1852) Reichsmark Gewinnvortrag aus dem Vorjahr ein Reingewinn von 3652 (27 102) RM ergibt. Eine Dividende kann nicht zur Verteilung kommen (i. V. wurden 6 pCt. Dividende auf 400 000 RM Vorzugsaktien verteilt).

Dividendenreduktion David Richter. Bei der Textilmaschinenfabrik David Richter AG., ist nach einer Drahtung unseres Chemnitzer Korrespondenten, mit einer beträchtlichen Kürzung der Dividende (i. V. 12 pCt.) zu rechnen. Wie wir hören, ist der Bau einer neuen Einheitscottonmaschine aufgenommen worden, von der man sich für die Zukunft viel verspricht.

Liquidation Münchener Leder beschlossen. Die G.-V. der AG. für Lederfabrikation München genehmigte, wie der „Voss. Zeitung" aus München gedrahtet wird, die Liquidation und das Angebot des Großaktionärs, der Adler u. Oppenheimer AG., Berlin, an die freien Aktionäre. Die Berliner Gesellschaft verpflichtet sich, alle bis Ende 1931 angebotenen Stamm- und Vorzugsaktien der Münchener Gesellschaft zu 100 pCt. ihres Nennwerts zu erwerben.

Epple u. Buxbaum erstreben Schuldenabbau. Die Vereinigten Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen, vorm. Epple u. Buxbaum, Augsburg, haben namentlich ihren Gesamtverlust bekannt, der sich per 1930 auf 1,02 Mill. RM und einschließlich der Verlustvorträge aus 1928 und 1929 auf insgesamt 2,27 Mill. RM bei einem Aktienkapital von 3,07 Mill. RM beläuft. Der Verlust soll, nach einer Drahtung unseres Augsburger Korrespondenten, vorgetragen werden, weil die Gesellschaft glaubt, ihre Schuldenlast durch Verkauf ihrer Werkte und die Verbindung mit der Firma Heinrich Lanz AG., Mannheim, zu verringern, ohne vorerst durch Fabrikationsfortsetzung neue Verpflichtungen eingehen zu müssen. Die Bankschulden sind von 2,94 auf 4,30 Mill. RM und die eigenen Akzepte von 0,23 auf 0,30 Mill. RM gestiegen. Die Reserve beträgt unverändert 0,4 Mill. RM.

●

Gute und schlechte Zuckerstrecken

Während im Vorjahre die höheren Verladungen ihres Großaktionärs, der Kailgewerkschaft Burbach, das Ergebnis der Kleinbahn Dienstedter Kleinbahn-Gesellschaft günstig beeinflußten, ermöglicht ihr diesmal die bessere Rübenernte, die Mindereinnahme des Personenverkehrs annähernd wettzumachen und wieder 8 pCt. Dividende auf das Kapital von 800 000 M zu verteilen. Ein anderes Kleinbahn-Unternehmen dagegen kämpft seit Jahren um die Erhaltung, eine unrentable Zuckerstrecke abzubrechen. Die Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn AG. hatte schon vor längerer Zeit die Strecke Derenburg—Minsleben stillgelegt, um die Anlagen abzubrechen. Die Aufsichtsbehörde untersagte dies und gab der Gesellschaft auf, im Herbst, während die Rübenverarbeitung in der Zuckerfabrik Derenburg regelmäßig den Güterverkehr aufzunehmen. Jetzt ist der Antrag auf Abbruch nach einer Drahtung unseres Halleschen Korrespondenten, erneuert worden, mit der Begründung, daß die Kosten für die Unterhaltung der Strecke in keinem Verhältnis zu den Einnahmen aus dem beschränkten Güterverkehr ständen.

Ost-Oberschlesien hofft auf Russenaufträge

In der polnisch-oberschlesischen Eisenhüttenindustrie zeigen, wie der „Voss. Ztg." aus Breslau gemeldet wird, die Produktionsziffern für das erste Quartal 1931 einen teilweise beträchtlichen Rückgang gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Erzeugung der Stahlwerke ist mit 0,22 Mill. t um 4,1 pCt. niedriger, die der Walzwerke mit 0,15 Mill. t um 9,6 pCt. niedriger. Bei den Hochöfen beträgt der Rückgang 10,7 pCt.

Der Absatz der Walzwerkerzeugnisse blieb im ersten Quartal 1931 im Inland um 16 pCt. und der Export um rund 1,4 pCt. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zurück. Im März 1931 hat sich allerdings schon eine leichte Besserung sowohl in der Produktion wie im Absatz gezeigt. Die weiteren Aussichten hängen in erster Reihe von den sowjetrussischen Aufträgen ab, die für das laufende Jahr rund 300 000 t betragen. Mit einer größeren Belebung des Inlandsmarktes wird vorläufig nicht gerechnet.

●

Englische Eisenbahn I. G. Uns wird aus London gemeldet, daß die beiden großen englischen Eisenbahngesellschaften — Midland und North-Eastern Railway — vor dem Abschluß eines weitgehenden Interessenabkommens stehen. Die Gesellschaften machen einander auf vielen Strecken, besonders aber im Schnellzugsverkehr London—Schottland, scharfe Konkurrenz und unterhalten viele hundert Kilometer lange Parallelstrecken. Da es beiden finanziell wenig günstig geht. Insbesondere sollen die Fahrpläne teilweise vereinigt werden. Das ist der erste Schritt zu weiteren Verschmelzungen im englischen Eisenbahnwesen. Die ständig abnehmenden Verkehrsziffern scheinen diese Tendenzen zu bestärken.

Gdingen contra Danzig

Bericht der Vossischen Zeitung

DANZIG, ENDE APRIL

Die Ablenkung des über die gemeinsame Danzig-polnische Seekiste gehenden Verkehrs von Danzig nach Gdingen hat auch im I. Quartal 1931 weitere Fortschritte gemacht. Während die Zahl der in Danzig eingelaufenen Schiffe von 1931 mit 962 233 NRT. in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres im Jahre 1931 auf 1236 mit 868 913 NRT. gesunken ist, hatte der Schiffseingang im Gdinger Hafen gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 437 Schiffe mit 427 383 NRT. auf 561 Schiffe mit 505 634 NRT. aufzuweisen. im Schiffsausgang ergeben die statistischen Angaben in Danzig eine Senkung der Verkehrsziffer gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von 1289 Schiffen mit 949 260 NRT. auf 1199 Schiffe mit 849 725 NRT. In Gdingen dagegen ist eine Steigerung im Schiffsausgang von 421 Schiffen mit 422 293 NRT. auf 555 Schiffe mit 510 114 NRT. festzustellen. Es zeigt der Vergleich zwischen den Verkehrsziffern beider Häfen, daß die Bevorzugung des Gdinger Hafens durch Polen gleichbedeutend mit einem Aderlaß für den Danziger Hafen ist.

Noch deutlicher tritt die Gdinger Konkurrenz bei einem Vergleich des über beide Häfen gehenden Passagierverkehrs in Erscheinung. Während im I. Quartal 1930 noch 9304 Personen den Danziger Hafen seewärts verlassen hatten, wurden in den ersten drei Monaten des Jahres 1931 nur noch 338 Personen im Danziger Hafen seewärts abgefertigt. Dagegen konnte der Hafen von Gdingen, der in den Jahren vorher noch keinen nennenswerten Auswandererverkehr verfügte, im ersten Quartal 1931 nicht weniger als 2647 Personen seewärts befördern. Es wird auf polnischer Seite auch kein Hehl daraus gemacht, daß in der Zukunft daran gedacht ist, den gesamten

polnischen Auswandererverkehr unter völliger Ausschaltung des Danziger Platzes nur noch über Gdingen zu leiten.

Bei der Verteilung der ehemaligen Reichs- und Staatsgüter in Danzig erhob Polen seinerzeit allerdings Ansprüche auf die große Artilleriekaserne in Brösen unter der Begründung, daß es eines Konzentrationslagers für seinen über Danzig gehenden Auswandererverkehrs bedürfe. Nun wird der Zeitpunkt immer mehr nahe zu sein, daß diese Polen abgesprochenen Baulichkeiten, nachdem sie ihrer Zweckbestimmung entzogen sind, leer stehen werden. Es zeigt sich aus diesem Beispiel mit aller Deutlichkeit die Widersinnigkeit der nachkriegszeitlichen wirtschaftlichen Entwicklung im Osten Europas. Während man anderwärts bemüht ist, durch Zentralisierung und Rationalisierung die Unkosten zu verbilligen, werden hier nur um nationalistischer und machtpolitischer Tendenzen willen wertvolle Einrichtungen dem Verfall preisgegeben.

In ihrer Gesamtheit dürften die Verkehrsziffern des ersten Quartals 1931 den Beweis erbracht haben, daß die Bestrebungen Danzigs hinsichtlich der Ausschaltung der polnischen Handels- und Seepolitik nicht grundlos sind. Die polnischen Bemühungen, eine Konkurrenz Gdingens abzustreiten, werden durch die nackten Zahlen widerlegt.

●

Geringere Erträgnisse der Schweizer Bahnen. Nach einer Drahtmeldung des Zürcher Mitarbeiters der „Vossischen Zeitung" hat die Wirtschaftsdepression einer weiteren Verschlechterung des Ertrages bei den Schweizer Bundesbahnen geführt. Der Betriebsüberschuß, der sich im ersten Quartal 1929 auf 26,4 Mill. belief und 1930 bereits auf 21,8 Mill. Franken gesunken ist, ist 1931 abermals auf 15,3 Mill. Franken zurückgegangen.

Dividenden

Twentsche Bank, Amsterdam: Vorschlag 6½ (i. V. 7½) pCt. aus Reingewinn von 3,540 (4,288) Mill. Hfl.

Metallwerke Unterweser, AG., Friedrich-August-Hütte i. Oldenb. (Sondheimer-Gruppe): Vorschlag 0 (i. V. 8) pCt.

Vereinigte Holzstoff- und Papierfabriken zu Niederschlema: Dividendenreduktion zu erwarten (i. V. 7 pCt.).

Wessels Wandplattenfabrik AG., Bonn: Vorschlag 0 (i. V. 8) pCt.

Aktiebolaget Elektrolux, Stockholm: Vorschlag wieder 9 pCt. aus 8,04 (i. V. 8,54) Mill. Kr. Reingewinn.

Warenmärkte

Kolonialwaren

LONDON, 22. APRIL. Zucker. (Schluß.) Weltzucker: April 8/3 B 7/4½ G; Mai 8/0 B 7/6 G; Tendenz ruhig. — Reis (Shilling per cwt. C. J. F.): Tendenz träge; Burma Nr. 2, Mai-Juni 7/4½ V; Saigon Nr. 1, Mai-Juni 7/3 nom.; Siam Garden Nr. 1, Mai-Juni 9/1½ nom.

Kautschuk

HAMBURG, 22. APRIL. Kautschuk. Termine: April 0,52½ B 0,48¾ G; Mai 0,52½ B 0,50 G; Juni 0,52½ B 0,50 G; Juli 0,53¾ B 0,52¾ G; Aug. 0,55 B 0,52½ G; Sept. 0,56¼ B 0,55 G; Okt. 0,57½ B 0,56¾ G; Nov. 0,58¾ B 0,56¾ G; Dez. 0,60 B 0,58¾ G; Jan. 1932: 0,61¼ B 0,58¾ G; Febr. 0,62½ B 0,60 G; März 0,63¾ B 0,61¼ G; Tendenz stetig.

LONDON, 22. APRIL. Kautschuk (Pence per lbs.): Tendenz stetig; Standard Nr. 1, Crepe loko 2⅞ bzV; Standard smoked sheet, loko 2¹⁰/₁₆ bzV; do. Mai 2¹⁰/₁₆ bzV; do. Juni 2¹³/₁₆ bzW; do. Juli-Sept. 3⁰/₁₆ bzV; do. Okt.-Dez. 3⁵/₁₆ bzV; do. Jan.-März 1932: 3⁸/₁₆ bzW.

Textilien

BREMEN, 22. APRIL. Baumwolle. (Schluß.) Termine: Mai 10,74 B 10,71 G 10,72—71 bz; Juli 11,09 B 11,06 G; Okt. 11,36 B 11,35 G 11,37—36 bz; Dez. 11,58 B 11,56 G; Jan. 1932: 11,68 B 11,66 G 11,67 bz; März 11,88 B 11,83 G; Tendenz stetig.

Der Nachmittagsverkehr des Baumwoll-Terminmarktes eröffnete stetig, 1 bis 2 Punkte höher, da die New Yorker Eröffnung dem Abschlag der europäischen Vormittagsbörsen nicht ganz gefolgt war. Das Angebot war bei guter Nachfrage etwas zurückhaltend. Gegen Schluß böckelten die Preise jedoch wieder ab. Der Markt schloß stetig, 1 bis 2 Punkte unter den Nachmittags-Eröffnungsnotierungen.

LIVERPOOL, 22. APRIL. Baumwolle. (Schluß.) Geschätzte Tagesumsatze 5000, davon für den Export bestimmt 100, gesamte Tagesimport 9400. Lokomarkt: American middl 5,57; Aegypt. Sakellaridis F. G. F. 8,15; Aegypt. Upper F. G. F. 6,35; Ostind. M. G. Surtee F. G. 4,86. Americ. Universal Stand. middl., Tendenz ruhig. April 5,41; Mai 5,43; Juni 5,47; Juli 5,52; Aug. 5,56; Sept. 5,60; Okt. 5,64; Nov. 5,68; Dez. 5,72; Jan. 32: 5,76; Febr. 5,80; März 5,85; April 5,89; Mai 5,94; Juli 6,01, Okt 6,07; Jan. 33: 6,12. Aegypt. Sakellaridis: Tendenz stetig. Mai 7,83; Juli 8,01; Sept. 8,13; Okt. 8,25; Nov. 8,31; Jan 32: 8,45; März 8,55; Upper: Mai 6,24; Juli 6,34; Sept. 6,46; Okt. 6,52; Nov. 6,54; Jan. 32: 6,64; März 6,71.

BOMBAY, 22. APRIL. Baumwollnotierungen: Fully-good M. G. Bengal, Mai 149, Juli 149; Fine M. G. Oomra, Mai 166, Juli 168; Fully-good M. G. Broach, April-Mai 190, Juli-Aug. 195; London auf Bombay 1/584.

Metalle

Amtliche Berliner Metall-Terminnotierungen vom 22. April. Kupfer: April 82½ B 81 G; 82½ B 81¾ G; Juni 82½ B 82 G; Juli 83¾ B 83½ G; August 84¼ B 83¾ G 84 bz.; September 84½ B 84 G; Oktober 84½ B 84 G; November 85 B 84¼ G; Dezember 85 B 84¾ G 84½ bz.; Januar 85 B 84¾ G; Febr. 85 B 84¾ G; März 85 B 84¾ G. Tendenz: stetig. — Blei: April 24¼ B 23 G; Mai 24¼ B 23½ G; Juni 24¼ B 23¾ G; Juli 24¼ B 23¾ G; August 24¼ B 24 G; September 24¼ B 24 G; Oktober 24¼ B 24 G; November 24 B 23¾ G; Dezember 24 B 23¾ G; Januar 24¼ B 24 G; Februar 24¼ B 24¼ G; März 24¼ B 24¼ G. Tendenz: kaum stetig.

LONDON, 22. APRIL. Metalle. (Schluß.) Kupfer: Tendenz stetig. Standard per Kasse 42⁹/₁₆—42¾, do. 3 Monate 43¼ bis 43⅛, do. Settl.-Preis 42¾. Elektrolyt 46—46½, best selected 47—48¾, standing sheets 75, Elektrowirebars 46½. Zinn: Tendenz stetig. Standard per Kasse 111¼, do. 3 Monate 112¾—112⅝, do. Settl.-Preis 111, Banka 114½, Straits 113¾. Blei: Tendenz willig. Ausländ. prompt 12¾, do. entf. Sichten 12¾, do. Settl.-Preis 12¾. Zink: Tendenz stetig. Gewöhnl. prompt 11¾, do. entf. Sichten 11⁹/₁₆, do. Settl.-Preis 11¾. Aluminium: Inland 85, Ausland 85. Antimon Regulus. Erzeugerpreis 42—42½, do. chinesc. 22. Quecksilber 22¾. Platin 5. Wolframerz, cif. 13½; Nickel, Inland 175, do. Ausland 175. Weißblech (i. C. Cokes 13¾. Kupfervitriol fob 21½. Cleveland Gußeisen Nr. 3 58¾. Silber 13, do. Lieferung 12¹/₁₆. Gold: 84,94.

Donnerst., 23. 4.
Staatsoper
Unter den Linden
234. Ab.-Vorst.
Anfang 8 Uhr
Cavalleria rusticana
Bajazzi
Ende nach 10¼

Donnerst., 23. 4.
Staatsoper
Am Pl. d. Republik
93. Vorstellung
Anfang 7½ Uhr
Die Hochzeit des Figaro
Ende 10¾ Uhr
Geöffnet Kartenbüro, b. d. Abendkasse.

Donnerst., 23. 4.
Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 24
Turnus III
Anfang 8 Uhr
Mignon
Ende nach 10½

Donnerst., 23. 4.
Staatliches Schauspielhaus
Im Gemeinen
201. Ab.-Vorst.
Anfang 8 Uhr
Die Portugiesische Schlacht
Ende gegen 11¼

Donnerstag, 23. April
Staatl. Schiller-Theater
Charlottenburg, Grolmanstraße 70
Die Bekehrung des Ferdys Pistora
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr

Deutsches Theater. 8 Uhr
Heute zum 50. Male:
Der Hauptmann von Köpenick
von Carl Zuckmayer
Regie: Heinz Hilpert
Die Komödie. 8½ Uhr
NATALIE
von Ivan Turgenjew
Regie: Iwan Schmith
Kurfürstendamm - Theat.
Bismarck 449. 8½ Uhr
Alles Schwindel!
v. Marcellus Schiffer, Mus. v. Mischa Spoliansky
Regie: Gustaf Gründgens

GROSSES SCHAUSPIEL-HAUS
TÄGL. 8 UHR.
Im weissen Rössl
Sonntag nachm. 3 Uhr Original-besetzung. Billige Preise.
Regie: Erik Charell

Komische Oper
Friedrichstr. 104
Auch Sta. 9, 4. (Kinse Pr.)
8½ Uhr
Alt-Heidelberg
Lucie Englisch, Westermeier, H. J. Moebis, Paukert.

8¼ Metropol-Th.
Behrenstraße 55
Gitta Alpar
Das Veilchen vom Montmartre
Sonst. 4U. kleine Pr. Veilchen v. Montmartre

Rennen zu Karlshorst
Donnerstag, den 23. April nachmittags 3 Uhr
Silberner Humpen
Meine Schlager

Dir. Dr. Robert Klein
DEUTSCHES KÜNSTLER-THEATER
Barbarossa 3937. 8½ Uhr
MINNA VON BARNHELM
mit Käthe Dorsch.
RENAISSANCE - THEATER
Steinplatz 6780 8½ Uhr
HELLSEHEREI

8½ Theat. im Admiralspalast
Rotter-Gastspiel
Der lustige Krieg
Operette von Strauß
Ohman, Ahlers, Tautenhayn u. G. Schlower, Müller.

Perser- und andere Orient-Teppiche
Afghan ca. 1.10 × 2 Mtr. **M 100**
Mossul ca. 1 × 1.60 Mtr. **M 75**
Mirzapore ca. 3 × 4 Mtr. **M 240**
Orient-Teppich-Import-Haus
Dahlheim, Koch Str. 66 bis 7

Ralph Arthur Roberts
Theater i. d. Behrenstraße
8½ Uhr
Die Glückskrähe
Lustspiel in 3 Akt. von Barr u. Verneuil

8¼ Lessing-Th.
Friedrich-Karl-Ufer 1
Täglich 8½:
Husarenfieber
Guido Thielscher
Kastner, Arnstädt
Vespermann.

8¼ Kleines Th.
Unter d. Linden 44
Erika Glässner
in
Der stille Kompagnon
Sonntag 4 Uhr:
Sprung in die Ehe
Kleine Pr. 1-4 M

Reichshallen-Th.
Leipziger Str. 77
Abds. 8. Sonntag nachm. 3½:
Balletti-Schule Klappermate
Stiftlieber Sänger

Barnowsky-Bühnen
Theater in der Stressemannstr. 8½ U.
Geaters und Heute
Schauspiel von Christa Winsloe
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Sturm im Wasserglas
mit Rosa Valetti
Preise 2.50 bis 4.— M

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236
Täglich 8½ Uhr:
Der Lügner u. die Nonne
von
Curt Götz

8¼ Theat. in d. Klosterstraße
(unmittelbar a. U-Bahnhof)
Kleine Sklaven
Für Jugendliche verboten.
Sonntag 4½ Uhr:
Erdgeist

Abiturium
Einjähriges
Direktor Dr. Radelmanns Anstalt, Königgrätzerstraße 166

Komödienhaus, Schiffbauerdamm 25
8½ Uhr: Letzte Aufführungen:
Eine königliche Familie
Sonntag nachm. 4 Uhr:
Konto X mit Felix Bressart
Preise 0.50 bis 4.—

Die Tribüne
Berliner Str. 37. Wilh. 5365
8½ Uhr:
Das Märchen von der Fledermaus
Spiel von Viktor Kelemen

9¼ Neues Th. a. Zoo
Am Bahnhof Zoo
Ueber 125 ×
Voruntersuchung
von
Curt Götz

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
D 1, Norden 2946
8 Uhr:
Die Ehe
von Alfred Döblin
Musik: Karol Rathaus
Inszenierung: Martin.

8¼ Th. d. Westens
Kantstr. 12. Steinpl. 6911
Gastspiel Reisen-Revue
Lichter Berlins
Eine Revue durch die Reisen-Revue unt. pers. Leitg. v. Rud. Nelson. Wilh. Bendow. Curt Fuß. Käte Erihoiz.
Stg. 1½ 3 Uhr (Kl. Pr.)
Eychenhumbrecht

Rose - Theat.
Gr. Frankf. Str. 132
T. Weichsel 6 7. 3422
8½ Uhr:
Die Sache, die sich Liebe nennt.

Gebrauchte Flügel
Pianos sofort prima!
Stephan 6864.

Neugegründete Kabelfabrik

(Ausland, außer Kartell), sucht für ihre Exportabteilung zum Vertrieb ihrer Erzeugnisse in Deutschland einen tüchtigen

Vertreter.

Nur erstklassige Kräfte mit langjährigen Erfahrungen wollen ihre Bewerbungen einreichen unter „5395 R. S." Ullstein-Ziffer-Dienst, Berlin SW 68, Kochstraße 22—26.

VOLKSWIRT
Schriftsteller, sucht bringend Beschäftigung. Vertretungen können nicht übernommen werden. Herausgabe eines photo-illustr. Buches geplant; wer ermöglicht die Herausgabe? Off. unter „5394 R. S." Ullstein-Ziffer-Dienst, Ullsteinhaus, Kochstr. 22-26.

Junger Schoffer
gel. Schlosser, sch. Fahrer, gut. Magazinpfleger, sucht Stelle auf Last- od. Lieferwagen, auch außerhalb, gute Zeugnisse vorhanden. Schriftl. I. H. u. Lib. Offert. unt. 60 029 O. V." Ullsteina-Filiale Friedenau, Rheinstraße 65.

Pflege-Junger
sucht Stellung, auch mit Gesellschaft. **Graf b. H., Burggrafenstraße 8.**

Weg. Aufgabe des Wagens
suche ich für meinen langjähr. Schofer, kräftig, unverh. Fahrer.
Stellung
Erbitte ab Geschäft. **Bernhard Zeitlhofer**
B 7 Balkon 2024.

ADCA

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva	RM	Passiva	RM
Kasse u. Guthaben bei Notenbanken Schecks, Wechsel u. unv. Schatzanw.	14 118 264 43	Aktienkapital	40 000 000.—
Nostroguth. bei Banken u. Bankiers.	41 655 454.18	Reserven	11 000 000.—
Reports und Lombards	3 769 332.30	Kreditoren	348 362 216.98
Vorschüsse auf Warenlager	70 492 472.50	Akzepte	28 789 838.75
Eigene Wertpapiere	8 242 546.10	Aval- u. Bürgschaftsverpflichtungen	
Konsortialbeteiligungen	5 018 091.90	Akzept- und Garantieverpflichtungen	30 622.40
Dauernde Beteiligungen bei Banken	5 333 390.89	Akzeptkredit	2 307 461.52
Debitoren in laufender Rechnung	204 189 757.95	Rediskontierte Wechsel	
Aval- und Bürgschafts-Debitoren:		Rediskontierte Schatzanweisungen	
RM 9 649 846.65		Rediskontierte Schatzanweisungen	
Bankgebäude	16 266 000.—	Rediskontierte Schatzanweisungen	
Sonstige Immobilien	723 000.—	Rediskontierte Schatzanweisungen	
Mobiliar	1 000.—	Rediskontierte Schatzanweisungen	
	430 890 139.75		430 890 139.75

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1930

Soll	RM	Haben	RM
Steuern und sonstige Abgaben	2 092 227.03	Vortrag aus 1929	264 842.19
Wohlfahrtseinrichtungen, Beamtenabfind.	1 380 058.15	Zinsen, Wechsel und Devisen	10 192 04.78
Gehalte und Handlungsunkosten	14 620 342.92	Provisionen	8 960 147.50
Reingewinn	2 307 461.52	Dauernde Beteiligungen	348 795.25
	19 766 089.72		19 766 089.72

Gerichtliche Bekanntmachungen

Der Versteigerungstermin am 6. Mai 1931, betreffend das Grundstück Kleinschönebeck, Blatt Nr. 1796, Eigentümer: geschiedene Frau Martha Seeger, geb. Jischke, in Kleinschönebeck, ist aufgehoben.

— 5. K. 1. 31./21. —

Kalkberge, den 16. April 1931.
Das Amtsgericht.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 18. Juli 1931, 9½ Uhr, an der Gerichtsstelle Neue Friedrichstraße 11, IV. Stock, im Durchgang zum Hauptgebäude, Zimmer Nr. 523, versteigert werden das in Berlin, Belle-Alliance-Platz Nr. 21 und Königgrätzer Straße 72 belegene, im Grundbuche von der Friedrichstadt Band 24, Blatt Nr. 1714 eingetragene Eigentümern am 4. April 1931, am Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Emil Heinicke Aktiengesellschaft zu Berlin) eingetragene Grundstück: Vorderwohnhaus am Belle-Alliance-Platz 21 und Vorderwohnhaus Königgrätzer Straße 72, mit rechtem und linkem Seitenflügel und unterkellertem Hof. Gemarkung Berlin, ungetrennter Hofraum, nicht vermessen, Nutzungswert 15 970 M, Gebäudesteuerrolle Nr. 72.

— 86. K. 40. 31. —

Berlin, den 14. April 1931.
Amtsgericht **Berlin-Mitte**,
Abteilung 86.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 18. Juli 1931, 11 Uhr, an der Gerichtsstelle Neue Friedrichstraße 11, IV. Stock, im Durchgang zum Hauptgebäude, Zimmer 119/120, versteigert werden das in Berlin, Jerusalemer Str. 63/64, im Grundbuche von der Friedrichstadt, Band 2, Blatt Nr. 77 eingetragene Eigentümer am 28. März 1931, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Kaufmann Albert Wallach in Berlin) eingetragene Grundstück: Vorderwohnhaus mit rechtem Seitenflügel, Quergebäude und zwei Höfen, von denen der eine unterkellert ist. Gemarkung Berlin, ungetrennter Hofraum, nicht vermessen, Nutzungswert 25 660 M, Gebäudesteuerrolle Nr. 587.

— 86. K. 57. 31. —

Berlin, den 14. April 1931.
Amtsgericht **Berlin-Mitte**,
Abteilung 86.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 27. Juli 1931, 11 Uhr, an der Gerichtsstelle Neue Friedrichstr. 13/14, III. Stock, Quergang 9, Zimmer 119/120, versteigert werden das in Berlin, Sellerstr. 12 belegene, im Grundbuche vom Oranienburgertorbezirk, Band 54, Blatt Nr. 1604 (eingetragene Eigentümerin am 7. April 1931, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Grundstücksgesellschaft Sellerstraße mit beschränkter Haftung zu Charlottenburg) eingetragene Grundstück: a) Vorderwohnhaus rechts mit Hof und Lagerplatz, b) Vorderwohnhaus links mit Lagerplatz, c) Seitenwohnhaus links mit Abtrittanbau, d) Seitenwohnhaus rechts, e) Pferdestall links, f) Kontorgebäude rechts, g) Pferdestall hinten quer, h) Schuppen, Eigen. Gemarkung Berlin, Kartenblatt 63, Parzelle 68 und 69, zusamm. 24 a 38 qm groß, Grundsteuermutterrolle Art. 1671, Nutzungswert 15 280 M, Gebäudesteuerrolle Nr. 1671. — 87. K. 50. 31.

Berlin, den 18. April 1931.
Amtsgericht **Berlin-Mitte**,
Abteilung 87.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 3. August 1931, 9½ Uhr, an der Gerichtsstelle Neue Friedrichstraße 13/14, drittes Stockwerk, Zimmer Nr. 119/120, Quergang 9, versteigert werden das in Berlin, Chorinerstraße 54 belegene, im Grundbuche vom Schönhauservorbezirk, Band 11, Blatt 306 (eingetragener Eigentümer am 13. März 1931, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Kaufmann Itzig Mendel Apfelbaum in Bendzin) eingetragene Grundstück: Vorderwohngebäude mit rechtem Seitenflügel, Doppelquergebäude, zweitem rechten Seitenflügel und zwei Höfen, Gemarkung Berlin, Kartenblatt 102, Parzelle 91, 8 a 6 qm groß, Grundsteuermutterrolle Art. 383, Nutzungswert 13 000 M, Gebäudesteuerrolle Nr. 383.

— 87. K. 31. 31. —

Berlin, den 18. April 1931.
Amtsgericht **Berlin-Mitte**,
Abteilung 87.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 24. Juni 1931, 10 Uhr, an der Gerichtsstelle Berlin-Schöneberg, Grunewaldstraße 66/67, Zimmer 74, versteigert werden das im Grundbuche von Berlin-Friedenau, Band 21, Blatt 1112 (eingetragener Eigentümer am 24. Februar 1930, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Kaufmann Bernhard Haase in Berlin) eingetragene Grundstück Wilhelmstr. 14, Gemarkung Wilmersdorf, Kartenblatt 7, Parzelle 2448/91, 9 a 46 qm groß, Grundsteuermutterrolle Art. 656, Nutzungswert 10 000 M, Gebäudesteuerrolle Nr. 661. Wohnhaus mit 2 Seitenflügeln und Hofraum.

— 10. K. 17. 30. —

Berlin Schöneberg,
den 10. April 1931.
Amtsgericht.

Zwangsversteigerung

Am 22. Mai 1931, 10 Uhr, wird an Gerichtsstelle Berlin-Lichtenberg, Am Wagnerplatz Nr. 1, Zimmer 39, II. das im Grundbuche von Bln.-Mahlsdorf, Band 140, Blatt 1163 eingetragene Grundstück zwangsweise versteigert werden. Die Nachweisungen über Bezeichnung, Lage und Größe pp. können hier, Zimmer 38, eingesehen werden. — 2. K. 147. 30.

Berlin-Lichtenberg,
den 21. April 1931.
Das Amtsgericht, Abteilung 2.

Eigene Feststellungen.
Nachdruck verboten. (Ohne Gewähr.)

Belastungen

Zu Grundstück Belle-Alliance-Platz 21 und Königgrätzer Str. 72 in Berlin: 1. 200 000 RM Sich. Darmstädter und Nationalbank, Berlin. 2. 200 000 RM 8½ v. H. Zs. Hypothekenbank in Hamburg, Bln. Französische Straße 7. Betr. Gläub. wie zu 2.

Zu Grundstück Jerusalemer Str. 63—64 in Berlin: 1. 210 000 RM 9 v. H. Zs. Hypothekenbank in Hamburg. 2. 21 000 RM unverz. Deutsch-Asiatische Bank, Berlin, Mittelstraße 4—6. 3. 140 000 RM 7 v. H. Zs. Karl Jandorf, Bellevuestraße 14. 4. 40 000 RM wie zu 2. 5. 30 000 RM 8 v. H. Zs. Commerz- und Privatbank, Berlin. 6. 75 000 RM 5 v. H. Zs. Hans Wallach, Landshuter Str. 15. Betr. Gläub. wie zu 3.

Zu Grundstück Sellerstr. 12 in Berlin: 1. 5 RM Georg Nieser, Sellerstr. 12. 2. 25 000 Reichsmark 9 v. H. Zs. Compagnie Foncière et Comcaire, Genf. 3. 56 000 RM 12 v. H. Zs. Eigentümerin. 4. 48 726 RM Schles. Bodenkredit-Act.-Bank, Breslau. Betr. Gläub. wie zu 2.

Zu Grundstück Chorinerstraße 54 in Berlin: 1. 95 000 Reichsmark 7% v. H. Zs. Württemberg. Hypothekenbank, Stuttgart. 2. 3000 RM Jos. Dirschel, München, Kazmaistr. 69. Betr. Gläub. Bezirksamt Prenzlauer Berg, wegen rd. 2240 RM. Einheitswert 86 000 Reichsmark.

Zu Grundstück Wilhelmstraße 14 in Friedenau. Die Belastung ist bereits früher veröffentlicht worden.

Zu Grundstück Wohnh. in der Offenbachstraße in Mahlsdorf. F. 875 qm 1. 900 M (1917) Bezirksamt Lichtenberg. 2. 2180 RM Hauptversorgungsamt Schöneberg. 3. 600 RM Aug. Kriese, Mahlsdorf. 4. 750 Reichsmark Hoppegartener-Neuenhagener Bank, Neuenhagen b. Berlin. 5. 1162 RM. 6 1637 RM Frau Emma Kautz, Berlin, Ohmstr. 3. Betr. Gläub. wie zu 3.

Handelsregister

Neueintragungen
(mit Angabe von Straße und Hausnummer)
(Nachdruck verboten.)

Abt. A: Michael Dahm, Maschinenvertrieb, Charlottenburg, Bismarckstr. 101.

Abt. A: Löwenthal & Sternberger, Berlin, Kaiser-Wilhelm-Straße 58, Quergeb. III. (Herrenbekleidung).

Abt. B: Stanggass Verlag G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, Feurigstr. 64. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kfm. Erich Brätzke, Berlin. — Küchen-Junge Lebensmittel - Versorgungs-G. m. b. H., Berlin NO 43, Mendelssohnstr. 4. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kfm. Fritz Heyum, Berlin. — Viehimport und Export Hugo Gutberg G. m. b. H. Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 84. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsführer: Kfm. Hugo Gutberg, Berlin. — Deutsche-Spirit-Gas Gesellschaft m. b. H., Berlin W 9, Potsdamer Str. 1, bei Sonntag. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Obering. Max Weckenfuss, Danzig-Langfuhr. — Bauspartreuhand- und Revisionsgesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden Nr. 16. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Bürgermeister Ernst Stahlberg, Berlin-Köpenick.

Abt. B: Louis Rex G. m. b. H., Berlin NW 40, Lehrter Str. 48a. (Handel mit Weinen und Spirituosen). Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Carl Hagemeister, Berlin-Südende, u. Arthur Franke, Berlin-Pankow, sowie Paul Breuer, Charlottenburg. — „Synchrona" Vertriebs G. m. b. H. Berlin W 62, Keithstraße 19. Stütz bisher in Schmölln. (Fabrikation u. Vertrieb von Apparaten u. Armaturen für Kraftübertragung an Kraftfahrzeugen, Maschinen usw.) Stammk.: 100 000 RM. Geschäftsf.: Dipl.-Volkswirt Wilhelm Böttcher, Berlin, — A. & W. Helft G. m. b. H. Berlin N 58, Schönhauser Allee 164. (Herstellung, Verlag und Vertrieb von Erzeugnissen der graphischen Industrie, sowie Exportgeschäfte jeder Art.) Stammk.: 40 000 RM. Geschäftsführer: Kaufleute. Arthur und Walter Helft, Charlottenburg. — „Columbushaus" G. m. b. H. Berlin W 8, Behrenstraße 17. (Die Verwaltung und Nutzung des auf dem Grundstücke Berlin, Potsdamer Platz 1, Friedrich-Ebert-Str. 11-12, Bellevuestraße 1 zu errichtenden Gebäudes.) Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kaufm. Hellmut Neumann u. Dipl.-Ing. Dr. ing. Alfred Berlowitz, Berlin-Wilmersdorf. — Hausrat G. m. b. H. Berlin W 10, Königin-Augustastr. 21. (Vertrieb von Möbeln, Möbelstoffen u. kunstgewerbl. Gegenständen aller Art.) Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kfte. Carl Dobse, Gidenhall b. Neuruppin u. Max Rackow, Berlin-Karlshorst.

Vergleichsverfahren

Neuangeordnete:

Kaufmann Faby Schneidermann (Schuhwaren), Berlin Nj. Rheydter Seidendruckerei G. m. b. H., Gladbach-Rheydt; o. H. Selzer & Co., Kassel; o. H. Gebrüder Brennmann, Lübeck; o. H. Knoche & Preis, Winterberg-Medebach; o. H. Gebrüder Kocheim, Stettin; J. J. E. Bösken G. m. b. H., Wesel; J. Kerkhoff Söhne G. m. b. H., Wesel.

Aufgehoben:

Apothekenbesitzer August Radack, Berlin N; o. H. Max Dreyfuß & Rehfeld, Berlin SW; o. H. P. Brüninghaus Nachfg., Berlin NO; Jakob Klein G. m. b. H., Herdorf-Daaden; o. H. Gebr. Schacht, Heide-Holstein.

Neue Konkurse

A. = Anmeldefrist. E. = Eröffnungstermin. G. = Gläubigerversammlung. P. = Prüfungstermin.

Der fettgedruckte Ort ist gleichzeitig zuständiges Amtsgericht.

Berlin - Mitte. o. H. Philipp Dobrin (Damenwäsche). E. 17. 4. A. 20. 5. G. 11. 5. P. 1. 7. — o. H. Friedr. Hentschel. E. 18. 4. A. 3. 6. G. 13. 5. P. 3. 7.

Berlin-Wedding. Firma Hugo Liebenwalde. E. 17. 4. A. 15. 5. G. 13. 5. P. 27. 5.

Cöpenick. Finsterwalder Holzwaren - Industrie G. m. b. H. E. 14. 4. A. 23. 5. G. 15. 5. P. 4. 6

Dortmund-Hörde. o. H. Emdo & Kähmann in Liqu. E. 16. 4. A. 16. 5. G. 9. 5. P. 30. 5.

Hannover. o. H. Wiesenhavern & Bleichfeld. E. 20. 3. A. 20. 5. G. 6. 5. P. 3. 6.

Neisse. „Bauhandwerker-Genossenschaft für Hoch- und Tiefbau e. G. m. b. H. für Neisse und Umgegend. E. 14. 4. A. 1. 5. G. 1. 5. P. 13. 5.

Neurode. Gewerkschaft Consolidirte Wenzeslaus-Grube Mölke. E. 17. 4. A. 5. 6. G. 7. 5. P. 25. 6.

Rostock (Meckbg.). Rostocker Matratzen-Werke G. m. b. H. E. 14. 4. A. 9. 6. G. 19. 5. P. 9. 6.

Schorndorf. Gebrüder Schock G. m. b. H. E. 17. 4. A. 9. 5. G. und P. 16. 5.

Solingen-Ohligs. o. H. Daniel Herder. E. 17. 4. A. 9. 5. G. und P. 16. 5.

Stuttgart. Deutsche Auto-Versicherung A. G. E. 17. 4. A. 10. 6. G. 15. 5. P. 3. 7.

Zwickau (Sachsen). Heinrich Kunstblumen G. m. b. H. E. 17. 4. A. 13. 6. G. 15. 5. P. 3. 7.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 18. Juli 1931, 11 Uhr, an der Gerichtsstelle Neue Friedrichstraße 11, IV. Stock, im Durchgang zum Hauptgebäude, Zimmer Nr. 523, versteigert werden das in Berlin, Jerusalemer Str. 63/64, im Grundbuche von der Friedrichstadt, Band 2, Blatt Nr. 77 (eingetragener Eigentümer am 28. März 1931, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Kaufmann Albert Wallach in Berlin) eingetragene Grundstück: Vorderge-